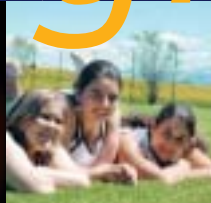


# *innovative strategien*



*regionalentwicklung und eu-strukturpolitik  
in österreich*





*innovative*  
*strategien*

*regionalentwicklung und eu-strukturpolitik  
in österreich*

# *vorwort*



## *16 + 1 innovative Strategien für Regionalentwicklung und Beschäftigungspolitik in Österreich*

16 + 1 innovative Strategien für Regionalentwicklung und Beschäftigungspolitik in Österreich zeigen auf, dass Europa in jeder Region, in jedem Bundesland spürbar ist.

Viele Auswirkungen der EU-Förderungen sind aber vielleicht nicht gleich auf den ersten Blick als solche erkennbar. Die Strategien des Bundes und der Länder, die den einzelnen Projektförderungen zugrunde liegen und die mit Unterstützung aus den EU-Strukturfonds und in Abstimmung mit EU-weiten Zielen umgesetzt werden, wurden anhand vieler Gespräche und Abstimmungen erarbeitet.

Erfolgreiche Regionalpolitik braucht eine breite Mischung unterschiedlicher Maßnahmen, die möglichst gut aufeinander abgestimmt und auf gemeinsame Zielvorstellungen ausgerichtet werden sollten – das heißt: eine Strategie.

Die vorliegende Broschüre möchte mehr Transparenz und Antworten auf Fragen wie nach dem Mittelfluss für Österreich aus den EU-Strukturfonds und nach dem Nutzen für die Menschen in den Regionen durch Beiträge für Arbeit, Wirtschaft und Umwelt geben.

Die ausgewählten Beispiele sollen verdeutlichen, wie einzelne geförderte Projekte inhaltlich miteinander im Rahmen einer Strategie verbunden sind. Sie illustrieren auch das breite Spektrum von Projekten und Aktivitäten, die von engagierten Projektträgern initiiert und mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung oder des Europäischen Sozialfonds sowie der beteiligten Förderstellen des Bundes oder der Länder realisiert wurden.

Österreich hat bisher die EU-Fördergelder nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern – wie die Beispiele zeigen – auch in qualitativer Hinsicht gut genutzt.

Die Europäische Kommission stellt Österreich für die neue EU-Strukturfondsperiode 2007–2013 bereits jetzt ein gutes Zeugnis aus! Der „strategische Rahmenplan“ für diese Programmperiode wurde mit der EU-Kommission frühzeitig akkordiert und als einer der ersten genehmigt.

Ich hoffe, dass diese Broschüre dazu anregt, auch in Zukunft innovative Ideen zu entwickeln und diese in erfolgreichen Projekten umzusetzen.

Heidrun Silhavy  
*Staatssekretärin im Bundeskanzleramt*

# inhalt

## Regionalpolitik und EU-Strukturfonds

Regionalpolitik in Österreich .....	6
EU-Strukturfonds .....	8
EU-Strukturfonds für Österreich .....	10
Warum Strategien für die Regionalentwicklung? Und was ist daran innovativ? .....	12

## 16 + 1 innovative Strategien für Regionalentwicklung und Beschäftigungspolitik in Österreich

### Innovative Wirtschaft

Clusterland Niederösterreich: In Netzwerken lässt es sich gut leben .....	16
Gesundheitsdestination Burgenland: Mit Qualität internationale Märkte ansprechen .....	18
Technologiestandort Steiermark: Forschung und Entwicklung in Unternehmen werden gezielt forciert .....	20
Kärnten: Innovationen und unternehmerische Qualitäten fördern .....	22
Technologienetzwerk Oberösterreich: Höhere Wettbewerbsfähigkeit durch Technologie- und Wissenstransfer .....	24

### Beschäftigung

Der Steirische Beschäftigungspakt: Sechs regionale Pakete unterstützen die Umsetzung .....	26
Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt .....	28
EQUAL: Das Experimentierlabor für neue Ideen am Arbeitsmarkt .....	30

### Standort- und Lebensqualität

Tirol: Höhere Lebensqualität durch neue Wege im Gesundheits- und Sozialwesen .....	32
Hilfe zur Selbsthilfe im Raum Bodensee: Gesundheit kennt keine Grenzen .....	34
Tirol: Mit Hightech gegen Naturkatastrophen .....	36
Das Südburgenland: Eine europäische Modellregion für erneuerbare Energien .....	38
Abstimmung und Modernisierung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur im Salzburger Land .....	40

### Stadtentwicklung

Wissensnetzwerk Graz-West: Von der monofunktionalen Industriezone zum Hightechstandort .....	42
URBION: Stadtsanierung durch urbane Intervention am Wiener Westgürtel .....	44
Internationalisierungsaktivitäten der Stadt Wien .....	46

■ Multi-level Governance – Erfolgsfaktor für eine strategisch orientierte Regionalentwicklung .....	48
---	----

## Kontaktadressen





# Regionalpolitik in Österreich

Österreich ist ein Bundesstaat mit neun Bundesländern. Die Zuständigkeiten für Gesetzgebung und Verwaltung in den Bereichen, welche die regionale Entwicklung beeinflussen (z. B. Infrastruktur, Bildung, regionale Förderprogramme, Umweltpolitik, Flächenwidmung, Baurecht), sind unter Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt. Für Raumordnung und Regionalpolitik gibt es keine alleinverantwortliche Behörde. Auf Bundesebene werden Belange der Regionalpolitik vom Bundeskanzleramt koordiniert, das in diesen Angelegenheiten auch für die Koordination zwischen Bund und Ländern verantwortlich ist. Trotz des Mangels an formeller Koordination (oder vielleicht gerade deswegen) hat sich in Österreich eine Tradition (teilweise ziemlich effektiver) informeller Kooperationsnetzwerke herausgebildet.

Angesichts der fehlenden formalen Koordinationsmechanismen wurde im Jahr 1971 die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) ins Leben gerufen. Die ÖROK dient als Plattform für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen, den Dachverbänden der Gemeinden und den Sozialpartnern.

Nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union machten die Erfordernisse der EU-Strukturfonds die Schaffung stärker formalisierter Kooperationsstrukturen notwendig. Seit 2001 bildet eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a der Bundesverfassung die gemeinsame Rechtsgrundlage für die Strukturfondsabwicklung und damit für einen großen Teil der Regionalpolitik in Österreich. In diesem Rahmen dient die ÖROK als partnerschaftliche Koordinationsplattform zur Vorbereitung, Abwicklung und Evaluierung der regionalen Entwicklungsprogramme sowie der nationalen Rahmenstrategie für die Strukturfondsperiode 2007–2013.

## ► **GEOGRAFIE: CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN**

Die österreichische Geografie ist durch folgende für die regionale Entwicklung wichtige Merkmale geprägt:

- Mehr als zwei Drittel des Staatsgebiets entfallen auf Berggebiete. Das bringt einerseits Erschwernisse bei der physischen Kommunikation, andererseits aber auch Chancen (in der Vergangenheit für Bergbau und Industrie, heute vor allem für den Tourismus) mit sich.
- Es gibt nur eine Metropole von europäischer Bedeutung: Wien.
- Neben Wien gibt es nur eine beschränkte Zahl größerer (im internationalen Vergleich nur mittelgroßer) Städte, aber einen beträchtlichen Anteil ländlicher Gebiete mit einer relativ geringen Bevölkerungsdichte.

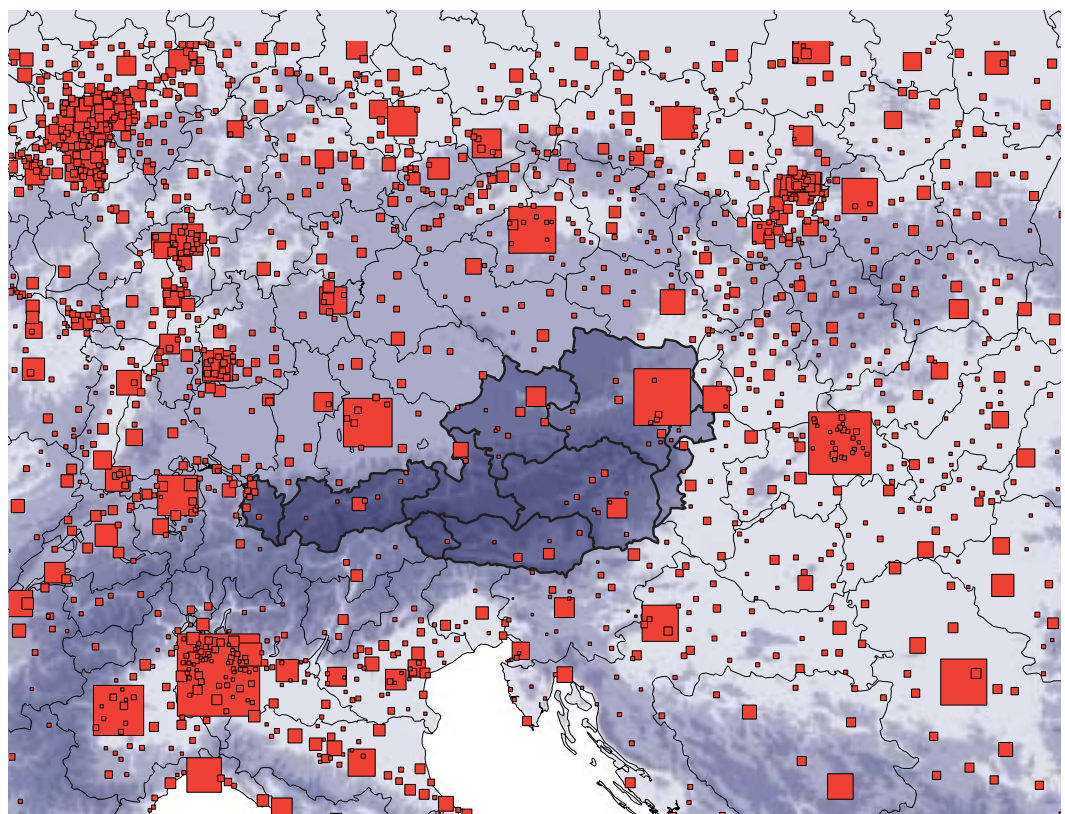
Die Form des österreichischen Staatsgebiets bringt es weiters mit sich, dass alle Zentren und die Mehrzahl der ländlichen Regionen nahe von Staatsgrenzen liegen. Wien liegt dezentral am östlichen Rand des Staatsgebiets. Die Entwicklung der westlichen Teile Österreichs wird daher zum Teil eher von Wirtschaftszentren im benachbarten Ausland beeinflusst. Umgekehrt erstreckt sich Wiens funktionaler Einzugsbereich auch auf angrenzende Gebiete in den Nachbarstaaten. Die Qualität und Intensität der grenzüberschreitenden Beziehungen sind daher für die regionale Entwicklung von besonderer Bedeutung.

## ► **SCHWERPUNKTE DER ÖSTERREICHISCHEN REGIONALPOLITIK**

Die traditionelle Regionalpolitik hat sich auf die Verbesserung von Infrastrukturnetzen sowie auf die Vergabe von Förderungen zur Ansiedlung neuer Unternehmen in wirtschaftsschwachen Problemgebieten konzentriert. In Österreich besteht jedoch unter den AkteurInnen der Regionalpolitik auf Bundes- und Länderebene bereits seit Anfang der 1990er Jahre weitgehend Konsens, dass das Spektrum der Instrumente zur Beeinflussung regionaler Entwicklungsprozesse weiter gesehen werden muss. Es umfasst z. B. auch Innovationspolitik, Stadterneuerung, Umweltverbesserungen und Bildungspolitik. In wirtschaftlich benachteiligten Gebieten wird besonderer Wert auf Maßnahmen zur Förderung des endogenen Potenzials gelegt, um Einstellungen und wirtschaftliches Verhalten zu verändern, Know-how und Fertigkeiten an neue technologische und institutionelle Anforderungen anzupassen sowie intra- und interregionale Kooperationen aufzubauen. Dazu müssen Problemgebiete im größeren regionalen Gesamtzusammenhang gesehen und funktionale Verflechtungen zwischen den Regionen sowie zwischen Zentren und Peripherien berücksichtigt werden.

Seit 1990 haben die grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Änderungen in Mittel- und Osteuropa, der europäische Integrationsprozess (EU-Beitritt Österreichs 1995, EU-Osterweiterung 2004) und die zunehmend weltweite Verflechtung der Wirtschaft (Globalisierung) den Rahmen für die regionale Entwicklung in Österreich stark verändert. Durch diese Wandlungen ergaben sich neue wirtschaftliche Möglichkeiten, aber auch neue Herausforderungen. Speziell Grenzregionen, niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, die Landwirtschaft sowie einige früher geschützte Industriebereiche und Dienstleistungen gerieten durch den notwendigen Strukturwandel verstärkt unter Druck. Diese grundlegenden Veränderungen führten in der österreichischen Regionalpolitik zu einer neuen Schwerpunktsetzung:

- Unterstützung der Regionen in deren Bemühungen zur nachhaltigen Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und innovativen Anpassung an die geänderten Rahmenbedingungen,
- Unterstützung grenzüberschreitender Kooperationen, vor allem in den Grenzgebieten.



Quelle: ÖIR ■ Städte

# EU-Strukturfonds

► **EU-STRUKTURFONDS - INSTRUMENTE ZUR FÖRDERUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ZUSAMMENHALTS DER EUROPÄISCHEN UNION**

Gemäß Artikel 158 des EU-Vertrags verfolgt die EU eine „Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts („Kohäsion“), um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern“. Vor allem die regionalen Entwicklungsunterschiede sollen verringert werden. Regionalpolitik ist damit eine wichtige Aufgabe der EU.

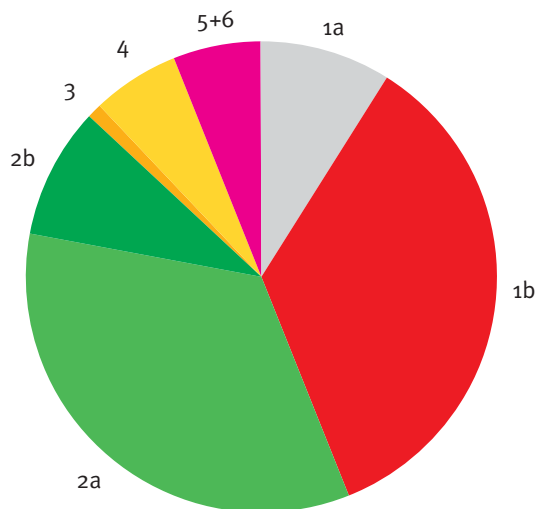
Als Instrumente zur Erreichung dieses ambitionierten Ziels setzt die EU die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds ein. Letzterer kommt nur in den wirtschaftsschwächsten Mitgliedsstaaten zum Einsatz und ist daher für Österreich nicht relevant. Als Strukturfonds werden bezeichnet:

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE: Förderung von Investitionen in Infrastruktur und Unternehmen, Forschung, Kooperation),
- der Europäische Sozialfonds (ESF: personenbezogene Förderungen für Beschäftigung).

In den Programmperioden bis einschließlich 2006 wurde auch ein Teil der EU-Förderung für die Landwirtschaft (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – EAGFL, Abteilung Ausrichtung) sowie der Fischereifonds zu den Strukturfonds gezählt. Diese Förderungsschiene ist seit 2007 unter der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums im Rahmen der EU-Agrarförderung zusammengefasst.

Auf den Bereich Kohäsionspolitik entfallen in der Finanzperiode 2007–2013 rund 35 % des EU-Haushalts.

Finanzielle Vorausschau der EU 2007 – 2013: insgesamt 864,3 Mrd. €



1a	9 %	Wettbewerbsfähigkeit *
1b	35 %	Kohäsionsfonds und Strukturfonds
2a	34 %	Landwirtschaft: Direktzahlungen
2b	9 %	Ländliche Entwicklung
3	1 %	Sicherheit, Justiz etc.
4	6 %	EU als globaler Partner
5 und 6	6 %	Verwaltung

\* umfasst Mittel in den Bereichen F&E (z.B. 7.Rahmenprogramm, TEN, CIP)

Entsprechend den Zielen, mit denen – jeweils für eine Programmperiode – das allgemeine Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts konkretisiert wird, werden verschiedene Programmtypen unterschieden:

Periode 1994/1995–1999	Periode 2000-2006	Periode 2007-2013
Ziel 1: Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand	Ziel 1: Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand	Ziel „Konvergenz“
Ziel 2: Umstellung von Regionen mit rückläufiger Industrielentwicklung	Ziel 2: Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen	Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“
Ziel 5b: Erleichterung der Strukturanpassung ländlicher Gebiete		
Ziel 3: Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung von Problemgruppen in das Erwerbsleben	Ziel 3: Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der (Aus-)Bildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme	
Ziel 4: Erleichterung der Anpassung der Arbeitskräfte an den industriellen Wandel		
Ziel 5a: Förderung der Anpassung der Agrarstrukturen im Rahmen der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik	.....> weitergeführt im Rahmen der EU-Agrarpolitik – Förderung der ländlichen Entwicklung	.....> weitergeführt im Rahmen der EU-Agrarpolitik – Förderung der ländlichen Entwicklung
Gemeinschaftsinitiativen (Spezialprogramme nach Vorgaben der EU-Kommission)		
INTERREG	INTERREG	Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“
LEADER	LEADER	.....> Ländliche Entwicklung
URBAN	URBAN	In Zielprogramme integriert
BESCHÄFTIGUNG, ADAPT	EQUAL	In Zielprogramme integriert
Übrige Gemeinschaftsinitiativen	In Zielprogramme integriert	In Zielprogramme integriert

In der unterschiedlichen Dotierung dieser Ziele kommen sowohl die politischen Prioritäten als auch der unterschiedliche Charakter der Programme zum Ausdruck (hoher Anteil von teuren Infrastrukturinvestitionen im Ziel „Konvergenz“, überwiegend Kooperationen und andere immaterielle Maßnahmen im Ziel „Territoriale Zusammenarbeit“).



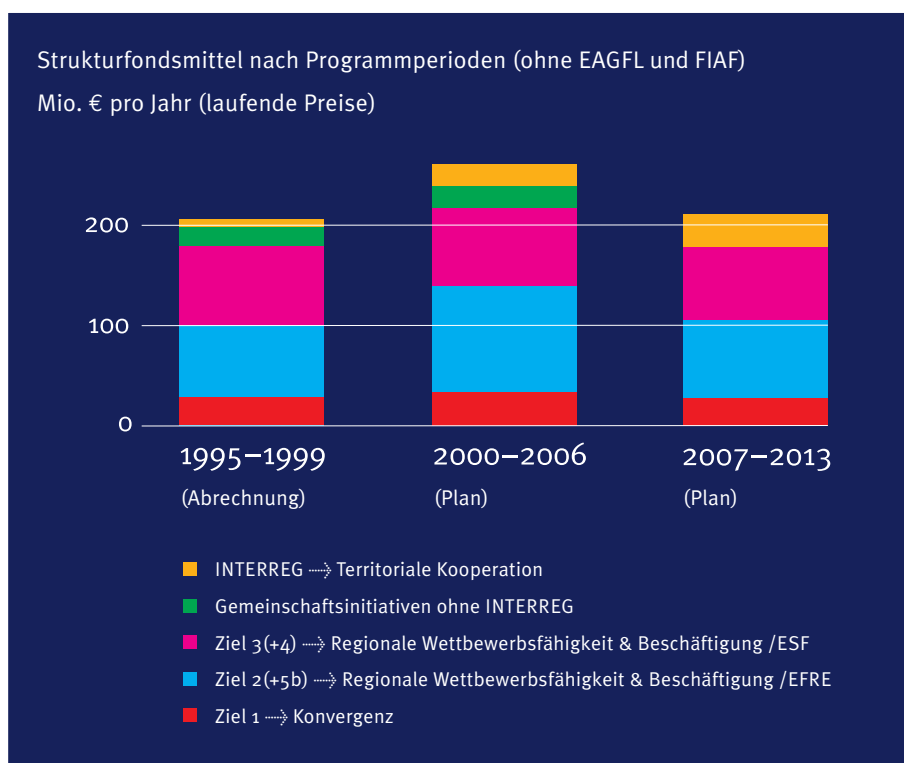
Die Strukturfonds werden von den Mitgliedsstaaten abgewickelt. Grundlage bilden Mehrjahresprogramme, die von den Mitgliedsstaaten jeweils für eine Förderperiode ausgearbeitet und von der EU-Kommission genehmigt werden.

# EU-Strukturfonds für Österreich

Seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wird ein Teil der regionalpolitisch bedeutsamen Maßnahmen mit Mitteln der EU-Strukturfonds unterstützt.

Aus jenen EU-Fonds, die bisher in allen Programmperioden zu den Strukturfonds gerechnet wurden – dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) – hat Österreich seit 1995 in den verschiedenen Programmtypen pro Jahr zwischen rund 200 und 260 Mio. Euro (zu laufenden Preisen) erhalten (siehe Grafik).

Für die Regionalpolitik ist der EFRE von besonderer Bedeutung. Von 1995 bis Mitte 2006 wurden aus dem EFRE für rund 23.000 abgerechnete Projekte (überwiegend Investitionen in Klein- und Mittelunternehmen) über 1 Mrd. Euro an Projektträger in Österreich ausbezahlt. Mit den Projekten wurden rund 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.



2000 – 2006 (laufende Preise) Mio. €	
Ziel 1 (ERDF und ESF)	239
Ziel 2 Phasing-out	626
URBAN II	107
Ziel 3	8
EQUAL	572
INTERREG III	104
<b>SUMME (ohne EAGFL und FIAF)</b>	<b>1.856</b>

2007 – 2013 (laufende Preise) Mio. €	
Konvergenz Phasing-out	177
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	1.027
Territoriale Kooperation	257
<b>SUMME</b>	<b>1.461</b>

Die administrative Umsetzung der Strukturfonds in Österreich ist – entsprechend der föderalen Struktur – wie folgt auf Bund und Länder aufgeteilt:

- Programmkoordination („Verwaltungsbehörde“ im Sinne der Strukturfondsverordnungen) für die regionalen Programme: Länder;
- Programmkoordination („Verwaltungsbehörde“) für länderübergreifende ESF-Programme: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit;
- Koordination der finanziellen Abwicklung („Zahlstelle“ bzw. „Bescheinigungsbehörde“) sowie Kontrolle („Prüfbehörde“) für den EFRE: Bundeskanzleramt;
- Koordination der finanziellen Abwicklung („Zahlstelle“ bzw. „Bescheinigungsbehörde“) sowie Kontrolle („Prüfbehörde“) für den ESF: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Die Rechtsgrundlage für die formale Regelung dieser Zuständigkeiten und der daraus erwachsenden Aufgaben bildet eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG.

Als Plattform für die partnerschaftliche Koordination zwischen den Programmen und beteiligten Bundes- und Länderstellen hat sich die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) bestens bewährt.

# Warum Strategien für die Regionalentwicklung? Und was ist daran innovativ?

Regionale Entwicklungsprozesse werden von vielen verschiedenen Einflüssen – geografischen Rahmenbedingungen, Aktivitäten in der Wirtschaft und in den Haushalten sowie gemeinnützigen Aktivitäten, öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen – bestimmt, und zwar jeweils sowohl in der betreffenden Region selbst als auch in anderen Regionen, mit denen die betreffende Region direkt oder indirekt (z. B. durch Konkurrenz auf Drittmärkten) verflochten ist.

Regionalpolitik, die regionale Entwicklungsprozesse nachhaltig positiv beeinflussen möchte, muss der Komplexität dieser vielfältigen Wirkungszusammenhänge Rechnung tragen. Erfolgreiche Regionalpolitik braucht daher eine breite Mischung unterschiedlicher Maßnahmen, die möglichst gut aufeinander abgestimmt und auf gemeinsame Zielvorstellungen ausgerichtet werden sollten – das heißt: eine Strategie.

## ► **STRATEGIE: MEHR ALS DIE SUMME EINZELNER PROJEKTE**

Jede Strategie muss durch konkrete Einzelmaßnahmen (Projekte) umgesetzt werden. Ohne solche Maßnahmen bleibt jede Strategie bloß Papier. Aber: Viele Einzelprojekte allein ergeben noch lange keine Strategie – dazu braucht es mehr.

→ In einer wohlüberlegten Strategie müssen Einzelprojekte so aufeinander abgestimmt werden, dass Synergien zwischen den Projekten nutzbar gemacht werden können.

→ Durch Folgeprojekte sollen Multiplikatoreffekte erzielt und damit die Wirkung der Maßnahmen erhöht werden.

→ Fremdeinflüsse und Nebenwirkungen sind zu berücksichtigen. Die zu beachtenden Wirkungsketten führen oft erst längerfristig – und möglicherweise anders als ursprünglich geplant – zum erwünschten Ziel.

→ Im Rahmen einer Strategie müssen sehr unterschiedliche Arten von Projekten und Maßnahmen – Infrastrukturinvestitionen, einzelbetriebliche Investitionen, betriebliche und überbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Qualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Beratung und Erfahrungsaustausch etc. – kombiniert werden.

→ Der Vielfalt von Einzelprojekten entspricht meist auch eine Vielzahl verschiedener Finanzierungsquellen – Eigenmittel privater oder öffentlicher Projektträger, öffentliche Förderungen von Bund und Ländern, EU-Mittel aus verschiedenen Programmen.

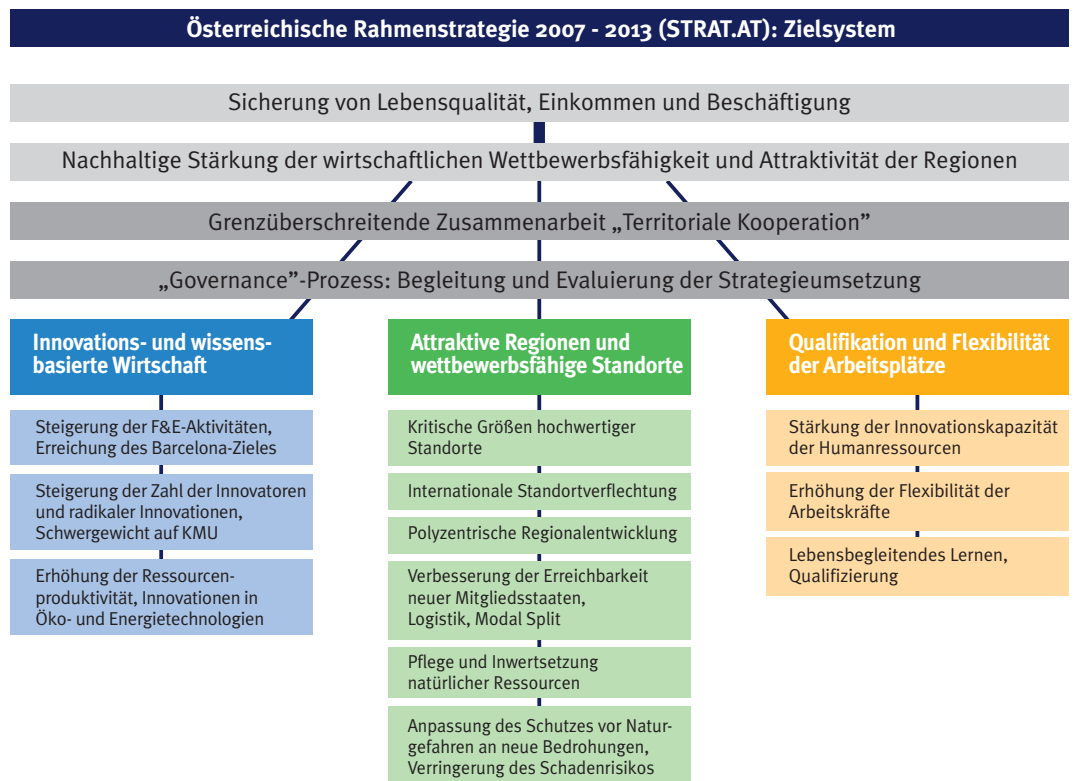
Für die notwendige Abstimmung zwischen den Projekten und der zielgerichteten Umsetzung sowie gegebenenfalls Modifikation einer Strategie braucht es Kommunikation. Diese muss zwischen Projektträgern, zwischen privaten und öffentlichen AkteurInnen, aber auch zwischen den beteiligten Verwaltungsstellen auf den verschiedenen beteiligten Ebenen und aus verschiedenen berührten Fachpolitiken effizient organisiert und auf die Ziele der Strategie ausgerichtet werden („multi-level multi-sector governance“).

Das macht deutlich: Strategien sind vielleicht schnell formuliert, aber schwierig umzusetzen. Sie erfordern von denen, welche die Umsetzung steuern sollen, die Fähigkeit, in komplexen Strukturen zu denken und zu handeln. Diese Fähigkeit muss vielfach erst in der Praxis erlernt werden. Es geht also um Innovationen in den Verhaltensweisen von Personen und Organisationen. Eine strategisch abgestimmte Vorgangsweise stellt allein schon eine Innovation in Politik und Verwaltung dar.

► **DER EINSATZ DER EU-STRUKTURFONDS SOLL STÄRKER STRATEGISCH AUSGERICHTET WERDEN**

Die obersten Entscheidungsorgane der EU haben beschlossen, dass die EU-Politiken stärker auf die strategischen Ziele Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden sollen. Das gilt auch für die Strukturfonds.

Die Mitgliedsstaaten sind angehalten, in der Programmperiode 2007–2013 für den Einsatz der EU-Strukturfonds nationale Rahmenstrategien auszuarbeiten. In Österreich bilden folgende Schwerpunkte den Kern der nationalen Rahmenstrategie:



Die für die Programmperiode 2007–2013 vorgesehene nationale Rahmenstrategie stellt in ihrem umfassenden Anspruch für Österreich und wohl für die meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten eine neue Herausforderung dar. Im kleineren Rahmen hat es jedoch schon bisher regionale und nationale Strategien für Teilaspekte der Regionalentwicklung gegeben, die über die bloße Förderung von Einzelprojekten deutlich hinausgegangen sind.

Die in dieser Broschüre gesammelten konkreten Beispiele aus Österreich zeigen, wie dieser innovative Ansatz in der regionalpolitischen Praxis funktionieren kann.







# Clusterland Niederösterreich: In Netzwerken lässt es sich gut leben

*Mit dem Aufbau von Clustern und Netzwerken in den Bereichen Holz, Kunststoff, ökologisches Bauen, automotiver Sektor, Wellbeing und Lebensmittelproduktion unterstützt das Land Niederösterreich die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Internationalisierung von Unternehmen.*

Die industriell-gewerbliche Wirtschaft Niederösterreichs weist insgesamt ein ausgewogenes Branchenspektrum auf. Bei näherer Betrachtung können jedoch spezifische ökonomische Stärkefelder identifiziert werden, die zumeist eine längere historische Tradition haben. Dazu zählen u. a. die heimische Holzwirtschaft, eine hoch spezialisierte Metallverarbeitung sowie der Gesundheitstourismus (Kurorte). Diese bilden die Ausgangsbasis für die Clusterstrategie des Landes Niederösterreich.

In Niederösterreich betrachtet man Vernetzung und Kooperation im Rahmen von regionalen Clustern als eine zielführende Reaktion auf die Globalisierung, die europäische Integration und den daraus resultierenden verstärkten Wettbewerb. Denn, so die Überzeugung der niederösterreichischen ClusterexpertenInnen: Zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ist es sinnvoll, wenn sich in einer Region branchenverwandte Unternehmen, vor allem Klein- und Mittelbetriebe (KMU), zu Clustern zusammenschließen, um gemeinsame Ressourcen und vorhandenes Wissen synergetisch zu nutzen und auf internationalen Märkten zu reüssieren. Ausschlaggebend für den Erfolg solcher Clusterinitiativen ist die Bereitschaft aller Partner zu gemeinsamem Lernen und Handeln.

Der Aufbau und die Weiterentwicklung themenspezifischer Cluster wurden von ecoplus, Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, vorangetrieben und im Rahmen des niederösterreichischen Ziel-2-Programms unter dem Titel „Regionalberatung und Netzwerkbildung“ gefördert.

Eine wichtige Aufgabe der ecoplus GmbH war es, cluster- bzw. netzwerktaugliche Themen für Niederösterreich zu sondieren, entsprechende Potenzialanalysen zu erstellen und mit ihrem „Steuerungsknow-how“ den Aufbau von Clusterinitiativen zu ermöglichen. 2001 wurde mit einem Holz-Cluster gestartet, es folgten in Zusammenarbeit mit Wien der Automotive-Cluster Vienna Region, ein Wellbeing-, ein Ökobau- und ab 2005 in Koope-

ration mit Oberösterreich ein Kunststoff-Cluster. 2006 wurde die „Lebensmittelinitiative Niederösterreich“ gestartet. Gefördert werden im Rahmen der Clusterstrategie vor allem der Aufbau und der Betrieb der Clustermanagements sowie Kooperationsprojekte von Unternehmen.

## ► CLUSTERMANAGEMENTS SORGEN FÜR PRODUKTIVE NETZWERKE

„In Netzwerken gemeinsam mehr erreichen“ ist die Leitvorstellung, die hinter dem Aufbau der niederösterreichischen Cluster steht. Deshalb werden in jede Clusterinitiative von Beginn an die in Frage kommenden Unternehmen, F&E-Organisationen und Institutionen eingebunden. Jede Initiative hat einen Clusterbeirat, der vor allem in strategischen Fragen die Entwicklung mitgestaltet. Eine im Jahr 2004 durchgeführte Evaluierung der niederösterreichischen Clusterinitiativen ergab unter anderem, dass die Performance der beteiligten Unternehmen in den Bereichen Innovation, Kooperation und Internationalisierung deutlich verbessert werden konnte. Entscheidend beigetragen haben dazu die Clustermanagements, die von der ecoplus GmbH eingerichtet wurden. Die in den Clustern aktiven Unternehmen stellten diesen Managements in der Evaluierung ein gutes Zeugnis aus. Sowohl mit den Ergebnissen der realisierten Kooperationsprojekte als auch mit den dahinterstehenden Förderungen und Betreuungsaktivitäten zeigte man sich hoch zufrieden.

Für die erfolgreiche Weiterentwicklung der Clusterpolitik in Niederösterreich will man – auf Empfehlung der Evaluatoren – in Zukunft auf folgende strategische Schwerpunkte setzen: stärkere Ausdifferenzierung der Aufgabenfelder der Clusterinitiativen entsprechend dem Reifegrad des jeweiligen Clusters, weiterer Zusammenschluss von Initiativen über die engere Region hinaus, um international konkurrenzfähige Cluster zu etablieren, vermehrte Synergien bei technologie- und standortpolitischen Maßnahmen in Niederösterreich. ◀

## Projektbeispiele

### ► ÖKOBAU-CLUSTER

Der Ökobau-Cluster Niederösterreich (ÖBC) ist die zentrale Drehscheibe für alle Unternehmen, F&E- sowie Qualifizierungseinrichtungen, die sich mit den Themen Energieeffizienz, Wohnkomfort, Innenraumklima und Althausanierung beschäftigen. Vorrangiges Ziel des ÖBC ist es, die vorhandenen Ökobaukompetenzen in Niederösterreich zu ver-

netzen, innovative Projekte zu initiieren und zu einer klaren Positionierung Niederösterreichs als Ökobauland beizutragen. Der ÖBC unterstützt jede Form des energieeffizienten, ökologischen Bauens.

Die ClusterpartnerInnen arbeiten gemeinsam an innovativen und wertschöpfungsorientierten Projekten, die jeder für sich alleine nicht realisieren könnte.



1

2

3

Dazu drei Beispiele: „SOL4“ – das größte Passivbürohaus in Ostösterreich (in Mödling), das auch als Seminarzentrum zum Thema Passivhaus dient, „Lach dir die Sonne an“ – Umsetzung der „Niederösterreichischen Solar-kampagne“ 2006, „Lehm konkret“ – F&E-Projekt rund um die Entwicklung von industriell gefertigten Lehmziegeln.

Das Clustermanagement unterstützt die Vernetzungsarbeit durch individuelle Beratungs- und Qualifizierungsangebote, initiiert und begleitet innovative Projekte und organisiert gemeinsame Marktauftritte und Kooperationsbörsen.

► **WELLBEING-CLUSTER**

Beim Wellbeing-Cluster Niederösterreich werden Unternehmen zu den Kernthemen Gesundheitstourismus, Präventivmedizin und Naturprodukte vernetzt. Dazu kommen Unternehmen aus ergänzenden Bereichen wie F&E, Qualifizierung, Bewegung und gesunde Ernährung sowie Ausstatter. Langfristiges Ziel des Wellbeing-Clusters Niederösterreich sind die verstärkte Positionierung Niederösterreichs am gesundheitstouristischen Markt und die Etablierung Niederösterreichs als die Gesundheitsdestination in Mitteleuropa.

Projektbeispiele: „Beautyspace“ – Entwicklung eines neuen Gesamtproduktes für die Spa- und Wellnesshotellerie, Qualitätsgütezeichen „Best Health Austria“ und „Fit-Programm“ für gesundheitstouristische Betriebe, „Marketingkooperation Russland“ – Positionierung Niederösterreichs als gesundheitstouristische Destination am russischen Markt.

► **KUNSTSTOFF-CLUSTER**

Der Kunststoff-Cluster ist ein branchenübergreifendes Netzwerk des Kunststoffsektors. Im Rahmen dieses Clusters wird die Zusammenarbeit von Unternehmen sowie von Unternehmen

und Technologietransfereinrichtungen initiiert, koordiniert und gefördert. Die Basis für den niederösterreichischen Kunststoff-Cluster wurde im Jänner 2005 gelegt. Damals starteten ecoplus und die Technologie- und Marketinggesellschaft des benachbarten Bundeslandes Oberösterreich eine wegweisende Zusammenarbeit: Der oberösterreichische Kunststoff-Cluster wurde mit einem eigenen ecoplus-Büro in Wiener Neustadt auf Niederösterreich ausgeweitet. Dadurch können nun die zentralen Dienstleistungen aus Oberösterreich durch regionale Betreuung, Projektförderung und Schwerpunktbildung in Niederösterreich optimal ergänzt werden.

Projektbeispiele: „N packt's“ – Initiative des Landes Niederösterreich: Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung für Biokunststoffe, Untersuchung der Wertschöpfungspotenziale bei der Herstellung biogener Kunststoffe, Schaffung der Rahmenbedingungen für internationale Unternehmenskooperationen; „Legionellenwachstum in Trinkwasserleitungen“ – Untersuchung dieses Problems mit Hilfe neuer Probenahme- und Analysetechniken. ◀

4



5

6



Förderungen gesamt: 445.000 €



## daten & fakten

**Ökobau-Cluster**

Projektlaufzeit: 2003–2008  
 EU-Programm: Ziel 2 Niederösterreich  
 Gesamtkosten: 2.250.000 €  
 EU-Kofinanzierung: 448.000 €  
 Nationale öffentliche Förderung: 1.327.000 €  
 Förderungen gesamt: 1.775.000 €

**Wellbeing-Cluster**

Projektlaufzeit: 2002–2007  
 EU-Programm: Ziel 2 Niederösterreich  
 Gesamtkosten: 2.400.000 €  
 EU-Kofinanzierung: 510.000 €  
 Nationale öffentliche Förderung: 1.490.000 €  
 Förderungen gesamt: 2.000.000 €

**Kunststoff-Cluster**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
 EU-Programm: Ziel 2 Niederösterreich  
 Gesamtkosten: 500.000 €  
 EU-Kofinanzierung: 99.000 €  
 Nationale öffentliche Förderung: 346.000 €

**Kontakt: Dr. Wolfgang Schwarz**  
 Amt der Niederösterreichischen Landesregierung,  
 Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik  
 Tel.: +43/27 42/90 05-14190, wolfgang.schwarz@noel.gv.at

**Clusterinfos: Mag. Walter Freudenthaler**  
 ecoplus – Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH  
 Tel.: +43/1/513 78 50-37, w.freudenthaler@ecoplus.at, www.ecoplus.at



# Gesundheitsdestination Burgenland: Mit Qualität internationale Märkte ansprechen

*Im Burgenland trägt der Tourismus mit rund 2,5 Millionen Nächtigungen pro Jahr etwa 4,4 % zur Bruttowertschöpfung des Landes bei. Das ist zwar noch nicht viel, aber es gibt ein großes Potenzial: Im Burgenland konnten in den letzten Jahren die höchsten prozentuellen Nächtigungszuwächse Österreichs erwirtschaftet werden. Die Leitthemen sind Gesundheit, Kultur, Natur, Sport und Wein/Kulinarik. Nach dem Motto „Stärken stärken“ soll die bereits erfolgte Spezialisierung vor allem im Gesundheitstourismus intensiviert werden. So will man die bestehenden Marktanteile ausbauen und auch international als Gesundheitsdestination wahrgenommen werden.*

Der Anteil Österreichs am europäischen Wellness- und Gesundheitstourismus beträgt rund 10 %. Etwa 700 Wellness- und Kurhotels bieten mehr als 83.000 Betten. Damit liegt Österreich im europäischen Ranking nach Deutschland an der guten zweiten Stelle. Nach Ansicht verschiedener Forschungsinstitutionen wird der Wellness- und Gesundheitstourismus auch künftig das am stärksten wachsende Segment im Tourismus sein. Nicht nur in Österreich wurde daher in den vergangenen Jahren massiv in den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur investiert. Dadurch wurde der Wettbewerb deutlich erhöht und eine gewisse Marktsättigung erreicht. Künftige Angebote werden sich nur mehr durch die gebotene Qualität, Spezialisierung sowie ständige Anpassung an die Nachfrage abheben können.

Das Burgenland verfügt mit seinem pannonischen Klima, zahlreichen Thermalquellen, dem Neusiedler See und einem vielfältigen kulturellen Angebot wie den Seefestspielen Mörbisch und den Schlossspielen Kobersdorf über geeignete Voraussetzungen für diesen Wirtschaftsbe- reich.

Die Thermen Bad Tatzmannsdorf, die Sonnen- therme Lutzmannsburg und die Therme Stegers- bach sind vor allem am nationalen Markt bereits gut eingeführte, eindeutig positionierte und stark frequentierte Angebote. Zugleich fand in den vergangenen Jahren bei den Mitarbeiterin- nen und Mitarbeitern der Gesundheitsbetriebe ein kontinuierlicher Kompetenzaufbau statt.

Grenzüberschreitende Kooperationen gibt es im Burgenland im Bereich des Naturtourismus, etwa mit dem grenzüberschreitenden National- park Neusiedler See – Seewinkel, schon seit Jahren. Auch im Thermal- und Gesundheitstou- rismus arbeiten das Burgenland, die Steiermark, Westungarn und Nordslowenien an einer ge- meinsamen Strategie. Die Zusammenarbeit mit der Vienna Region soll intensiviert werden, und vor allem die zentrale Lage zwischen Wien, Bra- tislava, Győr und Budapest will man noch besser nutzen.

## ► DIE KRAFT STECKT IN DER QUALITÄT

Die Entwicklungsstrategie des Burgenlandes für den Bereich Tourismus sieht vor, das bereits seit Jahren gut eingeführte Segment Gesundheitstou- rismus zu stärken und weiter auszubauen. Ziel ist es, das Burgenland auch international als Gesundheitsdestination zu positionieren. Dies erfolgt durch gezielte und gut abgestimmte Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Marketing sowie mit neuen Dienstleistungen und Angeboten. Im Vordergrund steht nicht die Schaf- fung von neuen Kapazitäten, sondern die qua- litätsvolle, nachhaltige und nachfrageorientierte Entwicklung auf allen Ebenen.

Seit 1999 werden die burgenländischen Thermen gemeinsam mit weiteren Anbietern der Bereiche Gesundheit und Wohlfühlen von der Thermen- welt Burgenland Marketing GmbH unter der Submarke „Thermenwelt Burgenland“ professi- onell vermarktet. Neben den Marketingaktivitä- ten sind auch die Einführung und Umsetzung von Qualitätskontrollsystemen wie „Best Health Austria“ ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Zudem wird versucht, die Thermen für den Gast eindeutig zu positionieren, wie dies beispiels- weise mit der Ausrichtung der Sonnentherme Lutzmannsburg für Kinder und Familien besonders erfolgreich gelungen ist.

Die intensive Vernetzung und Einbindung der Region und deren Ressourcen sind ein Impuls für neue Aktivitäten und Angebote und ein wich- tiges Unterscheidungsmerkmal zu anderen Des- tinationen. Umgesetzt wird dies durch die ge- zielte Schaffung von Leitbetrieben, die im Umfeld neue betriebliche Impulse auslösen sollen, den Aufbau eines Gesundheitskompetenzknotens und ständige Angebotsentwicklung in Koopera- tion mit renommierten Forschungseinrichtungen.

Im Zeitraum 2000–2006 wurden jährlich rund 10 Millionen Euro in den Ausbau von Infrastruk- tur sowie in die Verbesserung und Schaffung neuer Leitbetriebe investiert; bis Ende 2005 schuf man rund 2500 neue Qualitätsbetten, und die Anzahl der Nächtigungen konnte von 2.373.208 im Jahr 2000 auf 2.543.269 im Jahr 2005 gesteigert werden. ↵

## Projektbeispiele

### ► GESUNDHEITSKOMPETENZKNOTEN BAD TATZMANNSDORF

Der seit dem Jahr 2000 arbeitende EU- Kompetenzknoten in Bad Tatzmannsdorf strebt

exzellente Ergebnisse zum Nutzen seiner Kun- dinnen und PartnerInnen an. Man arbeitet auf mehreren Ebenen beständig an Verbesserun- gen, um ein vorbildliches EU-Niveau zu errei- chen. Die vier Arbeitsbereiche des Kompetenz-



7



8



9



10

knotens sind Ausbildung, Forschung, Vernetzung und Infrastruktur.

Der Kompetenzknoten hat bereits eine Reihe von Projekten umgesetzt, welche die Basis für neue touristische und medizinische Angebote der Region bilden. Im Bereich Ausbildung wurden ein Fachhochschullehrgang und eine Gesundheitsakademie realisiert. Gemeinsam mit Universitäten werden aktuelle Themen erforscht, mit der Universität Hannover etwa arbeitete man im Rahmen einer Studie über chronische Erschöpfung zusammen. Die Themen Vernetzung und Infrastruktur fanden im Projekt Lauf- und Walkingarena ihre Umsetzung. Der Gesundheitskompetenzknoten ist über seine einzelnen Projekte mit der Region und weit darüber hinaus vernetzt, wodurch man sich eine starke nachhaltige Wirkung seiner Arbeit erhofft.

► **GESUNDHEITSANGEBOTE FÜR BABYS IN DER SONNENTHERME LUTZMANNSBURG FRANKENAU**

Die Sonnentherme Lutzmannsburg hat sich vollständig auf kleine Gäste mit Begleitung eingestellt. Das zeigt sich nicht nur in der baulichen Gestaltung und Einrichtung mit Babyduschen, Babyaktivbecken, Stillwaben und einem Wickelraum, sondern auch in ganz speziellen Angeboten für Babys. So stellt eine spezielle Personal-Baby-Trainerin bei der Ankunft ein spezielles Baby-Fit-Package zusammen: Für die kleinen Gäste gibt es eigene Aktivitäten und Verwöhnprogramme wie Babyschwimmen und Babymassage. Die Personal-Baby-Trainerin ist speziell ausgebildet und steht während des gesamten Aufenthalts mit Rat und Tat zur Verfügung. Die Eltern finden hier alles zur Versorgung des Nachwuchses (z. B. Kinderwagenverleih, eine eigene Küche zum Wärmen und Zubereiten von Babynahrung) und können sich auch gleich selbst bei Massagen und anderen Angeboten verwöhnen lassen. Künftig will man auch Spezielles für Kinder von einhalb bis drei Jahren anbieten.

Mit dieser eindeutigen Positionierung ist die Sonnentherme äußerst erfolgreich. Seit der Wiedereröffnung der Therme im Jahr 1999 sind die Besucherzahlen ständig gestiegen. Im Jahr 2005 besuchten 485.000 Erwachsene und rund 26.000 Babys die Therme. 2004 feierte das Familien- und Gesundheitshotel „Sonnenpark“ seine Eröffnung; in diesem Viersternehotel und in der Therme sind 175 MitarbeiterInnen beschäftigt.

► **LAUF- & WALKINGARENA BAD TATZMANNSDORF**

Neben dem Thermenangebot ist Bewegung in der Natur (Wandern, Nordic Walking und Laufen) ein wesentliches Element der Gesundheitspflege. Die Lauf- & Walkingarena Bad Tatzmannsdorf vernetzt Wege und Strecken von Bad Tatzmannsdorf mit den Nachbargemeinden Bernstein, Mariasdorf, Oberwart, Oberschützen, Pinkafeld und Stadtschläining. Es gibt insgesamt 138 km Laufwege und 280 km Wander- und Walkingwege sowie zehn verschiedene Spezialbahnen und Laufparcours. Begleitend dazu werden speziell auf diese Zielgruppe abgestimmte Leistungen wie eine Nordic-Walking-Akademie und Lauf-Partnerhotels angeboten.

► **LEHRGANG GÄSTEBETREUER/IN IM GESUNDHEITSTOURISMUS**

Die Qualität der Dienstleistung stellt für den Gast ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal dar. Daher nehmen Ausbildung und Qualifizierung der MitarbeiterInnen einen immer wichtigeren Stellenwert ein.

Gerade Gesundheitsgäste haben besonders hohe Ansprüche und erwarten sich eine lückenlose und umfassende Betreuung. Als Bindeglied zwischen den spezialisierten FachärztInnen und den Gästen gibt es nun im Burgenland spezielle GästebetreuerInnen. Die Ausbildung erfolgt in Kooperation mit dem Berufsförderungsinstitut Burgenland im Rahmen eines eigenen Lehrgangs, in dem die TeilnehmerInnen grundlegendes Wissen über Humanbiologie, Bewegungs- und Ernährungslehre sowie Psychologie erwerben. ◀

## daten & fakten

### Gesundheitskompetenzknoten Bad Tatzmannsdorf

Projektlaufzeit: 1999–2006  
EU-Programm: Ziel 1 Burgenland  
Gesamtkosten: 130.811 €  
EU-Kofinanzierung: 65.405,5 €  
Nationale öffentliche Mittel: 65.405,5 €  
Förderungen gesamt: 130.811 €

### Gesundheitsangebote für Babys in der Sonnentherme Lutzmannsburg Frankenua

Projektlaufzeit: 2003–2004  
EU-Programm: Ziel 1 Burgenland  
Gesamtkosten: 78.000 €  
EU-Kofinanzierung: 27.300 €  
Nationale öffentliche Mittel: 27.300 €  
Förderungen gesamt: 54.600 €

### Lauf- & Walkingarena Bad Tatzmannsdorf

Projektlaufzeit: 2001–2004  
EU-Programm: Ziel 1 Burgenland  
Gesamtkosten: 444.500,79 €  
EU-Kofinanzierung: 154.744 €  
Nationale öffentliche Mittel: 154.744 €  
Förderungen gesamt: 309.488 €

11



12



13



### Lehrgang Gästebetreuer/In im Gesundheitstourismus

Projektlaufzeit: 2003–2004  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Ungarn  
Gesamtkosten: 159.846,32 €  
EU-Kofinanzierung: 79.923,16 €  
Nationale öffentliche Mittel: 79.923,16 €  
Förderungen gesamt: 159.846,32 €

**Kontakt: Mag.a (FH) Katharina Kaitan**

**Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landesamtsdirektion, EU-Verwaltungsbehörde**

**Tel.: +43/26 82/600-2840, katharina.kaitan@bgl.gv.at**



# Technologiestandort Steiermark: Forschung und Entwicklung in Unternehmen werden gezielt forciert

*Das Bundesland Steiermark will seine Attraktivität als Technologiestandort und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen erhöhen. Sowohl im Ziel-2-Programm 2000–2006 als auch im Programm „TECHNOFIT“ für innovative Maßnahmen 2002–2005 wurden entscheidende Akzente zur Erhöhung der Intensität von Forschung und Entwicklung in Klein- und Mittelbetrieben gesetzt.*

1998 lag die Forschungsquote in der Steiermark bei 2,5 % und konnte bis 2002 sogar auf 3,7 % (EU 25: 1,96 %) gesteigert werden. Die Steiermark ist damit das Bundesland mit der höchsten Forschungsquote Österreichs. Ein Überblick über die F&E-Aktivitäten sowie die wirtschaftsnahe Infrastruktur zeigt, dass die Steiermark ein optimaler Standort für innovative Unternehmen ist. In der Industrieregion Obersteiermark mit der primären Ausrichtung auf den Bereich Werkstoffe bildet die Montanuniversität Leoben einen wichtigen Partner für Forschungs- und Wissenstransfer für die Unternehmen der Region. In den stärker ländlich strukturierten Gebieten ist das Serviceangebot für innovatorientierte Unternehmen im Rahmen des Ziel-2-Programms 2000–2006 durch die Gründung dezentraler Institute der landeseigenen Forschungsgesellschaft Joanneum Research und die Inbetriebnahme neuer Gründer- und Technologiezentren wesentlich ausgebaut worden.

## ► STÄRKUNG DES REGIONALEN INNOVATIONSSYSTEMS

Um die Innovationsintensität in den steirischen Betrieben weiter zu erhöhen, hat die steirische Wirtschafts- und Forschungspolitik vier strategische Aktionsfelder im aktuellen Ziel-2-Programm definiert. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden das Upgrading der bestehenden Impulszentren und eine bessere Vernetzung

im gesamten regionalen Innovationssystem (F&E-Einrichtungen, Impulszentren, Betriebe).

Im zweiten Aktionsfeld „Erhöhung der F&E-Intensität in Unternehmen“ will man durch die Förderung der Grundlagen- und Anwendungsforschung zur Umsetzung von Forschungsergebnissen die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren stimulieren. Zudem sollen Forschungsprojekte zwischen Betrieben sowie die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen unterstützt und das Angebot an Informations-, Beratungs- und Serviceleistungen zur Vermittlung von Kooperationspartnern und -partnern ausgebaut werden.

Die Verbesserung der Adaptionsfähigkeit als dritte Strategie zielt auf eine effektive Absorption neuer Technologien in Unternehmen ab. Dies soll unter anderem durch einen professionellen Wissenstransfer sowie durch die Stimulierung von Personaltransfer und Qualifikationsmaßnahmen für die Beschäftigten erfolgen.

Im vierten Aktionsfeld wird eine Verbesserung der Diffusion von F&E-Ergebnissen und neuen Technologien angestrebt. Das Maßnahmenpektrum in diesem Bereich umfasst Beratungsangebote für Unternehmen, den Aufbau von themenzentrierten Netzwerken und die Durchführung von Pilot- und Demonstrationsprojekten. ◀

## Projektbeispiele

Beispiele für das Upgrading und die Vernetzung von Impulszentren sind der Ausbau des Innovationszentrums im südsteirischen Lebring (Schwerpunkte IT, EDV, Automation), das u. a. mit der Technologieachse Graz-Maribor eng kooperiert, und die Errichtung eines Nanotechnologiezentrums in der oststeirischen Bezirksstadt Weiz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Weizer Energie- und Innovationszentrum. Durch die Kooperation von Joanneum Research und der Technischen Universität Graz soll dieses Zentrum zu einem Knotenpunkt im Bereich Optoelektronik, Sensorik und Nanoanalytik werden.

Die folgenden Projektbeispiele beziehen sich auf die Bereiche Erhöhung der F&E-Intensität in Betrieben, Kooperation von Betrieben mit F&E-Einrichtungen, Absorption neuer Technologien und die Diffusion von F&E-Ergebnissen. Im Rahmen der Strategierealisierung wurden bisher rund 140 F&E-Kooperationen zwischen Unternehmen, For-

schungsgesellschaften und Universitätsinstituten gefördert.

## ► MAGNESIUMKOMPETENZZENTRUM

Die Georg Fischer GmbH & Co KG in Altenmarkt produziert Aluminium- und Magnesiumdruckgussteile für die KFZ-Industrie.

Investitionen in den Aufbau des neuen Bereiches Trägerkomponenten (Querträger, Lenk консолен) und die Förderung von Forschungstätigkeiten zur Entwicklung neuer, leichterer Bauteile schufen die Produktionsvoraussetzungen, um im Wachstumsmarkt Trägerkomponenten aus Magnesiumdruckguss aktiv werden zu können.

Durch die Unterstützung beim Einstieg in die Fertigung von Strukturkomponenten (Tanktrennwände, Sitzschalen, Türen) konnte am Standort Altenmarkt ein weiteres strategisches Geschäftsfeld erschlossen werden. Durch umfangreiche Entwicklungsarbeiten



14



15



16

hat sich das Unternehmen einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil erarbeitet: Die Tanktrennwände der Georg Fischer GmbH & Co KG wiegen um 1,5 kg weniger als die ihrer Mitbewerber.

Durch die Förderung notwendiger Investitionen und Entwicklungsarbeiten konnte sich der Standort Altenmarkt als Magnesiumkompetenzzentrum innerhalb der Leichtmetallsparte des Georg-Fischer-Konzerns etablieren.

► **ELEKTRO- UND AUTOMATISIERUNGSTECHNIK**

Die Firma pentanova engineering gmbh ist auf Dienstleistungen und Komplettlösungen in der Elektro- und Automatisierungstechnik spezialisiert. Die wichtigsten Zielgruppen des Unternehmens sind die produzierende Industrie und der Maschinenbau, vor allem die Automobilindustrie. Nach ihrer Gründung im Jahr 2002 wurde die pentanova engineering gmbh im Rahmen des steirischen Ziel-2-Programms bei der Umsetzung von Marketingmaßnahmen, der Entwicklung von Software-Tools zur Projektabwicklung in Zusammenarbeit mit der Karl-Franzens-Universität Graz und bei der Anschaffung der erforderlichen technischen Anlagen inklusive Computersteuerung unterstützt. Beratung, Erhöhung der F&E-Intensität und der Absorptionsfähigkeit bzw. der Diffusion von F&E-Ergebnissen durch die Kooperation mit Forschungseinrichtungen trugen dazu bei, dass bereits im ersten Geschäftsjahr Großaufträge wie die Lieferung von Steuerungstechnik für Volkswagen China und Magna Graz (BMW X3) lukriert werden konnten. Seit 2004 ist pentanova in China mit einer Niederlassung vertreten und konnte am lokalen Markt bereits beachtliche Erfolge erzielen.

► **NACHHALTIGE PFLANZENNUTZUNG**

Das Institut für nachhaltige Techniken und Systeme der Joanneum Research Forschungsgesellschaft m. b. H. befasst sich mit der chemisch-

technischen Nutzung von Pflanzeninhaltsstoffen. Am oststeirischen Regionalstandort Hartberg wurde im Rahmen des Ziel-2-Programms der Aufbau der für F&E-Arbeiten erforderlichen Infrastruktur gefördert. Vorhandene Räume wurden für die Nutzung als Pflanzentechnikum und Probenahmelabor adaptiert. Dadurch wurde der Betrieb von Extraktions- und Trennapparaturen zur Herstellung verschiedener Pflanzenextrakte im technischen Maßstab möglich. Der Joanneum-Research-Standort Hartberg wird damit zu einem regionalen Impulsgeber für die Entwicklung innovativer Produkte in den Bereichen Naturkosmetik, Functional Food Additives und Pharmaceuticals.

► **INERTISIERUNG VON FLUGASCHEN**

Die Rückstände von Müllverbrennungsanlagen entsprechen nicht immer den Anforderungen für die Deponierung. Ziel des Projektes von INTECO/ARP war das Entfernen von Restschadstoffen aus dem Verbrennungsprodukt der Müllverbrennung.

Zu diesem Zweck kam eine schmelzmetallurgische Behandlung der Rückstände zum Einsatz. Über einen Redoxprozess in der Schmelze wurden toxische Bestandteile aus den Müllverbrennungsgaschen entfernt, indem sie im Abgasstrom angereichert bzw. stabil in eine Glasmatrix und in die Roheisenvorlage eingebunden wurden. Dafür wurde ein widerstandsbeheizter Elektroofen als Einschmelzaggregat entwickelt, dessen Wirksamkeit in mehreren Versuchen und thermodynamischen Berechnungen geprüft und bestätigt wurde. Die Entwicklung des Elektroofens erfolgte in Zusammenarbeit mit der Montanuniversität Leoben und der Technischen Universität Graz und wurde im Rahmen des TECHNOFIT-Programms für innovative Maßnahmen gefördert. ◀

## daten & fakten

**Georg Fischer GmbH & Co KG Altenmarkt**

Projektlaufzeit: 2001–2004  
EU-Programm: Ziel 2 Steiermark  
Gesamtkosten: 17.469.044 €  
EU-Kofinanzierung: 873.452 €  
Nationale öffentliche Förderung: 1.654.200 €  
Förderungen gesamt: 2.527.652 €

**pentanova engineering gmbh**

Projektlaufzeit: 2002–2003  
EU-Programm: Ziel 2 Steiermark  
Gesamtkosten: 120.682 €  
EU-Kofinanzierung: 18.103 €  
Nationale öffentliche Förderung: 14.079 €  
Förderungen gesamt: 32.182 €

**Kontakt: Dr. Gerd Gratzner**

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 14 – Wirtschaft und Innovation  
Tel.: +43/316/877-3154, a14@stmk.gv.at, www.zielsteiermark.at, www.technofit.at

**Joanneum Research**

Projektlaufzeit: 2004–2005  
EU-Programm: Ziel 2 Steiermark  
Gesamtkosten: 96.460 €  
EU-Kofinanzierung: 43.327 €  
Nationale öffentliche Förderung: 21.664 €  
Förderungen gesamt: 64.991 €

**INTECO/ARP**

Projektlaufzeit: 2004–2005  
EU-Programm: Innovative Maßnahmen des EFRE  
Gesamtkosten: 363.000 €  
EU-Kofinanzierung: 143.385 €  
Nationale öffentliche Förderung: 38.115 €  
Förderungen gesamt: 181.500 €



# Kärnten: Innovationen und unternehmerische Qualitäten fördern

*Bis in die 1980er Jahre befand sich Kärnten sowohl wirtschaftlich als auch geografisch in einer Randlage. Durch die EU-Erweiterung liegt das südlichste Bundesland Österreichs nun in einer wirtschafts-, wachstums- und innovationsstarken Region. Die Herausforderung lautet, die Kooperations- und Marktpotenziale zu nutzen und die eigenen Stärken gezielt auszubauen. Als Kompetenzfelder wurden Unternehmen in den Bereichen Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien und nachhaltige Technologien identifiziert. Die Zielsetzung lautet nun, geeignete Rahmenbedingungen für innerbetriebliche Forschung zu schaffen, Kooperationen zu stärken und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen kontinuierlich zu steigern.*

Die Folgen der jahrelangen wirtschaftlichen Randlage sind heute noch in der Wirtschaftsstruktur Kärntens zu erkennen. Mit dem Beitritt der südlichen Nachbarn in die EU hat Kärnten wieder eine geopolitisch vorteilhafte Lage mit Slowenien und Südosteuropa als wachstumsstarke Märkte im Süden sowie der Steiermark, Oberitalien und dem slowenischen Zentralraum als sehr forschungs- und entwicklungsintensive und innovationsstarke Nachbarn.

Obwohl der Anteil der Dienstleistungen niedriger ist als im österreichischen Durchschnitt, konnte in den letzten Jahren ein Strukturwandel in Richtung unternehmensnahe und wissensbasierte Dienstleistungen festgestellt werden. Gerade in den forschungs- und entwicklungsintensiven Wirtschaftsbereichen wie Maschinenbau, Chemieindustrie, Rundfunktechnik, Medizintechnik, Elektrizitätserzeugungsgeräte und Fahrzeugbau konnte man in Kärnten bis 2001 die zweithöchsten Gründerzahlen Österreichs verzeichnen.

In den Branchen Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikroelektronik und nachhaltige Technologien gibt es internationale Leitbetriebe, die für die kleineren Unternehmen einen Impuls darstellen. Nun müssen Forschung und Entwicklung auf betriebliche Ebene ausgeweitet werden, um Schwellenbetrieben zu helfen, mit Forschungsaktivitäten zu beginnen.

► **INNOVATIONSSYSTEME BILDEN DIE BASIS FÜR WETTBEWERBSFÄHIGE KLEIN- UND MITTEL-UNTERNEHMEN**

Die Strategie des Landes Kärnten sieht vor, die Innovationsneigung wie auch die Quote der Forschung und Entwicklung auf betrieblicher Ebene zu erhöhen. Besonderes Augenmerk wird auf die Steigerung der Innovationsneigung der Klein- und Mittelbetriebe gelegt.

Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen und die Technologieführerschaft in ausgewählten Bereichen

zu erreichen. Dieses Ziel soll durch Anpassungen des Innovationsystems in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Technologietransfer und Informations- und Kommunikationstechnologien erreicht werden. Klein- und Mittelbetriebe sollen verstärkt in Innovationsprozesse eingebunden werden. Alle Maßnahmen sind in den drei Schwerpunktbereichen Informations- und Kommunikationstechnologie, Mikroelektronik und erneuerbare Energie angesiedelt.

Angestrebt wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung durch Bewusstseinsbildung und gezielte Bewerbung Kärntens als Standort für internationale forschungsintensive Betriebe. Auftragsforschung wird vor allem Klein- und Mittelbetrieben zugänglich gemacht. Die Dachorganisation Carinthian Center of Excellence wird künftig alle Leistungen für Unternehmen „aus einer Hand“ anbieten.

Weiters wird der Ausbau des Lakeside Science & Technology Park vorangetrieben, der ab 2009 Kapazitäten für insgesamt 2000 MitarbeiterInnen bieten soll. Auch die Technologieparks Villach und St. Veit sollen weiter vergrößert und ausgebaut werden.

Einen Schwerpunkt stellt der Aufbau von Forschungsk Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen mit Unternehmen dar. Diese Kooperationen sollen durch die Tätigkeit der Branchennetze „K-Ind“, „K-Wood“ sowie „me2c (micro)electronic cluster“ unterstützt und gefördert werden.

Der verstärkte Fokus auf Forschung und Entwicklung findet sich auch in den Ausgaben des Landes Kärnten: Im Jahr 2000 wurden 23,7 Mio. Euro an Landesmitteln für Forschung und Forschungsförderung aufgewendet, bis 2006 hat sich diese Summe auf 41,1 Mio. Euro fast verdoppelt. Umgelegt auf die Bevölkerung Kärntens ergibt dies einen Pro-Kopf-Anteil von 73,3 Euro, der österreich-Durchschnitt liegt bei 40,5 Euro. ◀



17



18

## Projektbeispiele

### ► EIN UNTERNEHMEN MACHT SICH FIT FÜR DIE ZUKUNFT: KONRAD FORSTTECHNIK GMBH

Das Unternehmen Konrad Forsttechnik ist ein Klein- und Mittelunternehmen, das sich auf den Maschinenbau für die Forst- und Bauwirtschaft spezialisiert hat. Jährlich werden rund 155 Maschinen gefertigt, wovon etwa 50 % weltweit exportiert werden. Bekannt ist das Unternehmen in Branchenkreisen durch den selbstfahrenden Laufwagen Woodliner, das Harvesteraggregat Woody und die Kombinationsmaschine Mounty.

Forschung und Innovation sind für Josef Konrad, den Firmenchef, zentrale Elemente. Denn, so lautet das Firmencredo, „die Ideen von heute sind das Kapital von morgen“. Dem entsprechend betragen die jährlichen Ausgaben des Unternehmens für Forschung und Entwicklung etwa 5 bis 6 % des Jahresumsatzes.

Der Erfolg des Unternehmens ist kein Zufall: Das Unternehmen bereitet sich gezielt auf künftige Herausforderungen vor und betreibt aktive Innovationsarbeit. Die Entwicklung des „Highlander“ – eines Rad- und Schreitharvesters für die Holzerte in unwegsamem Gelände – gab den Anstoß für einen umfassenden Innovationsprozess im Unternehmen.

Zwei Jahre lang wurde ein Innovationsassistent beschäftigt, der nicht nur die Implementierung von neuen innerbetrieblichen Systemen vorantrieb, sondern auch selbst ein persönliches Coaching- und Weiterbildungsprogramm absolvierte.

Es wurde eine neue Produktionsanlage errichtet, deren Energiebedarf durch die eigene Biomasseheizanlage zur Gänze abgedeckt wird. Ein wesentlicher Teil des Maschinenbaus wurde an externe Unternehmen der Region vergeben, womit auch diese einen wirtschaftlichen Impuls bekamen.

Das Unternehmen beteiligte sich am Pilotprojekt „Entwicklung von Wissensmanagement-Anwendungen in Klein- und Mittelbetrieben“. Im Rahmen des Projekts wurde das Wissensmanagement der Konrad Forsttechnik GmbH analysiert und ein Wissensmanagement-Koordinator ausgebildet, der die Anpassung des Wissensmanagements für das rasch wachsende Unternehmen organisiert.

### ► ME2C (MICRO)ELECTRONIC CLUSTER

Der Elektronik- und Mikroelektroniksektor ist in Kärnten mit zahlreichen Unternehmen und Forschungseinrichtungen stark vertreten und stellt damit ein Stärkefeld des Landes Kärnten dar.

Der (micro)electronic cluster ist ein Netzwerk aus rund 80 Betrieben, Forschungseinrichtungen und Ausbildungsanbietern aus dem Sektor Elektronik- und Mikroelektronik und verwandten Sparten mit Sitz in Kärnten, in der Steiermark und im Burgenland.

Ein professionelles Clustermanagement unterstützt die Mitglieder bei der Anbahnung von Produkt- und Forschungs Kooperationen, Marketing, Qualifizierung sowie bei der Erschließung von neuen Märkten.

Den Unternehmen steht mit der Wissens- und Informationsplattform CIP (Cluster Information Plattform) eine Lösung zur Verfügung, mit der sie künftig im virtuellen Workspace kommunizieren und Projekte durchführen können.

Das Projekt Alise (Alps IT Service Network) ermöglicht speziell Klein- und Mittelbetrieben, dass sie sich nicht mehr um die Wartung der Hard- und Software kümmern müssen. Im Rahmen von Alise könnte auch die Möglichkeit von Teleworking für PendlerInnen der beteiligten Unternehmen realisiert werden. Dieses Projekt erfolgte daher in Zusammenarbeit mit dem Teleworking-Schwerpunkt im Programm INTERREG III B Alpenraum.

NANEMOS hieß das Netzwerkprojekt mit dem Optoelektronik-Cluster in Thüringen. Das Ziel von NANEMOS war der Aufbau einer Technologieplattform sowie von Kooperationen zwischen Kärntner und Thüringer Betrieben.

Um noch mehr internationale Unternehmen zusammenzubringen, fand die Innovationskonferenz mit der Kooperationsbörse „LookEastNet“ statt: Unternehmen aus Italien, Griechenland, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Spanien, Belgien und Kärnten konnten in diesem Netzwerk ihre Erfahrungen austauschen.

Der Aufbau von Kooperationen und nachhaltigen Strukturen zwischen Betrieben des (micro)electronic cluster in Kärnten und Betrieben des Automotive Cluster in Slowenien ist die Zielsetzung des INTERREG-III-A-Projekts TeBraK (Technisches Brainstorming und Kooperationscoach). ↔

## daten & fakten

### Konrad Forsttechnik

Projektlaufzeit: 2002–2006  
EU-Programm: Ziel 2 Kärnten, RPIA  
Gesamtkosten: 1.845.200 €  
EU-Kofinanzierung: 479.000 €  
Nationale öffentliche Mittel: 208.000 €  
Förderungen gesamt: 687.000 €

### me2c (micro)electronic cluster

Projektlaufzeit: 2000–2006  
EU-Programm: Ziel 2 Kärnten, INTERREG III B Alpin Space (Alise), INTERREG III A (TeBraK)  
Gesamtkosten: CIP: 90.650 €, Alise: 174.880,18 €, TeBraK: 213.648 €  
Förderungen gesamt: CIP: 90.650 €, Alise: 174.880,18 €, TeBraK: 213.648 €

### Kontakt: Mag. Reinhard Schinner

KWF Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds  
Tel.: +43/463/558 00-0, [www.kwf.at](http://www.kwf.at)



# Technologienetzwerk Oberösterreich: Höhere Wettbewerbsfähigkeit durch Technologie- und Wissenstransfer

*Die Wettbewerbsstärke regionaler Wirtschaftssysteme wird immer mehr durch die Fähigkeit der Unternehmen bestimmt, neue Produkte und Prozesse zu entwickeln und zu vermarkten. Die dafür erforderliche Technologieinfrastruktur und die Unterstützung beim Technologietransfer, vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen, wurden in Oberösterreich in den letzten Jahren grundlegend erweitert und verbessert.*

Seit 1986 wurden in Oberösterreich über 20 regionale Technologie-, Gründer-, Innovations- und Dienstleistungszentren („Impulszentren“) errichtet. Diese sind Teil und wichtige Basis der oberösterreichischen Landesstrategie im Bereich Technologie und Innovation. Das Ziel dieser Strategie lautet: Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsstärke von Betrieben sowie die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich sollen durch den Auf- und Ausbau eines Technologienetzwerkes weiter verbessert werden. Der erste Teil der Strategieumsetzung bestand schwerpunktmäßig in der Errichtung von Technologiezentren. Darauf aufbauend werden in Zukunft zwei Hauptstoßrichtungen verfolgt werden: Die bestehenden Impulszentren sollen qualitativ erweitert und die bereits begonnene Vernetzung der Zentren zum „Technologienetzwerk Oberösterreich“ soll weiter vorangetrieben werden. Positive Effekte für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich soll zudem eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahme bringen: Das Interesse von Frauen und Mädchen an Technik wird gezielt gefördert.

## ► **IMPULSZENTREN NEU & TECHNOLOGIENETZWERK**

Um das Serviceangebot und die Leistungsfähigkeit der Impulszentren zu verbessern, werden Investitionen und Maßnahmen vor allem in folgenden Bereichen gefördert:

- Errichtung von Technologie- und Impulszentren,

- bei entsprechender Nachfrage zielgruppenspezifische Erweiterung der Zentren,
- stärkere Technologieorientierung der Zentren durch laufendes Upgrading (u. a. durch die Verbesserung der Mieterstruktur),
- Weiterentwicklung und gezielte Vermarktung der technischen Infrastruktur wie Labors und Prüfeinrichtungen,
- Koordinationstätigkeit der Technologiezentren in Zusammenhang mit der Breitbandinitiative OÖ, die den Ausbau breitbandiger Internetverbindungen zum Ziel hat.

Beim Ausbau der Technologiezentren in Oberösterreich werden folgende Ziele verfolgt:

- Innovationsstärkung: Ausweitung und Beschleunigung des Technologie- und Wissenstransfers von der Wissenschaft in die Wirtschaft;
- Internationalisierung: Verbesserung der nationalen und internationalen Anbindung durch mehr transregionale und grenzüberschreitende Kooperationen;
- Transparenz und Effektivität: Aufbau eines transparenten und wirkungsvollen Leistungsangebotes durch eine bessere Koordination bestehender Initiativen und Serviceangebote auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene sowie durch eine zielgruppenspezifische Ergänzung. ←

## Projektbeispiele

### ► **TECHNOLOGIE- UND DIENSTLEISTUNGSZENTRUM ENNSTAL**

Bei der Errichtung des Technologie- und Dienstleistungszentrums (TDZ) Ennstal wurden sowohl die Konzepterstellung als auch investive Maßnahmen beim Bau gefördert. Bei der Planung des TDZ legte man – wie bei allen oberösterreichischen Technologiezentren – großen Wert auf eine klare regionsspezifische Positionierung. Für das TDZ Ennstal wurden folgende – in der Region gut verankerte – Wirtschaftsbereiche als „Kerngeschäft“ definiert: nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energie sowie Umwelt- und Sicherheitstechnik.

Die derzeitige Mieterstruktur spiegelt diese Spezialisierung bereits wider. So haben sich im TDZ z. B. Unternehmen aus den Bereichen

Ökowärme, Planung für Innen- und Außen-gestaltung von Häusern, Wasserbau und Biomasse angesiedelt.

Das TDZ Ennstal koordiniert zudem das Satellitenprojekt zur Breitbandversorgung in Oberösterreich.

### ► **SATELLITENPROJEKT ZUR BREITBANDVERSORGUNG IN OBERÖSTERREICH**

High-Speed-Verbindungen sind eine wesentliche Voraussetzung für eine innovative Wirtschaftsentwicklung in ländlichen Regionen. Deshalb startete Oberösterreich 2004 eine Breitbandinitiative mit dem Ziel, bis Ende 2006 in 90 % der 445 oberösterreichischen Gemeinden eine Breitbandverfügbarkeit von über 75 % zu erreichen.



19



20



21

Die Bedarfserhebung in der Region sowie die Vernetzung und Koordination zwischen Providern, Gemeinden und Betrieben werden als Aufgaben unter anderem von verschiedenen oberösterreichischen Technologiezentren wahrgenommen. Die Koordination des Projektes erfolgt über die TDZ Ennstal GmbH. Umgesetzt werden die Maßnahmen zur Breitbandversorgung über Satellit von der RiS GmbH.

Um einen nahezu 100%igen Abdeckungsgrad mit Breitband zu erreichen, wird die RiS GmbH über eine Kooperation mit SES Astra SAT-DSL anbieten. Dadurch sollen auch jene Gebiete, die nach der Umsetzung der Breitbandinitiative ohne Versorgung bleiben, Zugang zu High-Speed-Verbindungen erhalten.

Die Ziele der Breitbandinitiative Oberösterreich decken sich auch mit Initiativen auf nationaler und europäischer Ebene (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie: e-Government-Initiative, EU: e-Europe 2005).

#### ► **POWER GIRLS**

Am Beispiel der Initiative „Power Girls“ lässt sich verdeutlichen, wie durch eine gezielte Förderung im Bereich Humanressourcen die Umsetzung der oberösterreichischen Technologiestrategie unterstützt wird.

Ziel von Power Girls ist es, das Interesse von Frauen und Mädchen an technischer Ausbildung und technischen Berufen zu erhöhen und interessierte Mädchen im Rahmen von Peergroups (= Gruppe von Gleichaltrigen/Gleichgestellten) zu vernetzen. Zudem soll die Zahl der Absolventinnen technischer Ausbildungen gesteigert werden. Dazu beitragen sollen unter anderem folgende Maßnahmen:

Power-Girls-Seminare und -Veranstaltungen: Die Peergroups nehmen an drei zweitägigen Seminaren in Betrieben, Höheren technischen Lehranstalten, Fachhochschulen oder Universitäten teil.

Power-Girls-Community: Eine Homepage informiert potenzielle Interessentinnen über aktuelle Ent-

wicklungen des Projekts und dient den Projektteilnehmerinnen als Kommunikationsplattform.

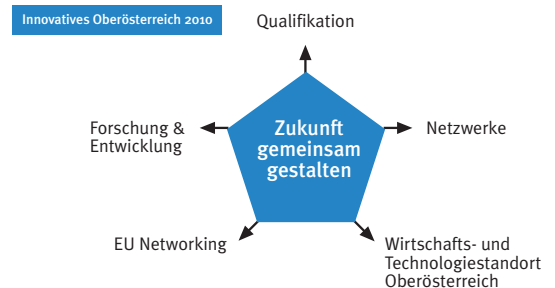
Schulungen und Präsentationen: In Schulen werden Lehrende und Eltern über die Jobchancen im Bereich Technologie und über die Ausbildungsmöglichkeiten in technischen Schulen informiert.

#### ► **PLATTFORM „INTERDISZIPLINÄRER WISSENSTRANSFER FÜR DIE OBERÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT“**

Unter der Leitung der Software Competence Center Hagenberg GmbH schaffen sechs weitere F&E-Einrichtungen ein kompaktes Portfolio von Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen für Unternehmen. Der Vorteil: Betriebe bekommen bei jedem der Projektpartner alle Kompetenzen aus einer Hand angeboten und müssen nicht mehr einzelne Arbeitspakete auf mehrere Forschungs- bzw. Entwicklungspartner aufteilen und diese getrennt beauftragen.

Die Wirtschaft wird in mehreren Schritten an die Wissenstransfer-Plattform herangeführt: Informationsveranstaltungen sollen Betriebe für interdisziplinäre Ansätze sensibilisieren. In Workshops können interessierte Unternehmen interdisziplinäre Fragestellungen identifizieren und bearbeiten. In Schritt drei geht es um die Prüfung der Machbarkeit einer interdisziplinären Projektidee.

Zusätzlich werden im Rahmen einer Netzwerkanalyse die Innovationspotenziale im gesamten Technologienetzwerk analysiert. Ergebnis der Analyse sind Maßnahmenvorschläge zur gezielten Anbahnung und Umsetzung von Innovationen und eine Übersicht über chancenreiche Entwicklungsmöglichkeiten der universitären und außeruniversitären F&E-Landschaft. ←



## daten & fakten

### **TDZ Ennstal**

Projektlaufzeit: 2003–2006  
EU-Programm: Ziel 2 Oberösterreich  
Gesamtkosten: 2.500.000 €  
Förderungen gesamt: 999.600 €  
EU-Kofinanzierung: 875.000 €  
[www.tdz-ennstal.at](http://www.tdz-ennstal.at)

### **Breitbandversorgung Oberösterreich**

Projektlaufzeit: 2005–2007  
EU-Programm: Ziel 2 und Phasing-out Oberösterreich  
Gesamtkosten: 703.458 €  
EU-Kofinanzierung: 246.209 €  
Nationale öffentliche Mittel: 35.172 €  
Förderungen gesamt: 281.381 €  
<http://bbi.eduhi.at/>

**Kontakt: Mag.<sup>a</sup> Eva Zsigo**

**Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Gewerbe**  
Tel.: +43/732/77 20-15158, [eva.zsigo@ooe.gv.at](mailto:eva.zsigo@ooe.gv.at)

### **Power Girls**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
EU-Programm: Innovative Maßnahmen des EFRE  
Gesamtkosten: 197.520 €  
EU-Kofinanzierung: 98.760 €  
Nationale öffentliche Mittel: 49.380 €  
Förderungen gesamt: 148.140 €  
<http://powergirls.eduhi.at>

### **Wissenstransfer für die oberösterreichische Wirtschaft**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
EU-Programm: Innovative Maßnahmen des EFRE  
Gesamtkosten: 102.780 €  
EU-Kofinanzierung: 51.390 €  
Nationale öffentliche Mittel: 25.695 €  
Förderungen gesamt: 77.085 €



# Der Steirische Beschäftigungspakt: Sechs regionale Pakte unterstützen die Umsetzung

*Mehr Effizienz und Innovation in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durch bessere Abstimmung und Koordination auf Landesebene – dieses Ziel verfolgen die Territorialen Beschäftigungspakte. Im Bundesland Steiermark ging man noch einen Schritt weiter. Durch die Einrichtung von sechs regionalen Pakten auf NUTS-III-Ebene konnte die Arbeitsmarktpolitik regionalisiert und noch „kundInnennäher“ gestaltet werden.*

Der Steirische Beschäftigungspakt (STEBEP) wurde im Dezember 2001 vom Land Steiermark und vom Arbeitsmarktservice Steiermark unterzeichnet. Neben den Vertragspartnern wirken im STEBEP auch die Sozialpartner, das Bundessozialamt, eine Vertretung der regionalen Pakte, GenderexpertInnen und eine Vertretung der Non-Profit-Organisationen mit. Durch die Einbindung aller für Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung relevanten Organisationen konnten Erfahrungen und Know-how gebündelt und für die Entwicklung einer abgestimmten langfristigen Landesstrategie in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik genutzt werden. Diese integrierte Strategie bildete die Basis für einen effizienten und abgestimmten Einsatz der verfügbaren finanziellen Mittel.

## ► INNOVATION DURCH REGIONALISIERUNG UND VERNETZUNG

Der STEBEP versteht sich als Dach und Steuerungseinheit für strategische Planung und Koordination auf Landesebene. Seine strategische Ausrichtung kann mit zwei Begriffen auf den Punkt gebracht werden: Regionalisierung und Vernetzung. Das heißt konkret: Mit dem Aufbau von Regionalpakten in den Regionen Obersteiermark West, Obersteiermark Ost, Oststeiermark, Südweststeiermark, Liezen und Graz/Graz-Umgebung wurde eine regionale Verankerung der Beschäftigungspolitik in der Steiermark angestrebt. Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Themen konnten so mit regionalen Entwicklungsschwerpunkten verknüpft werden. Gleichzeitig wurde auf Landesebene die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit anderen Politikfeldern wie Umwelt, Wirtschaft, Kultur, Chancengleichheit und Jugend gezielt forciert. Dabei ging und geht es dem STEBEP vor allem darum, in diesen Politikbereichen Bewusstseins- und Willensbildungsprozesse zur Unterstützung innovativer Maßnahmen in der Beschäftigungspolitik anzuregen. Damit eng verbunden ist eine weitere wichtige Rolle des STEBEP, nämlich die des Inkubators und Impulsgebers für neue Themen und Herausforderungen am steirischen Arbeitsmarkt.

Für die professionelle Umsetzung der steirischen Beschäftigungsstrategie wurden Struk-

turen mit klar definierten Aufgaben geschaffen: Der STEBEP verfügt über eine Koordinationsstelle, die ein sogenanntes Kernteam (Land Steiermark und AMS Steiermark als Kernpartner) im operativen Bereich unterstützt. Das Beschäftigungspolitische Forum – bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aller Paktpartnerinnen und -partner – fungiert als Steuerungsgruppe. Die STEPEB-Plattform findet im Zweijahresrhythmus statt und dient allen AkteurlInnen auf Landes- und Regionsebene als Instrument für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Reflexion.

## ► DIE REGIONALPAKTE BOTTOM-UP!

Der Aufbau der regionalen Pakte erfolgte gemeinsam mit den Regionalmanagements, die auch als regionale Koordinationsstellen fungieren. Die regionsspezifische strategische Ausrichtung der Regionalpakete wird durch eine Steuerungsgruppe gewährleistet. Hier sind die Vorstände der Regionalmanagements, der regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice und der regionalen Sozialpartner sowie NGOs, Genderbeauftragte und weitere regional wichtige Partner eingebunden. Ihre Aufgabe ist es, auf Basis der Strategien und Ziele des STEBEP gemeinsam mit allen relevanten AkteurlInnen eine regionale Beschäftigungsstrategie zu entwickeln, die auf die konkreten Anforderungen der regionalen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik abgestimmt ist. Mit diesem Bottom-up-Ansatz werden ganz bewusst Eigenverantwortlichkeit und Kompetenzentwicklung in Sachen Arbeitsmarktpolitik in den Regionen gefördert. In der konkreten Umsetzung der Pakte sind die regional Verantwortlichen vor allem in folgenden Bereichen gefordert:

- Erstellung und Umsetzung des jährlichen regionalen Arbeitsprogramms,
- Koordination der regionalen Organe der Pakte (Steuerungs-, Arbeits- und Projektgruppen),
- Einbindung regional besonders zu berücksichtigender Zielgruppen,
- Unterstützung der Entwicklung von Pilotprojekten zu regionsspezifischen Themen der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. ←

## Projektbeispiele

### ► INTEGRATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DEN ARBEITSMARKT

Auf Initiative des STEBEP wurde die Zusammenarbeit von Einrichtungen, die für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt von Bedeutung sind –

Bundessozialamt, Sozialressort und Wirtschaftsressort des Landes Steiermark und Arbeitsmarktservice –, verstärkt. Ein Ergebnis dieser Kooperation ist der Leitfaden „Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt in der Steiermark 2005/2006“, der in



partnerschaftlicher Form unter der Federführung des Bundessozialamtes geplant, erstellt und gemeinsam finanziert wurde.

Zentraler Inhalt des Leitfadens ist ein Überblick über die steirischen FörderpartnerInnen, ihre Aufgabenschwerpunkte und Kompetenzen.

► **LEO: DIE LERN- UND ENTWICKLUNGSWERKSTÄTTE DER OSTSTEIERMARK**

Die LEO GmbH wurde mit Unterstützung des Regionalpakts Oststeiermark gegründet. Sie beschäftigt langzeitarbeitslose Menschen aus der Region und bereitet diese durch Arbeitstrainings, Schulungen und Praktika auf den Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt vor. In den Jahren 2002 bis 2005 wurden 53 Transitarbeitskräfte beschäftigt, davon fanden über 50 % eine neue Stelle.

Die MitarbeiterInnen der LEO GmbH führen Arbeiten in folgenden Bereichen aus:

- ➔ Restauration von Oldtimertraktoren und -autos, Metall- und Zaunbau,
- ➔ Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf den Betrieb mit reinem Pflanzenöl,
- ➔ Kneippanlagenbau.

Zudem ist die LEO GmbH auch Träger eines weiteren Projektes, das mit Unterstützung des Bundessozialamtes realisiert wird: Das ARGUS-Sicherheitsteam beschäftigt ältere Personen mit Behinderung im Sicherheitsbereich, Objektschutz und Revierstreifendienst.

Insgesamt arbeiten in der LEO GmbH derzeit 32 Menschen. Die Trägerstruktur von LEO wird von 21 Gemeinden aus drei Bezirken gebildet. Die LEO GmbH wird vom Arbeitsmarktservice über ein degressives Fördermodell, in dem die Förderungen stufenweise zurückgehen, unterstützt. Gefördert wurden die Konzepterstellung, Qualifizierungsmaßnahmen und Personalkosten.

► **PERSONALENTWICKLUNG FÜR FLEISCHVERARBEITENDE BETRIEBE**

Fleischverarbeitende Betriebe der Region Südweststeiermark haben mit Unterstützung des Regionalpaktes gemeinsam ein Konzept zur Deckung ihres Personalbedarfes entwickelt. Kern

des Konzeptes ist eine gezielte Ansprache von Arbeitssuchenden aus der Region, um mittelfristig auch den hohen Anteil an Leasingpersonal in den Betrieben zu senken. Die Verwirklichung dieser Zielsetzung wird unter anderem durch einen Imagefilm zur Personalrekrutierung unterstützt. Für die Basisqualifizierung neu einzustellender MitarbeiterInnen haben die Betriebe – ebenfalls vom Regionalpakt unterstützt – ein gemeinsames Konzept erstellt.

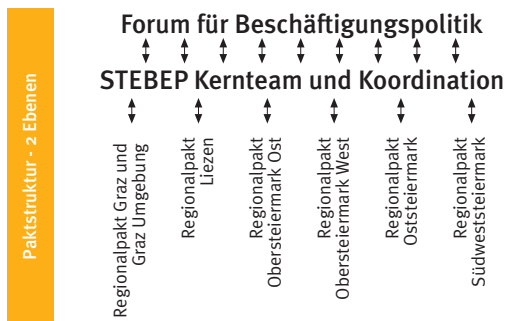
► **togetTherE**

Das Projekt „togetTherE“ verringert mittels eines praxisorientierten und bereits erprobten Ausbildungsmodells den regionalen FacharbeiterInnenmangel und leistet zugleich einen Beitrag zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in der Paktregion Obersteiermark Ost.

„togetTherE“ führt arbeitslose Personen, vor allem Jugendliche und Frauen, und Unternehmen mit Bedarf an Zerspanungstechnikerinnen und -technikern bzw. Maschinenbautechnikerinnen und -technikern im Rahmen eines praxisorientierten Ausbildungsmodells zusammen.

Das Ausbildungsmodell wurde gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Unternehmen unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Betriebe erarbeitet und laufend adaptiert. Ziel der Ausbildung ist es, innerhalb von 13 Monaten Jugendliche für den Beruf ZerspanungstechnikerIn zu qualifizieren; die Ausbildung erfolgt sowohl im Unternehmen als auch in zwei Schulungszentren.

Im Lehrgang 2005 schlossen 12 Jugendliche die Fachausbildung erfolgreich ab, 10 konnten sofort ein Dienstverhältnis beginnen. ←



## daten & fakten

**Leitfaden „Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt“**

Projektlaufzeit: 2005  
EU-Programm: ESF  
Gesamtkosten: 40.212 €  
EU-Kofinanzierung: 14.994 €  
Nationale öffentliche Förderung: 25.218 €  
Förderungen gesamt: 40.212 €

**LEO GmbH**

Projektlaufzeit: 2002–2008  
EU-Programm: ESF  
Gesamtkosten 2006: 862.842 €  
EU-Kofinanzierung: 138.794 €  
Nationale öffentliche Förderung: 262.364 €  
Förderungen gesamt: 401.159 €

**Personalentwicklung für fleischverarbeitende Betriebe**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
EU-Programm: ESF  
Gesamtkosten: 10.000 €  
EU-Kofinanzierung: 4.600 €  
Nationale öffentliche Förderung: 5.400 €  
Förderungen gesamt: 10.000 €

**togetTherE II**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
EU-Programm: ESF  
Gesamtkosten: 199.965 €  
EU-Kofinanzierung: 99.982,50 €  
Nationale öffentliche Förderung: 99.982,50 €  
Förderungen gesamt: 199.965 €



# Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt

*Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist in Österreich Bestandteil einer umfassenden Politik. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen gesetzt. Man verfolgt eine Doppelstrategie, die einerseits Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Segregation am Arbeitsmarkt und andererseits Gender-Mainstreaming vorsieht.*

Österreich ist im Bereich der Arbeitsmarktpolitik mit alten und neuen Herausforderungen konfrontiert. Am Arbeitsmarkt sind bereits seit längerem eine Konzentration der Arbeitslosigkeit auf bestimmte Personengruppen und eine starke geschlechtsspezifische Segregation feststellbar. Neue Herausforderungen gibt es aufgrund der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, neuer Qualifikationsanforderungen und der generellen Verschiebung zwischen Branchen, Wirtschaftssektoren und Regionen.

Der Nationale Aktionsplan für Beschäftigung sieht Maßnahmen in verschiedensten Tätigkeitsfeldern vor. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das Finanzierungsinstrument der Europäischen Union zur Unterstützung der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung. Es ist jedoch nicht möglich, alle vorgesehenen Maßnahmen mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu finanzieren; daher ist für den Zeitraum 2000–2006 eine Konzentration auf folgende Bereiche vorgesehen: Verhinderung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Chancengleichheit von Frauen und Männern, Förderung des lebensbegleitenden Lernens, Flexibilität am Arbeitsmarkt und Territoriale Beschäftigungspakte.

► **BEKÄMPFUNG GESCHLECHTSSPEZIFISCHER BENACHTEILIGUNG DURCH GEZIELTE MASSNAHMEN UND VERÄNDERUNGEN DER RAHMENBEDINGUNGEN**

Die Strategie zur Erreichung der Zielsetzungen im Bereich Chancengleichheit für Frauen und Männer sieht konkrete Maßnahmen und Projekte vor. Bei vom ESF geförderten Projekten gilt als Grundprinzip für alle Maßnahmen-

schwerpunkte ein Frauenanteil von 50 %. Um bestehende Segregationsmuster aufzubrechen, werden auch frauenspezifische Maßnahmen gesetzt.

Gender-Mainstreaming wurde als horizontale Zielsetzung und als Strategie verankert. Das bedeutet, dass die Förderung der Chancengleichheit auf sämtliche allgemeine Politiken und alle Maßnahmen für die Verwirklichung der Gleichstellung anzuwenden ist. Chancengleichheit von Frauen und Männern soll in die Konzeption, Organisation, Begleitung und Evaluierung aller Politiken und Aktionen einbezogen werden. Damit sollen jene Rahmenbedingungen und strukturellen Veränderungen geschaffen werden, die beiden Geschlechtern eine gerechte Teilhabechance in allen Bereichen des Arbeitsmarktes und eine faire Verteilung von Rollen und Ressourcen ermöglichen.

Zur Unterstützung der Umsetzung der Strategie Gender-Mainstreaming wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Oktober 2000 eine Koordinationsstelle für Gender-Mainstreaming im Europäischen Sozialfonds eingerichtet. Diese Koordinationsstelle hat sich mittlerweile österreichweit als zentrale Anlaufstelle zum Thema Gender-Mainstreaming etabliert. Die Tätigkeit der Koordinationsstelle umfasst die Module Information und Wissen, Vernetzung und Kooperation sowie Beratung und Entwicklung. Auf der Website der Koordinationsstelle [www.gem.or.at](http://www.gem.or.at) finden sich eine Vielzahl von unterstützenden Informationen und Instrumenten.

Laut der Halbezeitevaluierung des Ziel-3-Programms 2000–2006 kann die Umsetzung von Gender-Mainstreaming in Österreich als beispielhaft angesehen werden. ◀

**Projektbeispiele**

► **TELM@ – FRAUEN IN TELEKOMMUNIKATION UND INFORMATIK**

telm@ ist ein 18-monatiger Lehrgang für Frauen im höherqualifizierten IT-Bereich. Die Teilnehmerinnen werden zu System- und Netzwerkadministratorinnen ausgebildet. Der Lehrplan sieht u. a. eine Einführung in die Informatik vor; des Weiteren befasst man sich mit Netzwerken, Betriebssystemen (Linux und Windows), Datenbanken und Datenbankmanagement-Systemen, den Grundlagen des Programmierens, IT-Organisation und Sicherheitskonzepten. Daneben erwerben die Teilnehmerinnen Kompetenzen für professionelles Handeln in sozialen Systemen: Auf dem Programm stehen etwa Projektmanagement,

Kommunikation und Kooperation, Arbeits- und Sozialrecht sowie die Fremdsprachen Englisch und Tschechisch.

Der Lehrgang verbindet eine fachliche Qualifizierung mit der Reflexion der Arbeits- und Lebensbedingungen mit dem Ziel, strukturelle Muster geschlechtlicher Arbeitsteilung zu erkennen und Strategien für die berufliche Zukunft zu entwickeln. Expertinnen leiten die Teilnehmerinnen an und begleiten als Identität stiftende Vorbilder den Lern- und Arbeitsprozess.

telm@ startete im Herbst 2006 zum fünften Mal. Die Trägerinnen sind die Frauenberatung Zwettl und die Technische Universität Wien, Fakultät Informatik, Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung. Bisher haben 77



27



28



29



30

Frauen den Lehrgang absolviert. Die durchschnittliche Vermittlungsquote der Absolventinnen liegt bei 78,5 %. Dass der Kurs im Waldviertel in Niederösterreich stattfindet, ist kein Zufall – handelt es sich doch um eine strukturschwache ländliche Region an der Grenze zur Tschechischen Republik.

#### ► **CHIRON – CHANCENGLEICHHEIT IN DER REGION**

CHIRON ist ein Sensibilisierungsprojekt für Gender-Mainstreaming in der ländlich strukturierten Region Mühlviertler Alm. Eingebettet in einen laufenden Agenda-21-Prozess haben die regionalen AkteurInnen wesentliche Akzente in der Region gesetzt, um das Gender-Korsett zu lockern. Kompetenzaufbau, das Erkennen von konkreten Benachteiligungen in der Region, das Sichtbarmachen des Nutzens des partnerschaftlichen Miteinanders und konkrete Impulse zur nachhaltigen Veränderung waren die wesentlichen Ziele dieses 2003 und 2004 verwirklichten Projekts und Prozesses. Das Jahr der Chancengleichheit 2002 in Oberösterreich bereite den Weg für CHIRON.

Das Projekt verlief in zwei Modulen und trug der Doppelstrategie des Gender-Mainstreamings Rechnung: Es wurden sowohl frauenfördernde Maßnahmen als auch Schritte zur Implementierung der Geschlechterdemokratie gesetzt.

Durch dieses Projekt konnte in dieser rund 16.000 Einwohner umfassenden Region mit innovativen Methoden, Kompetenz und großem persönlichem Einsatz der AkteurInnen ein nachhaltiger Impuls gegeben werden.

#### ► **KARRIERE\_LINKS**

Das ESF-Projekt „karriere\_links“ war eine Kooperation der beiden Universitäten Linz und Salzburg mit dem Ziel der Nachwuchsförderung und Laufbahnplanung unter Berücksichtigung von Gender-Mainstreaming. Die unterschiedlichen Maßnahmen richteten sich an Wissenschaftlerinnen, Studierende und universitäre EntscheidungsträgerInnen.

Wissenschaftlerinnen der beiden Universitäten wurde als Karriereförderung ein jeweils zweisemestriger kostenloser Lehrgang, begleitet durch individuelles Einzelcoaching, angeboten.

Für Studierende gab es Informationsveranstaltungen und Workshops (z. B. Workshops für Frauen und Technik und wissenschaftliche Schreibwerkstätten).

An universitäre EntscheidungsträgerInnen richteten sich spezielle Gender-Trainings, die für Geschlechterverhältnisse an Universitäten und Möglichkeiten zur Herstellung von Geschlechterdemokratie sensibilisieren sollten.

Seit dem Projektstart am 1. Juni 2003 haben an den verschiedenen Maßnahmen bisher 343 Wissenschaftlerinnen, StudentInnen und universitäre EntscheidungsträgerInnen teilgenommen. Das Projekt hatte und hat großes mediales Echo.

Am 31. Mai 2006 war das Projekt zwar zu Ende, die Kooperation der beiden Universitäten im Bereich der Nachwuchsförderung für Frauen besteht jedoch weiter. So wird etwa der zweisemestrige Lehrgang nun von den beiden Universitäten finanziert und weitergeführt. ◀

31



## daten & fakten

### **telm@ – Frauen in Telekommunikation und Informatik**

Projektlaufzeit: 1999–2006 (telm@1 bis telm@4)  
EU-Programm: NOW (1999/2000), ESF  
Gesamtkosten: 2.491.166,21 €  
EU-Kofinanzierung: 569.303,37 €  
Nationale öffentliche Förderung: 1.921.862,84 €  
Förderungen gesamt: 2.491.166,21 €  
www.telma.at

### **CHIRON**

Projektlaufzeit: 2003–2004  
EU-Programm: LEADER+  
Gesamtkosten: 68.090 €  
EU-Kofinanzierung: 34.045 €  
Nationale öffentliche Förderung: 19.746 €  
Förderungen gesamt: 54.791 €  
www.chiron.muehlviertleralm.at

### **karriere\_links**

Projektlaufzeit: 2003–2006  
EU-Programm: ESF  
Gesamtkosten: 505.420,94 €  
EU-Kofinanzierung: 232.493,63 €  
Nationale öffentliche Förderung: 165.326,01 €  
Förderungen gesamt: 397.819,64 €  
www.frauen.jku.at/karrierelinks

### **Kontakt:**

**Mag.a Ulrike Rebhandl**  
**BMWA, Abteilung II/9-ESF**  
Tel.: +43/1/711 00-6427, [ulrike.rebhandl@bmwa.gv.at](mailto:ulrike.rebhandl@bmwa.gv.at)

### **Mag.a Hedwig Hasil**

**Gem-Koordinationsstelle des Instituts L&R Sozialforschung**  
Tel.: +43/1/595 40 40-16, [office@gem.or.at](mailto:office@gem.or.at)



# EQUAL: Das Experimentierlabor für neue Ideen am Arbeitsmarkt

*EQUAL wurde ins Leben gerufen, um europaweit neue Methoden und Ansätze zur Bekämpfung benachteiligter Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln und zu erproben. Zentrales Element ist die Zusammenarbeit unterschiedlicher AkteurlInnen der Bereiche Arbeitsmarkt und Bildung. In Österreich konnten durch diesen Ansatz neue Zielgruppen erreicht und methodische, organisatorische und inhaltliche Neuerungen erzielt werden.*

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL hat das Ziel, neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung benachteiligter Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt zu finden, zu erproben und zu verbreiten. Damit soll ein hohes Beschäftigungsniveau, die Gleichstellung von Frauen und Männern, eine nachhaltige Entwicklung sowie der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt erreicht werden. Wesentliche Prinzipien von EQUAL sind die branchen-, regions- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit von AkteurlInnen, Innovation hinsichtlich Methoden, Instrumenten und Themen sowie Kooperation. Dass die Form der Zusammenarbeit in Entwicklungspartnerschaften großes Innovationspotenzial in sich birgt, wurde bereits in den vorangegangenen Gemeinschaftsinitiativen ADAPT und EMPLOYMENT bewiesen.

## ► DIE UMSETZUNG IN ÖSTERREICH

In Österreich wird EQUAL vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie dem Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz durchgeführt. Das EQUAL BÜRO ÖSTERREICH ist seit 2001 Ansprechpartner für alle Interessierten und unterstützt die Abwicklung des Programms.

Das gesamte Finanzvolumen von EQUAL Österreich beträgt 207 Mio. Euro, wobei sich die Finanzierung von Projekten je zur Hälfte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und aus nationalen öffentlichen Mitteln zusammensetzt.

Aus den von der EU-Kommission vorgegebenen Themenbereichen konzentriert sich Österreich vor allem auf Maßnahmen für Menschen mit Behinderung, MigrantInnen und ältere Menschen. Gender-Mainstreaming sowie Informations- und Kommunikationstechnologien fließen als Querschnittsthemen in alle Aktivitäten ein.

Die beschriebenen Handlungsfelder werden in Arbeitsteilung von der Gemeinschaftsinitiative EQUAL und dem Ziel-3-Programm bearbeitet. Während EQUAL stark experimentellen Charakter aufweist, hat das Zielprogramm vor allem die Förderung ausgewählter Zielgruppen zur Aufgabe.

## ► GEMEINSAM MEHR ERREICHEN – DURCH NEUE FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Die Umsetzung der Projekte erfolgt entweder durch themenspezifische oder regionenspezifische Entwicklungspartnerschaften. Die Besonderheit der Entwicklungspartnerschaften liegt darin, dass hier sowohl institutions- wie

auch regionsübergreifend gearbeitet wird. In Österreich waren in der ersten Antragsrunde 58 und in der zweiten Antragsrunde 52 Entwicklungspartnerschaften tätig, wobei der Schwerpunkt in der Reintegration arbeitsmarktfremder Personen lag. Vernetzung und Voneinanderlernen sind wichtige Elemente der Projektumsetzung, weshalb nationale und internationale Module fixe Bestandteile der Arbeit der Entwicklungspartnerschaften sind.

EQUAL stellt in Österreich eine sinnvolle und wichtige Ergänzung zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik dar. Sowohl organisatorisch als auch methodisch und inhaltlich konnten wesentliche Innovationen in Österreich erzielt werden:

Organisationen und Institutionen bündelten ihre Kompetenzen und Erfahrungen. Die Aktivitäten der verschiedenen ProjektträgerInnen, Förderstellen und EntscheidungsträgerInnen konnten in verschiedenen Bereichen zusammengeführt und aufeinander abgestimmt werden.

Inhaltlich wurde eine Fülle neuer Projekte, Methoden und Instrumente zur Integration von diskriminierten Personengruppen entwickelt und erprobt. Bestimmte arbeitsmarktfremde Personengruppen konnten durch das vernetzte Vorgehen viel besser erreicht werden.

Erstmals wurden Personengruppen ins Zentrum der Maßnahmen gerückt, die in Österreich bisher kaum oder nur wenig Förderung erfahren, beispielsweise AsylwerberInnen, Personen mit Migrationshintergrund und niedrig qualifizierte Personen mit kumulativen Problemlagen wie Jugendliche mit Behinderung.

Unterschiedliche regionale Regelungen konnten aufeinander abgestimmt werden. Dies erfolgte etwa im Behindertenbereich, wo im Rahmen von EQUAL erstmals ein Austausch über Bundesländergrenzen hinweg stattfand.

Mit der begleitenden Forschung und Evaluierung wurde wesentliche Grundlagenarbeit geleistet und Wissen über die Zielgruppen und Methoden gesammelt.

Wesentlich ist für EQUAL auch das Element der Nachhaltigkeit. Einerseits sollen gute Erfahrungen in das Regelwesen überführt und andererseits neue Ansätze auch nach Programmende fortgeführt werden. Einige gesetzliche Neuerungen in Österreich sind zum Teil auf Pilotprojekte von EQUAL zurückzuführen, etwa die Möglichkeit der Teilqualifizierungslehre als Bestandteil der integrativen Berufsausbildung, der Dienstleistungsscheck für die soziale Absicherung von Hilfskräften im Haushalt und der Musterkollektivvertrag für den Sozial- und Gesundheitsbereich. ◀



## Projektbeispiele

### ► SOWI CLUSTER STEYR-KIRCHDORF

Im Technologiebereich bestehen Cluster schon lange und erfolgreich. Die Vorteile eines Clusters liegen auf der Hand: Synergienutzung, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

In der Region Steyr-Kirchdorf wird dieses erfolgreiche Konzept der Zusammenarbeit auch im sozialwirtschaftlichen Bereich etabliert, da im Dienstleistungssektor Engpässe und Mängel erkennbar waren. Mit dem Sozialwirtschaftlichen (SOWI) Cluster sollen Kräfte regional gebündelt werden und zu erwartende Herausforderungen strukturiert angegangen werden. Gemeinsam werden damit Entwicklungen möglich, die kein Clustermitglied alleine bewältigen könnte.

Die Zielgruppen der Aktivitäten des Clusters sind Frauen mit Kindern, Jugendliche, Frauen 45+ und SeniorInnen. Die Hebung des Gesundheitsbewusstseins ist ein zentrales Thema und soll durch die Vernetzung von Einrichtungen und in der Gesundheitsförderung Tätigen, die Entwicklung von Modellprojekten, Gründungsberatung, Vorträge und Workshops erreicht werden. Das Angebot des SOWI Clusters umfasst zudem den Transfer von Best-Practice-Modellen, Coachings, Lehrgängen, Bedarfsanalysen, Bewusstseinsbildung und den Aufbau eines Bildungspools.

Der Cluster ist in Österreich seit 2005 tätig und hat acht verschiedene PartnerInnen.

### ► BERUFSBILDER UND AUSBILDUNGEN IN DEN GESUNDHEITS- UND SOZIALEN DIENSTEN

Durch die demografische und epidemiologische Entwicklung steigt in Österreich der Bedarf an Kräften im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Kompetenzen im Gesundheits- und Sozialbereich sind auf Bund und Länder verteilt. Daher gibt es kaum bundesweit gültige Qualitätsstandards oder einheitliche Ausbildungen und ein Anrechnungssystem von Qualifikationen.

Das Ziel der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Berufsbilder und Ausbildungen in den Gesundheits- und sozialen Diensten“ ist die Schaffung von bundesweit einheitlichen Berufsbildern für Menschen in Gesundheits- und Sozialberufen. Nach einer detaillierten Analyse wurde an österreichweit gültigen Rahmenbedingungen und Ausbildungsinhalten gearbeitet. Dadurch soll der Wechsel innerhalb verwandter Berufe erleichtert und die Ausbildungen in ein Netz von weiterführenden Möglichkeiten eingebettet werden. Zudem soll die Ausbil-

dung zum gehobenen Dienst in der Gesundheits- und Krankenpflege auf tertiäres Niveau angehoben werden, was den Pflegeberuf auch attraktiver werden lässt.

Die Ergebnisse des Projekts sind unter anderem ein sechssemestriger Fachhochschullehrgang mit Bakkalaureatsabschluss und eine Kompetenzbilanz als Instrument zur Berufsorientierung und -beratung.

Die Projektpartner sind die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG), die Caritas Österreich, die Diakonie Österreich, das Österreichische Hilfswerk, das Österreichische Rote Kreuz und die Volkshilfe Österreich.

### ► VERSCHIEDENE HERKUNFT – GEMEINSAME ZUKUNFT

In der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ arbeiten – neben anderen Partnerinnen und Partnern – die Landesakademie Niederösterreich und die vier niederösterreichischen Gemeinden Guntramsdorf, Krems, Traismauer und Hainburg zusammen, die einen hohen Anteil von MigrantInnen haben.

Obwohl seit Jahrzehnten Arbeitskräfte ins Land geholt werden und das Zusammenleben und -arbeiten von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen ein wesentlicher Aspekt ist, wird Anpassung ausschließlich von den MigrantInnen erwartet. MigrantInnen stoßen immer wieder an gesellschaftliche Hindernisse und Arbeitsmarktbarrieren.

Das Ziel der Entwicklungspartnerschaft „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“ ist es, die Strukturen des Gemeinwesens dahingehend zu verändern, dass eine bereichsübergreifende Integrationspolitik möglich wird.

Dafür wurde in jeder der vier Modellgemeinden ein Integrationsleitbild erstellt und implementiert, das auch die Beteiligung von MigrantInnen an der Gemeindepolitik und deren Beschäftigung im öffentlichen Dienst vorsieht. In jeder Gemeinde wurde ein MigrantInnen-Komitee installiert. Die Mitglieder der Komitees sind die Verbindung zwischen Gemeinde, MigrantInnen, Politik und Wirtschaft.

In Krems fand 2003 der Lehrgang „Interkulturelle Pädagogik“ statt, an dem in den verschiedenen Modulen 95 Personen teilnahmen.

Für die Projektgemeinden gibt es insgesamt fünf interkulturelle MitarbeiterInnen, die Kinderteams unterstützen und helfen, gegenseitiges Verständnis zu fördern. ←

## daten & fakten

### SOWI Cluster

Projektlaufzeit 2005–2007  
EU-Programm: EQUAL  
Gesamtkosten: 1.454.878,94 €  
EU-Kofinanzierung 727.439,47 €  
Nationale öffentliche Förderung: 727.439,47 €  
Förderungen gesamt: 1.454.878,94 €  
www.sowi-cluster.at

### Berufsbilder und Ausbildungen in den Gesundheits- und sozialen Diensten

Projektlaufzeit: 2001–2005  
EU-Programm: EQUAL  
Gesamtkosten: 818.367,49 €  
EU-Kofinanzierung: 409.183,745 €  
Nationale öffentliche Förderung: 409.183,745 €  
Förderungen gesamt: 818.367,49 €  
www.berufsbilder.org

### Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft

Projektlaufzeit: 2001–2005  
EU-Programm: EQUAL  
Gesamtkosten: 1.629.426,30 €  
EU-Kofinanzierung: 814.713,15 €  
Nationale öffentliche Förderung: 814.713,15 €  
Förderungen gesamt: 1.629.426,30 €

### Kontakt:

Mag.<sup>a</sup> Doris Ballwein  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Abteilung II/9-ESF  
Tel.: +43/1/711 00-5408, doris.ballwein@bmwa.gv.at

### EQUAL BÜRO ÖSTERREICH

Tel.: +43/1/714 94 03-0, office@equal-esf.at



# Tirol: Höhere Lebensqualität durch neue Wege im Gesundheits- und Sozialwesen

*Das Bundesland Tirol nutzt unterschiedliche Strukturfondsprogramme der EU für die Realisierung einer Landesstrategie im Bereich Gesundheit und soziale Versorgung. Im Mittelpunkt stehen innovative Lösungen, die dem sozialen Wandel Rechnung tragen.*

Die Aufrechterhaltung eines funktions- und leistungsfähigen Gesundheits- und Sozialwesens muss zwei gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen: Die Lebenserwartung und damit die Anzahl älterer Menschen steigen seit Jahren kontinuierlich. Gleichzeitig hat sich der Trend zu einer gesunden Lebensführung verstärkt und in breiten Bevölkerungsschichten ein starkes Gesundheitsbewusstsein entwickelt. Für Gemeinde-, Regional- und Landespolitik bedeutet dies: Trotz knapper Budgets müssen neue, innovative Lösungen im Gesundheits- und Sozialbereich entwickelt und finanziert werden. Ganz besonders gefordert sind periphere ländliche Regionen.

## ► KRÄFTEBÜNDELUNG UND NEUE MODELLE

Im Bundesland Tirol setzt man bei der innovativen Weiterentwicklung des Gesundheits- und Sozialwesens zwei strategische Schwerpunkte: Zum einen soll eine effiziente Versorgung der Bevölkerung auf hohem Qualitätsniveau durch regional angepasste Lösungen sichergestellt werden. Die Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten soll aber nicht nur zu besseren Dienstleistungen führen, sondern auch kostensenkend wirken. Zweiter Ansatzpunkt der Tiroler Strategie ist das „Bündeln der Kräfte“, der Aus- und Aufbau

von Kooperationen. Eine wichtige Rolle kommt auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem benachbarten Bayern zu: Im Mittelpunkt steht eine bessere Abstimmung der mitunter unterschiedlichen Organisationsstrukturen, um mögliche Synergieeffekte besser nutzen und die gewünschte Zusammenarbeit effizienter abwickeln zu können. Tätigkeits- und Themenfelder gibt es dafür viele. Sie reichen vom Rettungswesen über verschiedenste soziale Einrichtungen bis hin zu einer besseren Abstimmung im Behördenwesen.

Eine weitere strategische Zielsetzung in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war und ist die Entwicklung gemeinsamer Modelle im Gesundheits- und Sozialbereich.

Ein zentrales Leitmotiv der Strategieentwicklung war auch folgende Erkenntnis: Auch wenn die Sozialgesetzgebung auf Landes- und Bundesebene erfolgt, so besteht doch auch in den Regionen ein erhebliches Handlungspotenzial. Dieses Potenzial erschließt sich unter anderem durch persönliche Kontakte der handelnden AkteurlInnen, die Zusammenarbeit von Organisationen, gelebte Netzwerke, kurze und unbürokratische Behördenwege und regionalen Zusammenhalt. ←

## Projektbeispiele

### ► GRENZÜBERSCHREITENDE PATIENTENTRANSPORTLOGISTIK

Das Rettungswesen im bayrisch-österreichischen Grenzgebiet ist von völlig unterschiedlichen Strukturen geprägt. Reformen im Gesundheitswesen (z. B. Ausbau der Kosten- und Leistungstransparenz, Spezialisierungen von Krankenhäusern) und die Einführung der EU-weiten Notrufnummer 112 waren der Anlass dafür, das Rettungswesen diesseits und jenseits der Grenze besser aufeinander abzustimmen.

Das Projekt wurde vom Priener Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) initiiert. Partner sind das Land Tirol, die Rettungs- und Feuerwehrendienste in weiten Teilen Tirols und die bayerischen Landkreise Rosenheim und Miesbach.

Ziel des Projektes ist es, die gesamte Prozesskette der Notfallrettung und der Krankentransporte darzustellen und zu optimieren, beginnend bei der Information des Rettungsdienstes bis zur Aufnahme in eine entsprechende Einrichtung.

Neben Einzelnotfällen werden auch „Massenanfälle von Verletzten und Erkrankten“ betrachtet.

Konkret werden im Rahmen dieser grenzüberschreitenden Kooperation folgende

Maßnahmen durchgeführt: Ist- und SWOT-Analyse, Erstellung eines Gesamtkonzeptes, das auf seine Praxistauglichkeit geprüft wird, Informationsmanagement (Aktualität von Daten, Informationsfluss, Verfahren bei Kostenabrechnungen) und die Erstellung von Maßnahmenkatalogen. Um noch effizienter handeln zu können, plant das Priener Logistik-Kompetenz-Zentrum auch den Einsatz von modernen Technologien wie Satellitennavigationssystemen.

### ► SOZIALES LEITBILD AUßERFERN

In der Region Außerfern, die mit rund 32.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der kleinste Bezirk Tirols ist, beteiligten sich ca. 40 regionale Organisationen (z. B. Arbeitsmarktservice, Caritas, Lebenshilfe, Familienberatungsstelle, Jugendzentrum) sowie engagierte BürgerInnen an der Erstellung eines sozialen Leitbildes. Das Ziel dieser Initiative, die vom Land Tirol, dem Sozialen Kreis Außerfern und dem Verband Regionalentwicklung Außerfern getragen wurde: Das „Soziale Leitbild Außerfern“ soll zu neuen Lösungen, Ideen und Visionen anregen und als Rahmenkonzept künftigen Aktivitäten im Sozialbereich eine Richtung geben. Das Leitbild umfasst fünf thematische Protokolle zu folgenden Bereichen: Alkohol/Drogen/psychisch Kranke, alte



35

Menschen, Integration ausländischer Mitmenschen, Kind/Jugend/Familie und Menschen mit Behinderung. Diese thematischen Protokolle, an denen fünf Arbeitskreise arbeiteten, setzen sich jeweils aus Präambel, Zielaussagen und Handlungsgrundsätzen zusammen. Den Leitbildentwicklungprozess koordinierte eine Steuerungsgruppe unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmanns.

Das Soziale Leitbild Außerfern wird von den drei Säulen Freiwilligkeit, Partnerschaft und Selbstverpflichtung getragen. Als Rahmenkonzept findet es Eingang in übergeordnete Regionalentwicklungspläne. Um das Soziale Leitbild Außerfern mit Leben zu füllen, sollen die Protokolle von möglichst vielen Organisationen als Teile des „Sozialen Systems Außerfern“ unterzeichnet werden. Damit werden sie zu Partnerinnen und Partnern des Sozialen Leitbildes Außerfern.

Aktueller Stand: Es wird bereits an den ersten Umsetzungsprojekten gearbeitet. Sie reichen von einem Integrationsmodell für anerkannte AsylwerberInnen bis hin zu baulichen Adaptierungen für Behinderte.

► **SICHERES WOHNEN**

Das Projekt „Sicheres Wohnen“ förderte durch gezielte Maßnahmen die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit älterer Menschen und setzt Maßnahmen, um die Unfallrate deutlich zu senken. Ziel des Projektes ist es, die Betroffenen für das Thema Sicherheit zu sensibilisieren und Lösungen zu finden. Es ging unter anderem um die Anpassung von Wohnungen an die Lebensgewohnheiten und Anforderungen älterer Menschen, aber auch um die Entwicklung neuer Wohnmodel-



36



37

le, die einen selbstverantwortlichen Lebensstil ermöglichen. In den Wohnmodellen wird versucht, mit einem Bündel von Maßnahmen Gefahrenpotenziale zu verringern. Dazu zählen etwa das Schaffen von Schwellenfreiheit in den Wohnungen und von Barrierefreiheit beim Zugang zur Wohnung, die Installation von Rauchmeldern in jedem Raum sowie ausreichender Beleuchtung, der Einbau niveaugleicher Duschen und das Verlegen rutschfester Beläge.

Weitere Maßnahmen, die im Rahmen von „Sicheres Wohnen“ realisiert wurden:

❖ Entwicklung von benutzerfreundlichen Informations- und Beratungsmöglichkeiten zum Thema selbstbestimmtes Wohnen für die Bevölkerung, Politik und Wirtschaft;

❖ Erstellung von qualifizierten Planungsgrundlagen in Kooperation mit den Südtiroler Partnerinnen und Partnern für barrierefreies Bauen durch eine umfassende Erhebung u. a. von Gefahrenpotenzialen, von Bedürfnissen der Zielgruppe und – daraus resultierend – von erforderlichen baulichen/planerischen Maßnahmen; konkrete Ergebnisse sind Informationsbroschüren und ein Musterwohnbauprojekt, das ausschließlich mit nationalen Mitteln realisiert wurde;

❖ Förderung von prophylaktischen Bauten, welche die Bedürfnisse und Anforderungen älterer Menschen vorausschauend berücksichtigen;

❖ grenzüberschreitender Know-how-Transfer mit Südtirol sowie Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Standards (z. B. Maßnahmenkatalog für barrierefreies Bauen und sicheres Wohnen).



## daten & fakten

### Grenzüberschreitende Patiententransportlogistik

Projektlaufzeit: 2005–2007  
EU-Programm: INTERREG III A Deutschland – Österreich  
Gesamtkosten: 180.000 €  
EU-Kofinanzierung: 90.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 90.000 €  
Förderungen gesamt: 180.000 €

### Soziales Leitbild Außerfern

Projektlaufzeit: 2004–2005  
EU-Programm: LEADER+  
Gesamtkosten: 30.000 €  
EU-Kofinanzierung: 15.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 15.000 €  
Förderungen gesamt: 30.000 €

### Sicheres Wohnen

Projektlaufzeit: 2002–2004  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Italien  
Gesamtkosten: 148.600 €  
EU-Kofinanzierung: 74.300 €  
Nationale öffentliche Förderung: 74.300 €  
Förderungen gesamt: 148.600 €

**Kontakt: Mag.<sup>a</sup> Andrea Fink**  
**Land Tirol, Abteilung Raumordnung – Statistik**  
**Tel.: +43/512/508-3631, a.fink@tirol.gv.at**



# Hilfe zur Selbsthilfe im Raum Bodensee: Gesundheit kennt keine Grenzen

*Die Region um den Bodensee ist von vielen nationalen Grenzen auf engem Raum gekennzeichnet. Grenzübergreifende Kooperationen haben daher in diesem Gebiet bereits seit längerer Zeit Tradition. Künftig soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheits- und Sozialbereich stärker als bisher strategisch geplant werden, wobei an drei verschiedenen Ebenen angesetzt wird. Die Stärkung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe stellt in der Gesundheitsvorsorge vor allem für Kinder und Jugendliche der Region einen neuen Akzent dar.*

Das Programmgebiet INTERREG III A Alpenrhein – Bodensee – Hoahrhein umfasst mit Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz vier souveräne Nationalstaaten. In der Region leben etwa 4,4 Millionen Menschen, die eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Sprache verbindet.

In diesem Gebiet sind grenzüberschreitende Kooperationen schon seit Langem üblich. Bereits im 19. Jahrhundert wurden die ersten internationalen Gremien gegründet, die sich mit verschiedenen Themen (z. B. Fischereiwirtschaft und Schifffahrt) beschäftigten. Seit Beginn der 1990er Jahre ist im gesamten Programmgebiet eine deutliche Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit feststellbar. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur, man denke etwa an die Schaffung bzw. Erneuerung grenzüberschreitender Institutionen oder an das Nein der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum. Mit Sicherheit spielte aber auch die Gemeinschaftsinitiative INTERREG während der beiden Strukturfondsperioden von 1995 bis 2006 eine wichtige Rolle.

## ► STRATEGISCHE GRENZÜBERSCHREITENDE PLANUNG

Im stark reglementierten Gesundheits- und Sozialbereich werden die Nähe und die Dichte der nationalen Grenzen besonders spürbar. Das führt oft dazu, dass die Grundversorgung der BewohnerInnen nicht immer optimal gewährleistet ist. Daher müssen andere Lösun-

gen unter Nutzung besonderer Handlungsspielräume gefunden werden. Das Finden und Erproben solcher Lösungen geschehen im Rahmen von grenzüberschreitenden Kooperationen und Projekten.

Die Maßnahmen setzen an drei strategischen Ebenen an: Auf staatlicher Ebene werden Grundlagen für die Vereinheitlichung des rechtlichen Rahmens im Gesundheits- und Sozialwesen geschaffen.

Im Bereich der Infrastruktur sollen bestehende Einrichtungen wie Krankenhäuser und Beratungsstellen verstärkt gemeinsam geplant und genutzt werden. Dadurch erhofft man sich entsprechende Synergien hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Einrichtungen und der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung.

Auf der individuellen Ebene wird das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe gefördert. In dieser Region hat Selbsthilfe eine lange Tradition und wird nun durch gezielte Maßnahmen verstärkt. Jede einzelne Person wird angesprochen, Verantwortung für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitspflege zu übernehmen. Dementsprechend sind Bewusstseinsbildung und Kompetenzerwerb wichtige Maßnahmen dieser Strategie.

Die zwei Projekte „REFLECT AND ACT!“ und „Kompetenzraum Bodensee“ richten sich vor allem an die Zielgruppe Kinder und Jugendliche. ◀

## Projektbeispiele

### ► REFLECT AND ACT!

„Gib deiner Geschichte eine Stimme!“ lautet das Motto des bis 2008 laufenden Multimedia- und Gesundheitsprojektes „REFLECT AND ACT!“.

REFLECT AND ACT! bietet Jugendlichen die Gelegenheit, sich kreativ und in sehr persönlicher Weise mit Themen zu beschäftigen, die für sie wichtig sind. Gleichzeitig erlernen sie den Umgang mit neuen Medien und alternativen Darstellungsweisen. Dies hilft sowohl den Jugendlichen, ihre Eindrücke zu verarbeiten, als auch den Erwachsenen, die Lebenswelt und Anliegen von Jugendlichen besser zu verstehen.

Das Projekt richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 26 Jahren aus Vorarlberg, Lindau und Friedrichshafen und wird von den Städten Lindau und Friedrichshafen, vom Land

Vorarlberg und von der Supro-Werkstatt für Suchtprophylaxe unterstützt. Die Fachhochschule Vorarlberg stellt neben der wissenschaftlichen Begleitung Technik und Räume für Veranstaltungen zur Verfügung.

Zu Beginn des Projekts wurden gemeinsam mit Jugendlichen und Schulen digitale Storys erarbeitet und verschiedene Jugendzonen aufgesucht. Um den MultiplikatorInnen wie Lehrerinnen und Lehrern sowie Jugendarbeiterinnen und -arbeitern die Methode des „Digital Storytelling“ zu vermitteln, wurden vor Ort Schulungen angeboten.

2007 sind ein Kulturcamp und ein Festival zum Thema „Jugendkultur“ geplant. Es wird Ausstellungen, Fachvorträge und Präsentationen der Arbeiten geben. Die besten Medienarbeiten werden prämiert und als Kinospots gezeigt werden.



38

► **KOMPETENZRAUM BODENSEE: KINDER UND JUGENDLICHE IM GLEICHGEWICHT**

Der „Kompetenzraum Bodensee“ ist ein Projekt zur Betreuung übergewichtiger Kinder und Jugendlicher im Raum Bodensee. Die Maßnahmen umfassen Bewusstseinsbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Kompetenzaufbau mit wissenschaftlicher und fachlicher Begleitung.

Konkrete Handlungsempfehlungen sollen den betroffenen Kindern und Jugendlichen helfen, ihr Problem in den Griff zu bekommen, anstatt nur darüber zu reden.

Das Pilotprojekt „Mut tut gut“, das im Jänner 2005 in Dornbirn durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, den natürlichen Spieltrieb und das Bewegungsbedürfnis von Kindern im Alter von 4 bis 10 Jahren gezielt zu fördern. An „Mut tut gut“ haben 70 Kinder teilgenommen.

Gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut wird daran gearbeitet, PädagogInnen für die Themen Ernährung und Bewegung zu sensibilisieren und entsprechend auszubilden sowie Unterrichtsmittel für die praktische Umsetzung im Unterricht zu entwickeln.



39

Das Projekt „Schoolwalker“ ist für Kinder im Volksschulalter konzipiert und verlief so erfolgreich, dass es in überarbeiteter Form ab Herbst 2007 wieder umgesetzt werden wird. Schoolwalker-Kinder – mittlerweile 1660 Kinder in fünf Gemeinden in Vorarlberg – legen ihren Schulweg verstärkt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück. Ab 2007 werden auch Kinder weiterer Gemeinden Schoolwalker. ←



40



41

## daten & fakten

**REFLECT AND ACT!**

Projektlaufzeit: 2005–2008  
 EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland – Schweiz  
 Gesamtkosten: 466.375 €  
 EU-Kofinanzierung: 215.960 €  
 Nationale öffentliche Mittel: 244.040 € (A/D/CH)  
 Förderungen gesamt: 460.000 €  
[www.reflect.at](http://www.reflect.at)

**Kompetenzraum Bodensee – Kinder und Jugendliche im Gleichgewicht**

Projektlaufzeit: 2004–2008  
 EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland – Schweiz  
 Gesamtkosten: 1.410.000 €  
 EU-Kofinanzierung: 597.000 €  
 Nationale öffentliche Mittel: 813.000 € (A/D/CH)  
 Förderungen gesamt: 1.410.000 €  
[www.kig-adipositas.net](http://www.kig-adipositas.net)

**Kontakt:**

*Dr. in Elisabeth Winner-Stefani, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Europaangelegenheiten und Außenbeziehungen  
 Tel.: +43/55 74/511-20310, [europa@vorarlberg.at](mailto:europa@vorarlberg.at)*





# Tirol: Mit Hightech gegen Naturkatastrophen

*Tirol ist das Bundesland Österreichs mit dem größten Alpenanteil. Seine BewohnerInnen sind seit jeher Naturgefahren ausgesetzt. In den letzten Jahren nahmen jedoch sowohl deren Intensität als auch deren Anzahl zu. Mit Einsatz von Technologie sollen die Gefahren rechtzeitig erkannt und entsprechend frühzeitig präventive Maßnahmen gesetzt werden.*

Hochwasser, Murenabgänge und Lawinenunfälle wie 1999 in Galtür: Die Natur fordert ihren Raum und folgt ihren eigenen Gesetzen. Immer öfter treffen Naturkatastrophen auch Regionen, die bisher als nicht gefährdet eingestuft waren.

Die Folgen sind für Mensch und Natur verheerend: Der Wiederaufbau dauert oft Jahre, die BewohnerInnen der Ortschaften verlieren ihre Lebensgrundlage. Neben dem menschlichen Leid ist auch der wirtschaftliche Schaden enorm. Es wird geschätzt, dass ein Drittel des volkswirtschaftlichen Schadens in Österreich allein durch Hochwasser verursacht wird.

In Tirol wird die Landschaft in einigen Zonen intensiv genutzt, beispielsweise durch den Tourismus. In der Folge entstehen im ohnehin begrenzten nutzbaren Raum Konfliktsituationen. Deshalb müssen im Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Wirtschaft geeignete Lösungen gefunden werden.

Während der Ziel-5b-Periode wurde der Schwerpunkt der Aktivitäten auf den Ausbau der Umweltinfrastruktur gelegt: Lawinerverbauungen, Wildbachverbau und Verbesserungen des Schutzwaldes in gefährdeten Gebieten waren die Hauptmaßnahmen.

► **KATASTROPHENPRÄVENTION STATT WIEDERAUFBAU**

In der Strukturfondsperiode 2000–2006 wurden diese Maßnahmen konsequent fortge-

führt und verbessert. Im Mittelpunkt der Maßnahmen stand nun das Thema Prävention. Da auch die benachbarten Staaten mit denselben Problemen zu kämpfen haben, ist es nahe liegend, dass mit ihnen eng zusammen gearbeitet wurde und wird. Das Besondere an den Maßnahmen in Tirol ist der strategische und technologieunterstützte Ansatz, der eine rechtzeitige Erkennung und einen guten Informationsfluss möglich macht. „Laserscanning“ ist in diesem Bereich eines der Schlüsselprojekte. Der Einsatz dieser Technologie bedeutet die gänzliche Systemumstellung der Oberflächenerfassung mit enormen Aufwendungen in der Phase der Datensammlung.

Die in Tirol durchgeführten Projekte werden alle fünf Jahre einem Controlling unterzogen und in einer nachfolgenden Zwischenkollaudierung gegebenenfalls nachjustiert. Ab 2007 gibt es eine neue Förderungsdatenbank auf Internetbasis, auf die alle Projektpartner zugreifen können. Damit können der Umsetzungsstand und der Projektfortschritt von verschiedenen Maßnahmen für jede Gemeinde laufend verglichen und kommuniziert werden. Zugreifen können die zuständigen Landesstellen, die Projektträger und die Gemeinden. Auf Gemeindeebene wird diese Datenbank auch als Instrument für die Gestaltung der laufenden Informationsarbeit für BürgerInnen herangezogen. ◀

## Projektbeispiele

► **DAS DERZEIT GRÖSSTE LASERSCANNING-PROJEKT MITTELEUROPAS**

Laserscanning ist eine präzise Methode der Oberflächenerfassung, die genaue Planungen und zuverlässige Simulationen und Analysen ermöglicht. Zur Anwendung kommen diese dann in allen Bereichen der Katastrophenprävention, der Raumordnung, der Verkehrsplanung, der Wildbachverbauung und in der Forstwirtschaft. Geplante Projekte können zum Beispiel auch hinsichtlich der erwarteten Lärmausbreitung simuliert werden.

Bis 2008 sollen rund zwei Drittel der Oberfläche des Bundeslandes Tirol mittels Laserscanning erfasst sein. In Österreich ist Vorarlberg das einzige Bundesland, in dem solche Daten bereits flächendeckend vorliegen. Auch in Deutschland und in der Schweiz wird diese Methode angewendet. Aufgrund der Größe der zu erfassenden Fläche von rund 7000 km<sup>2</sup> und des schwierigen hochalpinen Geländes ist das Vorhaben in Tirol das derzeit größte Projekt dieser Art in Mitteleuropa.

Ab 2008 ist geplant, auch das letzte Drittel der Fläche Tirols mittels Laserscanning zu erfassen.

Die Methode des Laserscannings wird ständig verbessert und weiterentwickelt. In Österreich forschen die Technische Universität Wien, Joanneum Research in Graz und die Universität Innsbruck (Institut für Geografie) auf diesem Gebiet. Federführend wird dieses Vorhaben vom Land Tirol, Abteilung Vermessung, betreut.

► **SICHERUNG DES SIEDLUNGSRAUMES IN KREUZLEHN**

Die Zielsetzung dieses Projekts ist die Sicherung des Siedlungsraumes der Katastralgemeinden St. Sigmund und Gries im Sellrain sowie der Sellrainer Landesstraße vor Steinschlägen. Die umliegenden Schutzwälder sollen hinsichtlich Bewirtschaftbarkeit, Zustand und Lawinenschutzwirkung verbessert werden.

Umgesetzt wurden die Errichtung eines Steinschlagschutzdammes sowie die Erschließung, Aufforstung und die schutzfunktionale Waldverjüngung.

Für die Umsetzung der Maßnahmen traten alle Grundeigentümer dem Waldpflegeverein Tirol bei, der die finanzielle Abwicklung mit der Förderstelle und den einzelnen Mitgliedern des Projekts übernimmt. Begleitet wurden



42



43



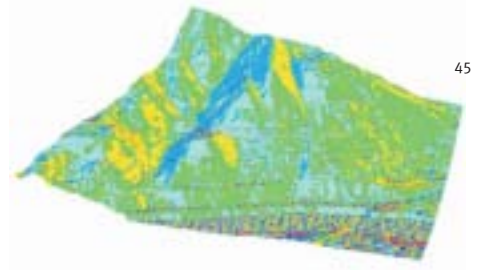
44

diese Maßnahmen von laufender Information für die Bevölkerung.

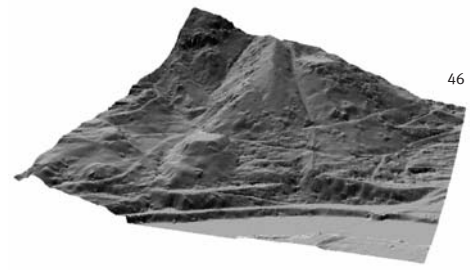
► **GRENZÜBERGREIFENDE LAWINENWARNDIENST-PLATTFORM AUF INTERNETBASIS (LWDKIP)**

Die Lawinendienst-Plattform ist eine Kommunikations- und Informationsdrehscheibe, die einen länderübergreifenden, umfassenden und system-unabhängigen Informationsfluss zwischen den Mess- und Beobachtungsstellen, der Lawinenkommision und den Warnzentralen gewährleistet. Eine wesentliche Neuerung gegenüber vergleichbaren Informationssystemen stellt der bidirektionale Informationsfluss auf Internetbasis dar. Mit dieser Plattform können die Lawinenkommisionen schnell und unbürokratisch Informationen austauschen. Zudem ermöglicht das System eine lückenlose Dokumentation der Entscheidungen, die von der Lawinewarndienstkommission getroffen werden. Nach dem erfolgreichen Testbetrieb wurde die Kommunikations- und Informationsplattform im Winter 2005/2006 in den Routinebetrieb der Lawinewarndienste übernommen.

Insgesamt greifen mehr als 1600 NutzerInnen aus den 188 beteiligten Gemeinden in Österreich und Bayern auf die Daten der Lawinewarndienst-Plattform zu. Neben anderen Maßnahmen trug auch die Lawinewarndienst-Plattform dazu bei, dass die Anzahl der Lawinopfer in Tirol seit der Inbetriebnahme deutlich geringer als in den Vorjahren war. ↵



45



46



47

## daten & fakten

### Laserscanning

Projektlaufzeit: 2005–2008  
EU-Programm: Ziel 2 Tirol  
Gesamtkosten: 1.000.000 €  
EU-Kofinanzierung: 500.000 €  
Nationale öffentliche Mittel: 500.000 €  
Förderungen gesamt: 1.000.000 €

### Sicherung des Siedlungsraumes in Kreuzlehn

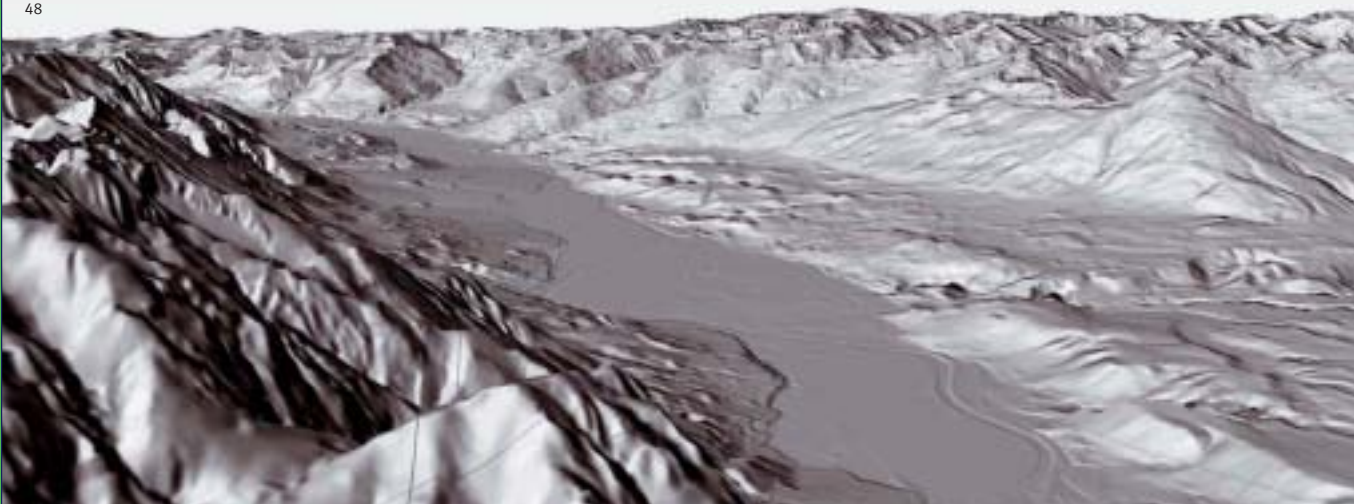
Projektlaufzeit: 2002–2007  
EU-Programm: Ziel 2 Tirol  
Gesamtkosten: 951.000 €  
EU-Kofinanzierung: 444.000 €  
Nationale öffentliche Mittel: 444.000 €  
Förderungen gesamt: 888.000 €

### Lawinewarndienst-Plattform auf Internetbasis (LWDKIP I + II)

Projektlaufzeit: 2003–2007  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland/Bayern  
Gesamtkosten: 457.600 €  
EU-Kofinanzierung: 102.800 €  
Nationale öffentliche Mittel: 150.000 €  
Förderungen gesamt: 253.800 €

**Kontakt: Mag.<sup>a</sup> Andrea Fink**  
Land Tirol, Abteilung für Raumordnung – Statistik  
Tel.: +43/512/508-3631, a.fink@tirol.gv.at

48





# Das Südburgenland: Eine europäische Modellregion für erneuerbare Energien

*Der Bezirk Güssing im Burgenland ist einer der Pioniere Österreichs im Bereich erneuerbare Energien. Bereits 1990 wurde der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energiequellen hin zu erneuerbaren Energien begonnen. Und dieses Beispiel macht Schule. Nun soll das gesamte Burgenland schrittweise mit Energie aus eigener Produktion versorgt werden.*

„Forschung, Technologie und Innovation“ ist einer von fünf Schwerpunkten der burgenländischen Ziel-1-Strategie 2000–2006, in dessen Rahmen Forschungs- und Entwicklungsprojekte wie das Biomassekraftwerk Güssing und das Kompetenznetzwerk Energie aus Biomasse umgesetzt werden. Entsprechende Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sorgen dafür, dass diese Technologien fachgerechte und möglichst breite Anwendung finden.

Ein besonders gelungenes Pilotprojekt ist das Modell „Energieautarke Stadt Güssing“, das beweist, dass eine Region sich nahezu vollständig selbst mit Energie versorgen kann. Zudem resultieren aus dem Güssinger Modell zahlreiche Synergien mit anderen Wirtschaftsbereichen wie dem Tourismus und der Landwirtschaft, die wiederum positive Impulse für die Entwicklung der gesamten regionalen Wirtschaft auslösen.

Nun soll dieses Modell der energieautarken Region auf das gesamte Bundesland ausgeweitet werden. Die Technologie auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien soll so weit vorangetrieben werden, dass Energieprodukte aus Biomasse kommerziell im größeren Rahmen verwertet werden können. Gas, Diesel und Benzin – all das kann gänzlich ohne fossile Stoffe hergestellt werden. Die Rohstoffe für die Energiegewinnung kommen aus der land- und forstwirtschaftlichen Produktion, aber auch Reststoffe der Industrie werden sinnvoll verwertet.

Aber nicht nur die Energiegewinnung, sondern auch die Energieeinsparung im privaten und betrieblichen Bereich ist ein wesentlicher Bestandteil des Maßnahmenmix des Burgenlandes.

▶ **MIT NEUEN TECHNOLOGIEN ENERGIE-UNABHÄNGIG WERDEN**

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, werden in vielen Bereichen Aktivitäten gesetzt: So soll das vorhandene Netz für die Erzeugung von Windenergie weiter ausgebaut werden. Zudem

wird daran gearbeitet, die Landwirtschaft verstärkt auf den Anbau von Energiepflanzen auszurichten, was für die Landwirte eine attraktive und Einkommen schaffende Erwerbskombination darstellt.

Im Gebiet der Forschung und Entwicklung werden die kommerzielle Produktion von synthetischem Gas und Treibstoff aus Biomasse sowie alternative Energiegewinnungssysteme wie Photovoltaik, Energiespeichersysteme und Energiegewinnungssysteme vorangetrieben.

Mit all diesen Maßnahmen etabliert das Burgenland unter starker Nutzung des endogenen Potenzials einen zukunftsfruchtigen und sektorübergreifenden Wirtschaftsbereich. Daran beteiligt sind die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Forschung, Entwicklung und Ausbildung. Verfahren, Produkte und Dienstleistungen aus dem Bereich erneuerbare Energien sollen künftig auch exportiert werden und so die burgenländische Wirtschaft stärken.

Die Bilanz kann sich sehen lassen: Bereits heute werden zwei Drittel des Strombedarfs des Burgenlandes aus alternativen Quellen gewonnen. In rund 50 durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprojekten wurden und werden neue Technologien entwickelt und getestet, und man sammelt wertvolles Wissen. Schätzungen zufolge wurden im Bereich erneuerbare Energien im Burgenland 350 neue Arbeitsplätze geschaffen und 400 weitere gesichert. Das Modell Güssing ist auch in ganz anderer Hinsicht ein Erfolg: So viele interessierte BesucherInnen möchten dieses Projekt kennenlernen, dass in Güssing ein neues Hotel errichtet wird.

Die Forschungen am Standort Güssing zur kommerziellen Nutzung von Energieformen aus Biomasse lassen hoffen, dass diese Form der Energiegewinnung in Zukunft auch international breitere Anwendung finden wird. ◀

*Projektbeispiele*

▶ **SAUBER UND EFFIZIENT: BIOMASSEKRAFTWERK GÜSSING**

Das Biomassekraftwerk Güssing stellt einen neuen Kraftwerkstyp dar, der die Produktion von Wärme, Strom, gasförmiger und flüssiger Energie in kleinen, dezentralen Einheiten ermöglicht. Daher ist dieser Kraftwerkstyp eine optimale Lösung etwa für Gemeinden, einen Stadtteil oder ländlich strukturierte Regionen.

Die Energie wird durch ein völlig neues, technisch ausgereiftes System der Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis der Biomassevergasung hergestellt. In diesem speziellen Verfahren werden alle Reststoffe des Prozesses wiederverwendet oder aufbereitet, weshalb weder Abfälle noch Abwässer anfallen. Chemische Energie wird in diesem Verfahren in elektrische Energie umgewandelt. Der Energiewirkungsgrad dieses Verfahrens übertrifft alle bisherigen



49

50

51

52

53

Ergebnisse von Biomassenutzung. Hatten Dampfanlagen einen elektrischen Wirkungsgrad von etwa 15 %, so liegt dieser beim Biomassekraftwerk Güssing bei 25–28 %. Der Gesamtwirkungsgrad, das bedeutet Strom und Wärme, liegt bei über 85 %.

► **RENET: KOMPETENZNETZWERK ENERGIE AUS BIOMASSE**

Das Kompetenznetzwerk Energie aus Biomasse wurde 1999 gegründet und ist damit das erste industrielle Kompetenznetzwerk in Österreich. In enger Kooperation zwischen Betreibern, Industrie und Wissenschaft wird an neuen Technologien zur energetischen Nutzung von Biomasse geforscht und an Möglichkeiten der Markteinführung gearbeitet. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten konzentrieren sich vor allem auf die Stromerzeugung aus Biomasse. Um möglichst praxisnahe und vor allem marktaugliche Lösungen zu finden, wird an Pilot- und Demonstrationsanlagen geforscht. Das Kompetenznetzwerk tritt unter dem Namen „Renewable Energy Network Austria“ – kurz RENET – auf.

Im Kompetenznetzwerk kooperieren Unternehmen und Organisationen mit viel Erfahrung im Energiebereich: die EVN AG, Güssinger Fernwärme GmbH, GE Jenbacher GmbH & CO OHG, Repotec Umwelttechnik GmbH und die Technische Universität Wien – Institut für Verfahrenstechnik, Umwelttechnik und technische Biowissenschaften. Diese Partner haben gemeinsam zwei Kompetenzknoten installiert: in Güssing und in Wiener Neustadt. In beiden Kompetenzknoten wird eine Demonstrationsanlage zur Stromerzeugung aus Biomasse betrieben, wobei es sich am Standort Güssing um eine Demonstrationsanlage zur Wirbelschicht-Dampfvergasung und in Wiener Neustadt um eine Demonstrationsanlage im Bereich der Festbettvergasung handelt.

2004 wurde das Netzwerk um den Themenbereich Biogas erweitert – damit kamen weitere wichtige Partner wie das IFA Tulln, die AAT Abwasser- und Abfalltechnik GmbH & Co, die Thöni Industriebetriebe GmbH und die Joanneum Research Forschungsgesellschaft mbH mit an Bord. Es wurden drei weitere Kompetenzknoten – in Reidling, Strem und Hartberg – installiert. Drei unterschiedliche innovative Verfahren sorgen dafür, dass zum Beispiel Gras und Klee gemeinsam mit Maisganzpflanzen beziehungsweise biogene Abfälle oder Schweinegülle mit Energiepflanzen zu Biogas umgesetzt werden können.

► **SOLARTEUR – SOLARSCHULE IN GÜSSING**

Die Solarschule in Güssing ist ein Kooperationsprojekt des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energie Güssing GmbH und des Bundes-Oberstufenrealgymnasiums Güssing. Installateure, Elektriker

und Fachkräfte aus verwandten technischen Berufen erhalten hier die Ausbildung zum Solarenergiespezialisten auf europäisch einheitlichem Qualitätsniveau.

Die gesamte Ausbildung wird sowohl in Tagesintensivschulungen als auch berufsbegleitend angeboten. Eine Photovoltaikanlage (10 kW/100 m<sup>2</sup>) zur solaren Stromgewinnung und eine thermische Solaranlage helfen, die Lehrinhalte möglichst praxisgerecht zu erarbeiten. Mit diesem Projekt soll nicht nur die breite Anwendung der Energietechnologien gefördert, sondern auch die Forschungs- und Innovationsintensität der Klein- und Mittelbetriebe verbessert und damit ihre Konkurrenzfähigkeit erhöht werden. Die ersten 14 AbsolventInnen der Solarschule möchten gerne weitermachen und die Fachhochschule Pinkafeld besuchen.

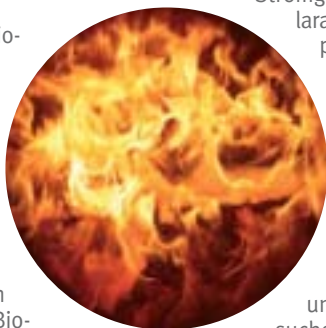
Mittels einer transnationalen Plattform findet ein dauerhafter Erfahrungsaustausch zwischen den Solarschulen Szombathely und Güssing statt. Bald wird es einen dritten Partner geben: die Solarschule in Murska Sobota in Slowenien, deren Bau bereits geplant ist.

► **ENERGIEAUTARKER BEZIRK GÜSSING**

Ausgangsbasis für dieses Projekt sind die Erfahrungen und Ergebnisse des Modells „Energieautarke Stadt Güssing“. Die Stadt Güssing versorgt sich schon seit einigen Jahren selbst mit Wärme, Strom und Kraftstoffen aus erneuerbaren Energieträgern der Region. Ziel des Projektes ist es zu zeigen, dass dieses Modell auch in einem gesamten Bezirk und in einem nächsten Schritt in einem ganzen Bundesland funktionieren kann.

2006 wurden die Einsparungspotenziale sowie der Energiebedarf des Bezirks analysiert. Basierend auf diesen Ergebnissen werden geeignete Möglichkeiten der Energieerzeugung bestimmt. Die Energieerzeugung wird sich auf verschiedene Technologien stützen, die in Güssing bereits erfolgreich eingesetzt werden, aber auch neu entwickelte Technologien sollen zum Einsatz kommen. Je nach den vor Ort vorhandenen Ressourcen kommt Biomassevergasung, Verbrennung, Biogas, Solarthermie oder Photovoltaik zum Einsatz. Die dafür nötigen Rohstoffe wie Waldhackgut, Gras, Mais, Klee und Raps stammen aus der Land- und Forstwirtschaft. Aber auch Reststoffe der Industrie wie Schleifstaub, Resthölzer und Spreißel werden genutzt.

Von der Verwirklichung des Projekts „Energieautarker Bezirk Güssing“ erwartet sich die Region nachhaltige positive Effekte für das gesamte regionale Wirtschaftsgeschehen. ◀



54

## daten & fakten

### Biomassekraftwerk Güssing

Projektlaufzeit: 2000–2003  
EU-Programm: Ziel 1 Burgenland  
Gesamtkosten: 10.895.350,52 €  
EU-Kofinanzierung: 3.636.839,31 €  
Nationale öffentliche Mittel: 3.237.994,81 €  
Förderungen gesamt: 6.874.834,12 €  
www.eee-info.net

### Kompetenznetzwerk Energie aus Biomasse

Projektlaufzeit: 1999–2006  
EU-Programm: Ziel 1 Burgenland  
Gesamtkosten: 565.860 €  
EU-Kofinanzierung: 72.672,83 €

Nationale öffentliche Mittel: 27.325 €  
Förderungen gesamt: 99.997,82 €  
www.renet.at

### Solarteure – Solarschule in Güssing

Projektlaufzeit: 2000–2007  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Ungarn  
Gesamtkosten: 110.000 €  
EU-Kofinanzierung: 55.000 €  
Nationale öffentliche Mittel: 52.500 €  
Förderungen gesamt: 107.500 €  
www.solarteure.at

### Energieautarker Bezirk Güssing

Projektlaufzeit: 2004–2006  
Programm: Energiesysteme der Zukunft (BMVIT)  
Gesamtkosten: 152.800 €  
Nationale öffentliche Mittel: 152.800 €  
www.eee-info.net

**Kontakt: Mag.<sup>a</sup> (FH) Katharina Kaitan**  
Amt der Burgenländischen Landesregierung,  
Landesamtsdirektion, EU-Verwaltungsbehörde  
Tel.: +43/2682/600-2840,  
katharina.kaitan@bglg.gv.at



# Abstimmung und Modernisierung der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur im Salzburger Land

*Im Bundesland Salzburg wurden INTERREG III A und die Innovativen Maßnahmen des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) für Innovationen im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur genutzt. Für eine zukunftsorientierte Standortentwicklung war die grenzüberschreitende Abstimmung der Verkehrseinrichtungen von besonderer Bedeutung. Bei der Umsetzung entsprechender Projekte spielte das EuRegio-Regionalmanagement eine tragende Rolle.*

Im Wirtschaftsleitbild des Bundeslandes Salzburg kommt der Weiterentwicklung der bereits vorhandenen modernen Infrastruktur- und Verkehrseinrichtungen ein hoher Stellenwert zu.

Wichtige strategische Schwerpunkte sind die weitere Verbesserung der Anbindung Salzburgs an hochrangige Verkehrsnetze, in erster Linie an die Hochleistungsstrecke Paris–München–Budapest, und die Realisierung von außer Streit stehenden Verkehrsprojekten (Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs im Zentralraum, Erhaltung der Pinzgaubahn). Von großer strategischer Bedeutung ist zudem die bessere – auch – grenzüberschreitende Abstimmung der verschiedenen Verkehrseinrichtungen. Das Leitmotiv dieser Abstimmung lautet: Attraktive Gesamtleistungen im Transportwesen sind nur durch eine verstärkte Kooperation verschiedener Verkehrsträger möglich. Das Land Salzburg forciert daher den Ausbau des Angebots integrierter Verkehrssysteme – also möglichst vieler sinnvoller Verbindungen von Flugzeug, Eisenbahn, Bus und Auto. Und das sowohl im Güter- als auch im Personentransport.

► **INTEGRIERTE VERKEHRSSYSTEME UND INNOVATIVE KOMMUNIKATIONSLÖSUNGEN**

Konkrete Ansatzpunkte dafür sind zum Beispiel Gütergleisanschlüsse und der kombinierte

Verkehr LKW/Bahn. Im Güterverkehr sollen zudem durch Kooperationen – etwa zwischen dem Flachgauer Impuls- und Technologiezentrum Logistik (FIT-LOG) und dem Logistik-Kompetenzzentrum Prien am Chiemsee – die effiziente Nutzung und bessere Auslastung bestehender Kapazitäten unterstützt werden. Dazu sollen auch Netzwerkaktivitäten wie die Zusammenarbeit von Unternehmen der verladenden Wirtschaft beitragen.

Den Rahmen für die Zusammenführung bestehender Einrichtungen bildet das Salzburger Mobilitätskonzept, das die Kohärenz sämtlicher verkehrspolitischer Maßnahmen sicherstellt.

Als attraktiver Standort für Großereignisse (z. B. Mozart-Jahr 2006, Rad-WM 2006, Fußball-EM 2008) schenkt das Land Salzburg diesem Bereich besonderes Augenmerk. Unter Ausnützung der jeweiligen Stärken unterschiedlicher Technologien wird ein innovativer Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur angestrebt. Die in den Projekten entwickelten Ergebnisse sollen aber nicht einseitig auf einzelne Events ausgerichtet sein. Vielmehr sollen sie die Basis für innovative Kommunikationslösungen im Veranstaltungsbereich bzw. in weiteren Anwendungsfeldern wie Tourismus und Emergency-Management bilden. ◀

## Projektbeispiele

► **LOGISTIKBRÜCKEN BAYERN – SALZBURG: KOOPERATION ZWISCHEN KMU UND TRANSPORTWIRTSCHAFT**

Mit diesem Projekt erfolgte der Brückenschlag für die Zusammenarbeit von Klein- und Mittelbetrieben in Salzburg und Bayern im Logistikbereich.

Hauptziel der grenzüberschreitenden Vernetzung der Unternehmen im Transport- und Speditionsgewerbe war es, den Waren- und Güterverkehr zu optimieren und damit LKW-Leerfahrten zu vermeiden, wofür beispielsweise ein regionales Warenlogistikkonzept entwickelt wurde: Man erstellte Angebots- und Bedarfsanalysen bei den Unternehmen (z. B. Technologie- und Innovationsbedarf) und deren Kunden und identifizierte wichtige Partner für ein Logistiknetzwerk in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung. Zur Etablierung und Festigung des Netzwerks wurden Kooperationsworkshops, Logistik-

PartnerInnenbörsen, Einzelberatungen für Betriebe, aber auch Auftritte bei Fachmessen organisiert.

► **INNOVERSYS: INNOVATIVE VERKEHRSSYSTEME FÜR DIE WIRTSCHAFT IN DER EUREGIO**

Ziel von InnoVersys ist es, die Versorgungssicherheit im Bereich Verkehr und Logistik für die regionale Wirtschaft im Grenzgebiet Bayern – Salzburg sicherzustellen. Den Schwerpunkt bildet die Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten des Schienenverkehrs. Im Rahmen von InnoVersys werden die regionalen Warenströme sowie die Anforderungen der Wirtschaft erhoben und analysiert. Die Analysen bilden die Basis für die Erarbeitung eines Schienen-Logistikkonzeptes. In einem weiteren Schritt werden Maßnahmen konzipiert und ihre Umsetzung vorbereitet und in Form einer Start-up-Begleitung unterstützt. Dadurch wird die Realisierung u. a. folgender Zielsetzungen gestartet:



55



56



57

→ Das westlich an Burghausen angrenzende „bayerische Chemiedreieck“ wird durch eine grenzüberschreitende Schienenanbindung an den kombinierten Verkehr zu den Häfen Triest und Koper angeschlossen.

→ Die Qualität von Anschlussgleisen für Firmen wird durch den Aufbau leistungsfähiger regionaler Systeme im Schienenverkehr gehoben.

► **EUREGIO-VERKEHRSVERBUNDMANAGEMENTSYSTEM**

Die Attraktivität des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu steigern war ein Ziel des EuRegio-Verkehrsverbundmanagementsystems. Mit dem Aufbau und der Umsetzung eines funktionellen Verkehrsverbundinformationssystems und -managementsystems wurden die Rahmenbedingungen verbessert, das Verkehrsverbundgebiet weiter ausgedehnt und der Grenzübergang mit öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert. Es erfolgten u. a. die Konzeption und Realisierung einer grenzüberschreitenden Stammdatenbank sowie der Aufbau eines einheitlichen Tarifzonenmodells (Knotenmodell) und eines multifunktionalen Jahreskartenprogramms. Die neuen Dienstleistungsangebote beinhalten auch ein grenzüberschreitendes Preisauskunftsprogramm und eine virtuelle Fahrplaninformationszentrale.

► **GEOLYMPIA**

Geolympia zielte auf die Demonstration der Salzburger Kompetenz im Bereich Geoinformations-

wissenschaften im Rahmen der Planung und Durchführung von Großveranstaltungen ab. Die Ausgangslage in Kurzform: Mit dem GIS-Cluster Salzburg konnte die wirtschaftliche Komponente der Geoinformationswissenschaften als Stärkefeld etabliert werden. Neben der Schaffung von 150 Arbeitsplätzen in den 14 Mitgliedsunternehmen, die sich mit dem weiten Spektrum geographischer Informationsverarbeitung – von der Satellitenbilddatenerfassung über Vermessung und 3-D-Laserscanning bis hin zum Geomarketing – befassen, ist es mittlerweile auch gelungen, die Marke „GIS-Cluster Salzburg“ im süddeutschen Raum zu festigen.

Im Rahmen von Geolympia wurde anhand eines Szenarios für eine Sportgroßveranstaltung ein Maßnahmenbündel erarbeitet: Eine Studie brachte Aufschluss über das Potenzial der beteiligten Unternehmen für die Planung und Durchführung von Sportgroßveranstaltungen. Mit der Entwicklung eines Demonstrationsprojektes wurden vielfältige Einsatzbereiche aufgezeigt, wodurch man ein Bewusstsein für die Möglichkeiten und das wirtschaftliche Potenzial von GIS/Geoinformatik bei Sportevents geschaffen hat. Dazu wurden einzelne Module von GIS-Anwendungen (z. B. Real Time Tracking, 3-D-Modelling) inhaltlich erarbeitet. Schließlich soll ein Webportal Einblick in die Produkte, aber auch zukünftige Geoinformatikanwendungen im Bereich Organisation und Abwicklung von Großveranstaltungen bieten und die Kompetenz und das Know-how der Clusterunternehmen in gebündelter Form darstellen. ←

## daten & fakten

**Logistikbrücken Bayern – Salzburg**

Projektlaufzeit: 2002–2004  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland/Bayern  
Gesamtkosten: 161.300 € (Projektteil Salzburg)  
EU-Kofinanzierung: 80.650 €  
Nationale öffentliche Förderung: 48.390 €  
Förderungen gesamt: 129.040 €

**InnoVersys**

Projektlaufzeit: 2006–2007  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland/Bayern  
Gesamtkosten: 152.500 € (Projektteil Salzburg)  
EU-Kofinanzierung: 76.250 €  
Nationale öffentliche Förderung: 58.250 €  
Förderungen gesamt: 134.500 €

**EuRegio-Verkehrsverbundmanagementsystem**

Projektlaufzeit: 2004–2005  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Deutschland/Bayern  
Gesamtkosten: 379.790 € (Projektteil Salzburg)  
EU-Kofinanzierung: 189.895 €  
Nationale öffentliche Förderung: –  
Förderungen gesamt: 189.895 €

**Geolympia**

Projektlaufzeit: 2005–2006  
EU-Programm: Innovative Maßnahmen des EFRE  
Gesamtkosten: 137.160 €  
EU-Kofinanzierung: 68.580 €  
Nationale öffentliche Förderung: 27.432 €  
Förderungen gesamt: 96.012 €

**Kontakt:**

**Dr. Christian Salletmaier**  
Land Salzburg, Abteilung Regionalentwicklung und EU-Regionalpolitik  
Tel.: +43/662/80 42-3799, christian.salletmaier@salzburg.gv.at,  
www.salzburg.gv.at/themen/wt/regional/eu/interreg



# Wissensnetzwerk Graz-West: Von der monofunktionalen Industriezone zum Hightechstandort

*Im Industriegürtel westlich des Grazer Hauptbahnhofes wurde unter dem Titel „Urban\_Link Graz-West“ der Wandel zu einem Stadtteil mit zeitgemäßer Urbanität und großer Attraktivität für technologieorientierte Unternehmen eingeleitet. Der Aufbau eines Wissensnetzwerkes im Rahmen von URBAN II, das Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Wirtschaft verbindet, hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.*

Die vier Stadtbezirke im Westen von Graz Eggenberg, Gries, Lend und Wetzelsdorf mit insgesamt 32.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben Anteil am Grazer URBAN-II-Gebiet. Das Gebiet westlich der Südbahnlinie entwickelte ab dem 19. Jahrhundert aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage und eines weitläufigen Flächenangebotes eine sehr große Attraktivität als Standort für Gewerbe- und Industriebetriebe (z. B. Simmering-Graz-Pauker-Werke/SGP – Eisenbahnwaggonerzeugung, Stahlproduktion und -verarbeitung, Brauerei Reininghaus).

In den 1960er und 1970er Jahren führte der starke Zuzug der in den Betrieben beschäftigten ArbeiterInnen dazu, dass freistehende Areale intensiv für Wohnbauten und die Anlage von Schrebergärten genutzt wurden. Aus den gegensätzlichen Anforderungen von Industriezone und Wohngebiet resultierten in der Folge starke Polarisierungen im Stadtgefüge. Zudem setzte in der monofunktionalen Industrie- und Gewerbezone ab Mitte der 1980er Jahre eine krisenhafte Entwicklung ein: Viele Leitbetriebe wie die SGP und die Brauerei Reininghaus waren dem Strukturwandel nicht gewachsen und mussten schließen.

Zurück blieben enorme Brachen, die eine negative sozial- und wirtschaftsräumliche Entwicklung in Gang setzten. Dieser negative Trend konnte mit dem Programm „Urban\_Link Graz-West“, das im Jahr 2002 startete, erfolgreich umgekehrt werden.

## ► BILDUNGS- UND WISSENSSTANDORT GRAZ-WEST

Das Programm „Urban\_Link Graz-West“ umfasst die drei Schwerpunkte Entwicklung der Potenziale der Informationsgesellschaft, zu-

kunftsfähige Stadtteilentwicklung und prozessbegleitende Kommunikation.

Die Aufwertung des Grazer Westens zum Bildungs-, Wissens- und Technologiestandort unter dem Titel „Wissensnetzwerk Graz-West“ bildete einen wichtigen strategischen Schwerpunkt im Rahmen der Entwicklung der Potenziale der Informationsgesellschaft. Konkret ging es um die Verbindung von Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Wirtschaft.

Eine zentrale strategische Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Ausbau der Fachhochschule Joanneum mit den Studiengängen Fahrzeugtechnik und Luftfahrttechnik zu einer öffentlichen Stadtteilzone. Dadurch sollten der Austausch von Wissen und die Kooperation zwischen der Fachhochschule und Unternehmen gefördert, aber auch der Zugang der Bevölkerung zu einer hochrangigen Bildungseinrichtung vor Ort erleichtert werden. Langfristiges Ziel war die Entwicklung und Stärkung der Humanressourcen in Graz-West.

Neben dieser Öffnung des Fachhochschulbereichs setzte man beim Aufbau des Wissensnetzwerkes auch auf die Einrichtung neuer Forschungs-, Produktions- und Dienstleistungseinrichtungen, um die Gründung von jungen, technologieorientierten und know-how-intensiven Betrieben forcieren und gezielt unterstützen zu können.

Eine besondere Bedeutung kam in der Standortentwicklung den großen Flächenreserven für Betriebsansiedlungen zu. Vor allem das Areal der ehemaligen Brauerei Reininghaus mit seinen baukulturell wertvollen Ensembles sollte zu einem Zentrum für innovative Betriebsansiedlung werden. ←

## Projektbeispiele

### ► DER FACHHOCHSCHUL-CAMPUS

Ein neu errichtetes und im Oktober 2004 eröffnetes Gebäude bildet zusammen mit dem bisherigen Areal der Fachhochschule auf rund 9500 m<sup>2</sup> einen Campus mit Hörsälen, Büros, Bibliothek, Mensa und Veranstaltungssaal. Der Campus, der den Angelpunkt für Bildung und Wissenschaft in Graz-West bildet, gliedert sich in drei Elemente: in die Hauptgebäude, in einen zweiten Baukörper und in ein gläsernes Luftfahrtlabor.

Zur besseren Verankerung des Fachhochschul-Campus im öffentlichen Leben des Stadtteiles trug die Realisierung eines Konzepts für die Außenraumgestaltung und Erschließung – mit gestalterischen und verkehrsplanerischen Maßnahmen – bei. Dazu zählen u. a. neue Fuß- und Radwege, eine Straßenbahnhaltestelle, attraktive Plätze und Grünflächen sowie übersichtliche Verbindungen zwischen den einzelnen Gebäuden der Fachhochschule.



58



59



60



61

Der Fachhochschul-Campus ist nicht nur Ausbildungsstätte für rund 1300 Studierende, sondern auch ein moderner (Weiter-)Bildungsstandort für die ansässige Bevölkerung; so gibt es hier u. a. eine von URBAN Graz-West geförderte öffentliche Bibliothek. Zusätzlich ermöglicht URBAN Veranstaltungsreihen, in denen z. B. SchülerInnen spielerisch mit den Forschungsfeldern der Fachhochschule vertraut gemacht werden.

► **START-UP CENTER GRAZ-WEST**

Das Start-up Center in der ehemaligen Hauptkanzlei der Brauerei Reininghaus wurde im Juli 2003 eröffnet. Auf 1000 m<sup>2</sup> finden hier technologieorientierte Unternehmen modernste räumliche und technische Infrastruktur. Das Center-Management bietet den Mieterinnen und Mietern organisatorische Unterstützung und in enger Zusammenarbeit mit einem weiteren URBAN-Projekt, dem sogenannten Gründungspaket Graz-West, auch individuelle Beratungsleistungen in Form von Coaching an.

Entsprechend der angestrebten Positionierung des Stadtteils als Technologie- und Wissenschaftsgürtel konnten 32 Unternehmen u. a. aus folgenden Branchen im Start-up Center angesiedelt werden: Telekommunikation, Informationstechnologie, Medien, Elektronik, Human- und Biotechnologie, Medizintechnik, Ökotechnik, Industriedesign, Informationsdesign und unternehmensnahe Dienstleistungen.

Das Start-up Center ist bereits zu 100 % ausgelastet.

► **WISSENSSTADT GRAZ-WEST**

Mit dem Impulszentrum „Wissensstadt“ erhielt der Grazer Westen ein neues, innovationsorientiertes Unternehmenscenter. Nach Abschluss der zweiten Bauphase unterstützt die Wissensstadt seit Herbst 2004 Hightechunternehmen in den Bereichen Medizin-, Bio- und Humantechnologie bei der Ansiedlung in der Gründungs- und Auf-

bauphase. Das Center-Management, das von der SFG wahrgenommen wird, bietet den Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern Beratung, Coaching und monetäre Förderungen an.

Standortvorteile und Synergien ergeben sich vor allem aus der räumlichen Nähe zur Fachhochschule Joanneum und zum Leitunternehmen Roche Diagnostics, das im Grazer URBAN-Gebiet ein Center of Excellence für Medizintechnologie betreibt. Bei der Errichtung der Wissensstadt wurden u. a. Konzepterstellung und Detailplanung, Organisationsentwicklung sowie Maßnahmen zur Akquisition von Unternehmen gefördert.

Derzeit haben 30 Betriebe ihren Standort in der Wissensstadt, womit diese bereits zu 98 % ausgelastet ist. Zu den Firmen, die das Angebot der Wissensstadt erfolgreich angenommen haben, zählen u. a. die Human.technology Styria GmbH, das IIREC – International Institute for Research on Electromagnetic Compatibility – und das ZEGIS – Zentrum für Gesundheit, Integration und Sicherheit.

► **BETRIEBLICHE QUALIFIZIERUNGSOFFENSIVE**

Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive wurde ab April 2004 der Qualifizierungsbedarf der im Grazer Westen ansässigen technologieorientierten Betriebe erhoben. Darauf aufbauend wurden maßgeschneiderte Curricula und Fachausbildungen entworfen. Bisher wurde dieses Angebot von rund 30 Klein- und Mittelbetrieben in Anspruch genommen. Für über 150 MitarbeiterInnen wurden Ausbildungspläne entwickelt. Die Qualifizierungsmaßnahmen umfassten unter anderem EDV, Fremdsprachen (Englisch), Verkaufstraining, Office-Management.

Die Betriebe wurden durch kostenlose Beratungen, Entwicklung und Management der Aus- und Weiterbildungen unterstützt und erhielten zudem eine Förderung von 70 % der Ausbildungskosten. ↔

## daten & fakten

### Fachhochschul-Campus

Projektlaufzeit: 2003–2004  
EU-Programm: URBAN II  
Gesamtkosten: 1.200.000 €  
EU-Kofinanzierung: 390.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 210.000 €  
Förderungen gesamt: 600.000 €

### Start-up Center

Projektlaufzeit: 2002–2007  
EU-Programm: URBAN II  
Gesamtkosten: 1.500.000 €  
EU-Kofinanzierung: 200.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 500.000 €  
Förderungen gesamt: 700.000 €

### Wissensstadt

Projektlaufzeit: 2002–2004  
EU-Programm: URBAN II  
Gesamtkosten: 5.445.291 €  
EU-Kofinanzierung: 200.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 672.075 €  
Förderungen gesamt: 872.075 €

62



63



### Betriebliche Qualifizierungsoffensive

Projektlaufzeit: 2004–2005  
EU-Programm: URBAN II  
Gesamtkosten: 291.000 €  
EU-Kofinanzierung: 170.500 €  
Nationale öffentliche Förderung: 120.500 €  
Förderungen gesamt: 291.000 €

### Kontakt:

**Mag. Christian Nußmüller**  
Stadt Graz – Stadtbauverwaltung, Referat EU-Programme und internationale Kooperation  
Tel.: +43/316/872-4210, christian.nussmueller@stadt.graz.at  
<http://www.urban-link.at>



# URBION: Stadtsanierung durch urbane Intervention am Wiener Westgürtel

*Der Wiener Westgürtel, eines der verkehrsreichsten und von „Verslumung“ bedrohten Gebiete der Stadt, wurde durch einen Mix aus städtebaulichen, arbeitsplatzfördernden, sozialen und kulturellen Maßnahmen erfolgreich wiederbelebt. Die unter dem Titel „URBION – URBane InterventIOn Gürtel West“ durchgeführte Sanierung entwickelte eine wichtige Imageträgerfunktion für das gesamte Wiener URBAN-Programm.*

Der sechs Kilometer lange Gürtel ist eine der Hauptverkehrsadern der Stadt Wien. Die zwei Richtungsfahrbahnen – äußerer und innerer Gürtel – mit einer Verkehrsfrequenz von über 85.000 Kraftfahrzeugen pro Tag und Spitzen bis zu 100.000 KFZ werden von einer Mittelzone getrennt. Diese wird von der ehemaligen Stadtbahn und den sogenannten Stadtbahnbögen geprägt, die Ende des 19. Jahrhunderts vom Wiener Architekten Otto Wagner geplant und realisiert wurden. Heute wird auf diesem Bauwerk, das dem späten Historismus und frühen Jugendstil zuzuordnen ist, die U-Bahnlinie 6 geführt.

Die gemauerten Ziegelgewölbe der Stadtbahnbögen wurden vor der Realisierung von URBION zu einem großen Teil als Lager genutzt oder standen leer. Zudem gab es funktionale Mängel im Vorfeld der Bögen, z. B. mangelhafte Beleuchtung der Fuß- und Radwege und die – teilweise illegale – Nutzung erheblicher Teile dieser Zone als Autoabstellplatz. Ein weiteres Manko stellten gestalterische und funktionale Mängel an einem hochrangigen Knoten des öffentlichen Verkehrs (ÖV) – am Urban-Loritz-Platz – dar. Die hervorragende ÖV-Erschließung und das Potenzial verfügbarer Flächen und Räume in und um die Stadtbahnbögen bildeten die Basis für die Entwicklung der URBION-Strategie.

► **KEINE BEHÜBSCHUNG: NEUE INHALTE UND URBANES IMAGE**

Die Grundphilosophie der Gürtelsanierung in Kurzform: Statt Behübschungsmaßnahmen sollten Inhalte angeboten werden. Für die URBION-Strategie bedeutete dies: Eine ästhetische und funktionale Aufwertung der sogenannten Mittelzone des Gürtels war nur

durch lokale bauliche und sozioökologische Eingriffe entlang der historisch wertvollen Substanz der Wiener Stadtbahn zu bewirken. Zu diesem Zweck kombinierte URBION städtebauliche und baukünstlerische Maßnahmen – wie die Neugestaltung des Verkehrsknotens Urban-Loritz-Platz, die Öffnung und durchgehende Verglasung aller neu vermieteten Stadtbahnbögen – mit der Implementierung einer attraktiven, jugendlichen und anspruchsvollen kulturellen Infrastruktur in den Geschäftslokalen unter der Stadtbahn. Erklärtes Ziel war es, den Mittelbereich des Gürtels zu einem Raum für Menschen zu machen, der den äußeren und inneren Gürtel verbindet und nicht länger als Barriere wirkt, sondern zum Treffpunkt wird. Und: Neben den dafür notwendigen Sanierungsarbeiten zielte URBION darauf ab, für den Gürtel ein neues Image zu entwickeln, das die Kernzone dieses Stadtgebietes auf Dauer sozial stabilisieren kann.

Für die effiziente Umsetzung der URBION-Strategie wurde 1996 die Studie „Westgürtel“ erstellt, die als Leitlinie für alle künftigen Entwurfs- und Detailplanungen diente. Für die Schlüsselbereiche erfolgte ab 1997 die Detail- und Ausführungsplanung. Die Realisierung begann 1998 und war im Jahr 2000 abgeschlossen. Das Ergebnis von URBION kann sich sehen lassen: Am Westgürtel konnte mit Unterstützung des URBAN-Programms tatsächlich eine Trendwende eingeleitet werden. Musikevents, neue Szenelokale, Galerien und Geschäfte in über 30 Stadtbahnbögen, aber auch neue Architektur, mehr Licht und ein besser gestaltetes Umfeld haben dazu beigetragen, dass dieser Raum vor allem durch junge Menschen neu belebt wurde. ◀

**Projektbeispiele**

► **NEUE QUALITÄT AM URBAN-LORITZ-PLATZ**

Der Urban-Loritz-Platz bildet eine Schnittstelle zwischen dem 7. und 15. Wiener Gemeindebezirk. Als Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs war er durch diagonal verlaufende Straßenbahngeleise in mehrere isolierte Zonen geteilt. Er wurde daher nicht als zusammengehörige räumliche Einheit erlebt, was sich auf die Orientierung und Aufenthaltsqualität negativ auswirkte. Die Neugestaltung des Platzes behebt funktionelle Mängel wie schlecht funktionierende Verbindungen zwischen U-Bahn, Straßenbahnen und Autobussen durch Verlegung von Gleisführungen und Haltestellen. Die Wartebereiche und die dazwischen liegenden Fußwege werden nun

von einem großzügigen Membrandach überspannt und geschützt. Zur nahe gelegenen Wiener Stadthalle wird mittels einer Leuchtanzeige ein wichtiger stadträumlicher Bezug hergestellt.

► **MEHR TRANSPARENZ UND LICHT**

Bei der Neugestaltung der Stadtbahnbögen wurde großer Wert auf Transparenz gelegt. Diese wurde mit einer reduzierten Konstruktion aus Stahl und einem einheitlichen Verglasungssystem erreicht. Mit den konstruktiven Elementen – zwei Stützen und einem horizontalen Träger – wurden die Gestaltungsprinzipien der Originalfassade aufgenommen.



64

In der ersten Bauphase wurden im Rahmen von URBION etwa 30 Bögen um ca. 1,4 Mio. Euro revitalisiert. Damit wurde eine positive stadte-stalterische Veränderung bewirkt. Zudem wurde durch die Einsehbarkeit und nunmehr mögliche soziale Kontrolle die Belebung des Westgürtels gefördert und das Sicherheitsgefühl erhöht.

Ein Beleuchtungskonzept für die Stadtbahnbögen verbesserte die Verkehrssituation für FußgängerInnen und RadfahrerInnen: Man montierte Strahler direkt an den Stadtbahnbögen. Dadurch kommt das Bauwerk Otto Wagners auch bei Dunkelheit zur Geltung, und die Fuß- und Radwege werden so ausgeleuchtet, dass die Mittelzone bei Nacht zu einem sicheren Bereich wird. Die Strahler selbst sind unauffällig und treten bei Tag in den Hintergrund.

Die Brückenbereiche der Stadtbahn werden mit Strahlern an den Rückenmauern beleuchtet. Die Tragwerke der Brücken werden seitlich angestrahlt. Die Beleuchtung der Brückenpfeiler akzentuiert das Stadtbahnbauwerk bei Nacht.

#### ► WIENSTADION – MEHR SZENE

Um die Attraktivität des Westgürtels für Jugendliche und Kulturinteressierte zu steigern, wurden in den Stadtbahnbögen zahlreiche Szene- und Musiklokale eingerichtet.

65

**Chelsea:** Das Chelsea besteht aus drei Räumen mit je einer Bar (zwei U-Bahnbögen werden als Konzertraum und einer als Clubraum genutzt) und einem Schanigarten. Das Chelsea bietet täglich wechselnde DJ-Reihen und regelmäßige Konzerte mit in- und ausländischen Bands.

**rhiz-electronic-bar:** Das rhiz ist ein Lokal für die New-Electronic-Music-Szene und die Heimat der Plattenfirma „rhiz“. Aufgrund des geringen Raumangebots und des sich ständig ändernden Programms wurde vor allem auf eine effiziente Raumnutzung geachtet. Die gesamte Inneneinrichtung ist multifunktional. Das Lokal kann innerhalb weniger Minuten von einem möblierten Café in einen leeren Raum verwandelt werden, ohne etwas verstauen zu müssen.

**B72:** Das B72 wurde als Kulturlokal für Livekonzerte, DJ-Clubabende zwischen Pop, Electronic Listening, Neo-Retro-Eigensinn, Videokunst und 3-D-Animationen konzipiert. Für die Innenraumgestaltung wurden kostengünstige Materialien verwendet: Rohbeton, weinroter Industrieboden, roher Stahl, Glas, grobes Altbauholz, Leuchtstoffröhren und Autozusatzscheinwerfer.

Die Lokale und Geschäfte (Zinnfachgeschäft, Bäckerei, Fahrradhandel, Kunsthandwerk, Filmproduktion usw.) in den Stadtbahnbögen mussten auch an Wasser, Strom und Gas sowie an das Kanalsystem angeschlossen werden. ←

## daten & fakten

### Umgestaltung und Belebung des Gürtels

Projektlaufzeit: 1996–2000  
EU-Programm: URBAN I  
Gesamtkosten: 10.300.000 €  
EU-Kofinanzierung: 4.000.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 6.300.000 €  
Förderungen gesamt: 10.300.000 €

### Beleuchtungskonzept

Projektlaufzeit: 1996–1998  
EU-Programm: URBAN I  
Gesamtkosten: 43.320 €  
EU-Kofinanzierung: 14.770 €  
Nationale öffentliche Förderung: 28.550 €  
Förderungen gesamt: 43.320 €

### Wienstadion (Stadtbahnbögen für kulturelle Veranstaltungen)

Projektlaufzeit: 1999–2000  
EU-Programm: URBAN I  
Gesamtkosten: 1.500.000 €  
EU-Kofinanzierung: 600.000 €  
Nationale öffentliche Förderung: 900.000 €  
Förderungen gesamt: 1.500.000 €

### Kontakt:

Dipl.-Ing. Heinz Weber  
Magistrat Wien, MA 27 – EU Strategie und Wirtschaftsentwicklung  
Tel.: +43/1/40 00-27050, web@meu.magwien.at

66





# Internationalisierungsaktivitäten der Stadt Wien

*Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten stellt in dem oft nicht einfachen Prozess der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Integration Europas einen Meilenstein dar. Bereits vor dem EU-Beitritt Österreichs 1995 begann Wien, sich aktiv auf die neue Rolle in einem neuen Europa vorzubereiten und entsprechende Ressourcen und Kompetenzen aufzubauen. Da Vernetzung und partnerschaftliche Zusammenarbeit wesentliche Elemente europäischer Kooperation sind, hat sich Wien vor allem auf diese Bereiche konzentriert.*

Im immer noch andauernden Prozess der europäischen Integration hatte und hat Europa gravierende Veränderungen in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht zu bewältigen. Wien hat sich diesen Herausforderungen aktiv gestellt und von Anfang an die Zusammenarbeit und Vernetzung mit den anderen Ländern gesucht.

Die Idee von Wien als internationaler Drehscheibe zwischen Ost und West gibt es bereits seit Mitte der 1950er Jahre. Im Lauf der 1970er Jahre eröffneten internationale Organisationen wie die United Nations Organizations (UNO) und die Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) eine Niederlassung in Wien. Wien sollte sich mit dem Austria Center Vienna und der Hofburg als Konferenz- und Kongressstadt positionieren. Auch große Unternehmen siedelten sich nach und nach in Wien an. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 erfuhr Wien einen neuerlichen Internationalisierungsschub, wovon die gesamte Region profitierte.

► **AM PROZESS DES ZUSAMMENWACHSENS AKTIV MITWIRKEN**

Anfang der 1990er Jahre begann Wien, Kooperationsbeziehungen zu den Ländern und Städten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa kontinuierlich aufzubauen und zu verfestigen. Dies spiegelt sich in Wiens aktiver Rolle im größten europäischen Städtenetzwerk „Eurocities“, in der Mitarbeit im Ausschuss der Regionen und der Vereinigung der europäischen Hauptstädte wider. 1992 wurde die Europakommission des Wiener Gemeinderates ins Leben gerufen. 1996 wurde in Brüssel das Wien-Haus eröffnet, und man gründete das Europaforum Wien, das als Zentrum für Städtedialog und Städtepolitik beim Aufbau einer Europaregion mitwirken sollte.

Der Aufbau von Ressourcen und Standorten geht nun rasch vor sich: Wien unterhält Verbindungsbüros in Belgrad, Bratislava, Budapest, Bukarest, Krakau, Laibach, Prag, Sarajevo, Sofia, Warschau und Zagreb.

Seit 2002 gibt es die beiden internationalen Sekretariate INTERREG III C East und INTERACT – Managing Transition der Magistratsabteilung 27 mit insgesamt 18 ExpertInnen aus neun verschiedenen Ländern. INTERREG III C East ist verantwortlich für die interregionale Kooperation für Gesamteuropa und betreut die Lead-Partner aus neun Staaten in Mittel- und Osteuropa. INTERACT – Managing Transition ist die Unterstützungsstruktur für das Programm- und Projektmanagement in den zehn im Jahr

2004 beigetretenen neuen Mitgliedsstaaten sowie den fünf an diese angrenzenden alten Mitgliedsstaaten.

Diese intensive Beschäftigung mit den Gemeinschaftsprogrammen und die Umsetzung einer Vielzahl von Projekten führte dazu, dass in Wien Wissens- und Beratungskompetenz sowie personelle Ressourcen aufgebaut wurden. Auch im Bereich des Networkings und Lobbyings hat Wien bewiesen, dass es sich im Multi-level Governance System der Europäischen Union behaupten und bewegen kann.

► **EUROPA-REGION MITTE – EINE MODELREGION EUROPÄISCHEN ZUSCHNITTS**

Beim Aufbau der Kooperationsbeziehungen wurde den unmittelbar angrenzenden Nachbarregionen und Städten besonderes Augenmerk geschenkt. Aus den in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander gelegenen Regionen Südmähren, Westslowakei, Westungarn und Ostösterreich ergibt sich auf natürliche Weise eine Europa-Region Mitte mit intensiven räumlichen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verflechtungen. Die EU-Zugehörigkeit bietet nun völlig neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Diese Region, in der etwa sechs Millionen Menschen wirtschaften und leben, hat nicht nur ein großes wirtschaftliches Potenzial, sondern könnte zu einer Modellregion europäischen Zuschnitts werden.

Daher wurde 2003 in Zusammenarbeit mit Wien, Niederösterreich, dem Burgenland und den Nachbarregionen Südmähren, Westslowakei und Westungarn im Netzwerk von acht Regionen und neun Städten die Europa-Region CENTROPE gegründet. Mit CENTROPE soll der Prozess des Zusammenwachsens dieser neuen Region unterstützt werden. CENTROPE ist auch der Markenname für die gemeinsame Standortwerbung und das Dach, unter dem Kooperationsstrukturen aufgebaut und Projekte durchgeführt werden. Der Name „CENTROPE“ ist kein Vorschlag von Fachleuten, sondern stammt von Schülerinnen und Schülern der Europäischen Mittelschule, die ein besonders gelungenes Pilotprojekt darstellt.

Das Ziel der Zusammenarbeit ist die Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit dieser zentraleuropäischen Region, die bessere Abstimmung der regionalen Aktivitäten in den Bereichen Verkehr, Umweltschutz, Regionalplanung, Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Bildung. ←



67



68



69



70



71

## Projektbeispiele

### ► BAER I UND BAER II

BAER (Building A European Region) I und BAER II wurden von den Ländern Wien, Niederösterreich und Burgenland initiiert. Im Rahmen von BAER arbeiten die Institutionen und Organisationen der beteiligten Staaten und Regionen an der Konzeption und schrittweisen Umsetzung eines operativen und politischen Kooperationsrahmens für die Europaregion. Das umfasst eine Abstimmung auf administrativer, politischer und budgetärer Ebene. Für diesen Abstimmungsprozess wurden die verschiedenen AkteurlInnen der Länder Österreich, Tschechien, Slowakei und Ungarn in Form einer Dachstruktur eingebunden.

Gemeinsam bearbeiten diese Partner vor allem die vier Aktionsfelder „Wirtschaft, Innovation und Forschung und Entwicklung“, „Infrastruktur, Verkehr, Umwelt und Planung“, „Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Beschäftigung“ sowie „Kultur, Kreativität, Freizeit, Sport und Tourismus“. Ab 2008 wird es ein von allen Partnern getragenes Kooperationsmanagement der Europaregion geben.

### ► JORDES+

In JORDES+ (Joint Regional Development Strategy) wurde an einer gemeinsamen, grenzübergreifenden und abgestimmten Regionalentwicklungsstrategie für den Raum Wien – Bratislava – Győr gearbeitet. Neben der Entwicklung der Strategie hatte der JORDES+-Prozess die Aufgabe, den Boden für die Kooperation in dieser Region aufzubereiten. Kommunikationswege aufzubauen, die Wissensbasis für die Zusammenarbeit zu schaffen und Instrumente für die Verwirklichung der Strategie vorzubereiten sind daher wichtige flankierende Ergebnisse des Prozesses.

Der JORDES+-Prozess wurde als Workshop-Reihe unter Beteiligung aller relevanten Partner gestaltet. Um nicht von vornherein geplanten Themen entsprechenden Raum zu geben, wurde in Zusatzmodulen vertiefend gearbeitet. Die Projektpartner in Österreich waren Vertretungen der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien unter dem Vorsitz der Planungsgemeinschaft Ost, das Magistrat der Stadt Győr, das West Hungarian Research Institute Centre for Regional Studies of the Hungarian Academy of Sciences, das slowakische Ministerium für Aufbau und Regionalentwicklung, das slowakische Ministerium für Umwelt, das Magistrat Bratislava und die Kreisämter Bratislava und Trnava.

Von April 2002 bis Juni 2005 dauerte die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, welche die Vision einer Biosphärenwachstumsregion mit der räumlichen Entwicklung um eine „grüne Mitte“ vorsieht. Die Region soll sich künftig als grenzüberschreitende Wachstumsregion positionieren, in der Naturraum-Management und Regionalentwicklung bestmöglich verbunden werden.

Der erste Schritt der gemeinsamen Visionsfindung wurde gemacht, die Umsetzung liegt nun bei den AkteurlInnen der beteiligten Regionen. Ganz konkrete Folgeprojekte des Prozesses sind „Centrope Map“, ein webbasiertes Informationssystem für Raumplaner, und „Kobra+“, ein regionales Leitbild für die Stadt-Umland-Region Bratislava.

### ► CENTRAL

Das Projekt CENTRAL (Central European Nodes for Transport and Logistics) widmet sich der gemeinsamen Planung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen für die Schaffung einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur im Vierländereck Ungarn, Slowakei, Tschechien und Österreich. Zentrale Inhalte des Projekts sind Streckenausbauten zwischen den Knotenpunkten und Verbesserungen der Verkehrsabwicklung innerhalb der Knoten für den Personen- sowie für den Güterverkehr.

Verschiedene Maßnahmen greifen ineinander, um die Verkehrssituation in der Region zu optimieren: Im Personenverkehr trägt die Errichtung von Durchgangsbahnhöfen und neuen bzw. verbesserten Zulaufstrecken dazu bei, die Fahrzeiten zu verkürzen und Kapazitäten zu erhöhen. Im Frachtverkehr stellen intermodale Terminals, die verschiedene Verkehrsträger optimal miteinander verknüpfen, ein unentbehrliches logistisches Qualitätsangebot dar.

Thema des von der Stadt Wien koordinierten Projekts ist die Optimierung der Erreichbarkeit von Personen- und Frachtbahnhöfen. Unmittelbar für Wien relevante Projekte sind der neue Wiener Zentralbahnhof („Europa Mitte“), die verbesserte Anbindung des Hafens Freudenu und die Einbindung des Vienna International Airport an das nationale und internationale Fernbahnnetz.

Als Ergebnis des Projekts soll bis 2008 ein innerhalb der Region abgestimmtes Programm mit konkreten infrastrukturellen Maßnahmen feststehen. Mit dieser Grundlage soll die Region zu einem leistungsfähigen Verkehrsknoten ersten Ranges in der erweiterten Europäischen Union werden. ←

## daten & fakten

### BAER I und BAER II

Projektlaufzeit: 2003–2007  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Tschechien, Österreich – Slowakei, Österreich – Ungarn  
Gesamtkosten: 2.470.000 €  
Förderungen gesamt: 2.470.000 €  
www.centrope.info

### JORDES+

Projektlaufzeit: 2002–2005  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Slowakei, Österreich – Ungarn  
Gesamtkosten: 854.974,52 €  
Förderungen gesamt: 854.974,52 €

### CENTRAL

Projektlaufzeit: 2003–2008  
EU-Programm: INTERREG III A Österreich – Tschechien, Österreich – Slowakei, Österreich – Ungarn  
Gesamtkosten: 7.016.000 €  
Förderungen gesamt: 7.016.000 €  
www.tinavienna.at/central

### Kontakt:

Dipl.-Ing. Walther Stöckl  
Magistrat Wien, MA 27 – EU Strategie und Wirtschaftsentwicklung  
Tel.: +43/1/40 00-27 002, sto@meu.magwien.gv.at

# Multi-level Governance – Erfolgsfaktor für eine strategisch orientierte Regionalentwicklung

*Regionale Entwicklung ist ein komplexer Prozess, der von den Entscheidungen und Maßnahmen vieler AkteurlInnen abhängt. Durch eine konstruktive Zusammenarbeit aller relevanten Organisationen – privater und staatlicher – im Rahmen einer „Multi-level Governance“ kann die Wirksamkeit entwicklungs- und ordnungspolitischer Maßnahmen nachhaltig verbessert werden.*

Eine innovative, strategisch ausgerichtete Regionalentwicklung lebt von Investitionen, Qualifikations- und Leistungsangeboten von privaten Unternehmen, Haushalten und gemeinnützigen Organisationen genauso wie von Aktivitäten der Verwaltung und Förderung, Infrastrukturinvestitionen und Dienstleistungen von öffentlichen Maßnahmenträgern auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene („multi-level“). Wenn diese Vielzahl von Aktivitäten in Richtung bestimmter Entwicklungsziele beeinflusst werden soll – und das strebt die Regionalpolitik ja an –, kann das nicht allein in Form traditioneller Verwaltungsabläufe („Government“) erreicht werden. Vielmehr braucht es „weichere“, kommunikationsorientierte Verfahren („Governance“), die unter anderem Folgendes bewirken sollen:

- Wissen und Fertigkeiten der verschiedenen Träger erschließen,
- Lernprozesse zum Erfahrungsaustausch organisieren,
- Aktivitäten – sofern erforderlich – gemeinsam initiieren,
- Aktivitäten im Hinblick auf Wirkung und Mitteleinsatz effizient koordinieren.

Auch wenn der Begriff „Multi-level Governance“ zur Bezeichnung der Koordination und Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Maßnahmenträgern auf unterschiedlichen Ebenen neu ist – praktiziert wird diese Form der Steuerung in der österreichischen Regionalpolitik schon lange. Grund dafür ist die föderale Struktur, in der die Zuständigkeiten für regionalpolitisch relevante Maßnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt sind. Da die österreichische Verfassung kaum formale Koordinationsverfahren vorsieht, hat das Bundeskanzleramt in Kooperation mit anderen Bundesministerien und den Ländern informelle Kooperationsmechanismen entwickelt, die sich trotz – oder vielleicht gerade wegen – ihrer fehlenden formalen Verbindlichkeit unter bestimmten Bedingungen als ziemlich effizient erwiesen haben, zum Beispiel bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt und der Abwicklung der Programme der EU-Strukturfonds.

## ► BEDEUTUNG INTERMEDIÄRER EINRICHTUNGEN UND NETZWERKE

Koordination und Kooperation passieren nicht (oder nicht ausreichend) von selbst, sondern brauchen Personen und Einrichtungen, die sich darum kümmern, also potenzielle AkteurlInnen gezielt ansprechen, KooperationspartnerInnen zusammenbringen, innovative Ideen ins Spiel bringen und Kooperationsprojekte beratend begleiten.

Auf nationaler Ebene wurde dazu im Jahr 1971 die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) als gemeinsame Plattform aller Bundesministerien, der Länder, der Dachverbände der Gemeinden und der Sozial- und Wirtschaftspartner gegründet. Die Geschäftsstelle der ÖROK fungiert heute als zentraler Netzwerkknoten für die Regionalpolitik und die Programme der EU-Strukturfonds in Österreich.

Aber auch auf regionaler Ebene haben sich derartige intermediäre Einrichtungen bewährt. Das Bundeskanzleramt und einzelne Länder haben mit verschiedenen regionalen Ansätzen zur Projektentwicklung, Beratung und Vernetzung bereits seit den 1970er Jahren experimentiert.

Heute gibt es eine breite Vielfalt derartiger Einrichtungen: Regionalmanagements und LEADER-Managements, Technologietransfereinrichtungen, Clustermanagements, Managements für Territoriale Beschäftigungspakte, Tourismusverbände, Beratungseinrichtungen für Stadt- und Dorferneuerung, Netzwerke der Umwelt- oder Kulturorganisationen etc. Die besondere Rolle dieser regionalen Einrichtungen im System der Multi-level Governance liegt in ihrer Funktion als Schnittstelle und Vermittler von Top-down-Impulsen (z. B. über neue Initiativen, Projekte, Förderungen) zu den AkteurlInnen und als Unterstützer von Bottom-up-Aktivitäten in Richtung übergeordneter Verwaltungs- und Supporteinrichtungen. Wie die Erfahrungen zeigen, haben diese intermediären Einrichtungen und Netzwerke eine zentrale strategische Bedeutung für die professionelle Wahrnehmung des Wissensmanagements, des Systemlernens und der koordinierten Projektentwicklung und Programmumsetzung.

## ► REGIONALMANAGEMENT ÖSTERREICH

Mit dem Beitritt Österreichs zur EU 1995 wurden auf Initiative des Bundeskanzleramtes frühere regionale Beratungseinrichtungen des Bundes und einzelner Länder auf eine neue, einheitliche Basis gestellt: Gemeinsam mit den Bundesländern und regionalen Entwicklungsverbänden wurden in den meisten Schwerpunktregionen der österreichischen Regionalpolitik (den damaligen Zielgebieten der EU-Strukturfonds) unter der Bezeichnung „Regionalmanagement“ derartige Beratungsstrukturen aufgebaut. Mittlerweile wurden auch in einigen städtischen Regionen Regionalmanagements gegründet.

Aufgaben der Regionalmanagements sind vor allem,

- die Entwicklungszusammenarbeit der verschiedenen AkteurlInnen und Institutionen auf regionaler Ebene zu verbessern,
- strategische Entwicklungsinputs einzubringen,
- „von der Basis“ getragene und mit den Ländern und dem Bund abgestimmte regionale Strategien/Programme zu entwickeln und umzusetzen,
- regionale Schlüsselprojekte im Konsens mit der Region voranzutreiben,
- konkrete Projekte zu entwickeln, umzusetzen oder zu begleiten.

Träger der Regionalmanagements sind in den meisten Fällen regionale Entwicklungsverbände der Gemeinden. Die finanziellen Mittel werden heute großteils von den Ländern bereitgestellt und von den EU-Strukturfonds kofinanziert.

Regionalmanagements agieren sektorübergreifend und bieten einen institutionellen Rahmen, über den das konstruktive Zusammenwirken von AkteurlInnen verschiedenster Politikbereiche wie Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gender-Mainstreaming, Umwelt, Technologie, Innovation und Forschung organisiert werden kann. Regionalmanagements kooperieren beispielsweise mit den Territorialen Beschäftigungspakten bei deren Umsetzung arbeitsmarktrelevanter Konzepte und Projekte. Sie arbeiten mit LEADER-Managements, die eine ähnliche Funktion wie die Regionalmanagements haben, in Fragen der Regionalentwicklung zusammen, sofern sie nicht selbst in einigen Regionen die Funktion des LEADER-Managements wahrnehmen. Gemeinsam mit den in vielen Regionen gegründeten Technologiezentren unterstützen sie wirtschaftliche Innovationen.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit dieses strategischen Ansatzes hat das Bundeskanzleramt seit 2000 – d. h. nach erfolgreichem Aufbau der Regionalmanagements – seine Unterstützung auf die österreichweite Vernetzung der Regionalmanagements fokussiert. 2002

wurde als gemeinsamer Dachverband der Verein „Regionalmanagement Österreich“ (RM-Austria) gegründet. Ziele dieses Netzwerks, an dem derzeit ca. 25 Regionalmanagements mitwirken, sind Erfahrungsaustausch, die Höherqualifizierung der Regio-

nalmanager und damit die Weiterentwicklung des spezifischen sektorübergreifenden regionalen Beratungsansatzes. RM-Austria bildet einen Wissenspool, in dem das Know-how und die Erfahrungen der RegionalmanagerInnen verfügbar sind. Regionen in anderen Staaten Europas – vor allem in den neuen EU-Ländern und in den Ländern, die der EU beitreten wollen – können durch Kooperationen ebenfalls von diesem Wissenspool profitieren.

## ► NETZWERK DER NETZWERKE

In den vergangenen Jahren haben sich in Österreich zahlreiche Netzwerke gebildet, die entweder direkt regionalpolitische Ziele verfolgen oder zumindest im weiteren Sinn für die Regionalentwicklung bedeutend sind. Das Bundeskanzleramt hat es sich im Rahmen seiner Koordinationsfunktion für Regionalpolitik zur Aufgabe gemacht, diese Netzwerke ihrerseits miteinander zu vernetzen („Netzwerk der Netzwerke“). Dieses „Meta-Netzwerk“ wurde 2002 gestartet und besteht aus Vertreterinnen und Vertretern national und international tätiger Netzwerkstellen in Österreich und fachlich dafür zuständiger Bundesministerien. Involviert sind Netzwerke verschiedenster Politikbereiche, wobei der Begriff Netzwerk sehr breit interpretiert wird. Das „Netzwerk der Netzwerke“ dient primär als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch der Beteiligten – ganz im Sinne der kommunikationsorientierten österreichischen Regionalpolitik. ←

### Kontakt:

**Dipl.-Ing. Manfred Bruckmoser**  
Bundeskanzleramt – Abteilung Raumordnung  
und Regionalpolitik  
Tel.: +43/1/531 15-2910,  
[www.bka.gv.at/regionalpolitik](http://www.bka.gv.at/regionalpolitik)

**Karl Becker**  
RM-Austria – Verein zur Unterstützung und  
Weiterentwicklung der Regionalmanagements  
in Österreich  
Tel.: +43/74 75/533 40-300,  
[www.rm-austria.at](http://www.rm-austria.at)







## Programmkoordination für Regionalprogramme in den Bundesländern (Verwaltungsbehörden)

- ▶ Regionalmanagement Burgenland  
EU-Verwaltungsbehörde  
Tel.: +43/2682/704 24-0  
eu-verwaltungsbehoerde@rmb.co.at  
www.bgld.gv.at
- ▶ Kärntner Wirtschaftsförderungs Fonds (KWF)  
Tel.: +43/463/558 00-0  
office@kwf.at  
www.kwf.at
- ▶ Amt der Niederösterreichischen Landesregierung  
Abteilung RU2, Geschäftsstelle des Landes Niederösterreich für EU-Regionalpolitik  
Tel.: +43/2742/90 05-14190  
post.ru2@noel.gv.at  
www.noel.gv.at
- ▶ Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Abteilung Gewerbe  
Tel.: +43/732/77 20-15121  
ge.post@ooe.gv.at  
www.ooe.gv.at
- ▶ Amt der Salzburger Landesregierung  
Abteilung 15 (Wirtschaft und Tourismus)  
Tel.: +43/662/80 42-3793  
wirtschaft@salzburg.gv.at  
www.salzburg.gv.at
- ▶ Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Abteilung 14 (Wirtschaft und Innovation)  
Tel.: +43/316/877-3154  
a14@stmk.gv.at  
www.steiermark.at
- ▶ Amt der Tiroler Landesregierung  
Abteilung Raumordnung und Statistik  
Tel.: +43/512/508-3600  
raumordnung.statistik@tirol.gv.at  
www.tirol.gv.at
- ▶ Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Abteilung Europaangelegenheiten und Außenbeziehungen  
Tel.: +43/55 74/511-20305  
europa@vorarlberg.at  
www.vorarlberg.at
- ▶ Amt der Wiener Landesregierung  
Magistratsabteilung 27 – EU Strategie und Wirtschaftsentwicklung  
Tel.: +43/40 00-27050  
verwaltung@ziel2.wien.at  
www.ziel2.wien.at

#### **ESF-Koordination in Österreich**

- ▶ **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit**  
Abteilung II/9-ESF  
Tel.: +43/1/711 00-2328  
post@ll9.bmwa.gv.at  
www.esf.at

#### **Gesamtkoordination und Außenvertretung EFRE-Koordination in Österreich**

- ▶ **Bundeskanzleramt**  
Abteilung IV/4 Raumordnung und Regionalpolitik  
Tel.: +43/1/531 15-2910  
iv4@bka.gv.at  
www.bka.gv.at
- ▶ **Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK)**  
Tel.: +43/1/535 34 44  
oerok@oerok.gv.at  
www.oerok.gv.at

## Fotonachweis

<i>Seite 17</i>	1	Ökobau-Cluster, Wolfgang Stadler, ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur
	2	Wellbeing-Cluster, ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur
	3	Firmengebäude Battenfeld, Kunststoff-Cluster, ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur
	4	Kunststoff-Cluster, Institut für Agrarbiotechnologie, IFA Tulln
	5	Passivhaus Bürogebäude, Ökobau-Cluster, ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur
	6	Firma Borealis, Kunststoff-Cluster, ecoplus NÖ Wirtschaftsagentur
<i>Seite 19</i>	7	Ausbildung zur/zum GästebetreuerIn im Gesundheitstourismus, Walter Luttenberger, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	8	Gesundheitsangebote für Babys in der Sonnentherme Lutzmannsburg Frankenu, Walter Luttenberger, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	9, 10	Lauf- und Walkingarena Bad Tatzmannsdorf, Walter Luttenberger, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	11-13	Neusiedler See, Archiv Nationalpark Neusiedler See – Seewinkel
<i>Seite 21</i>	14	Inertisierung von Flugaschen, INTECO/ARP
	15	Magnesium-Kompetenzentrum, Georg Fischer Ltd. Altenmarkt
	16	Elektro- und Automatisierungstechnik, pentanova engineering GmbH
<i>Seite 23</i>	17	Highlander-Harvester, Konrad Forsttechnik
	18	Technologiepark Klagenfurt, KWF, me2c
<i>Seite 25</i>	19	Technologie- und Dienstleistungszentrum Ennstal GmbH, TDZ Ennstal
	20	Power Girls, Education Highway Innovationszentrum für Schule und Neue Technologie
	21	TIC Steyr GmbH, Walter Ebendorfer
<i>Seite 25</i>	Grafik	Basierend auf „Innovatives Oberösterreich 2010“, Land Oberösterreich, Abteilung Gewerbe
<i>Seite 27</i>	22, 25, 26	LEO Lern- und Entwicklungswerkstätte Oststeiermark GmbH
	23, 24	togetTherE, Verein Wirtschafts- und Beschäftigungsinitiative des Bezirkes Leoben
<i>Seite 27</i>	Grafik	Kooperationspartner des STEBEP, STEBEP-Koordination
<i>Seite 29</i>	27, 30	telm@ – Frauen in Telekommunikation und Informatik, EP telm@
	28, 29	kariere_links, Johannes Kepler Universität Linz
	31	CHIRON – Chancengleichheit in der Region, Verband Mühlviertler Alm/Ulrike Leitner, Ulrike Schmalzer
<i>Seite 31</i>	32	Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft, NÖ Landesakademie
	33, 34	SOWI Cluster – Sozialwirtschaftlicher Cluster Steyr-Kirchdorf, SPES-Akademie
<i>Seite 33</i>	35	Grenzüberschreitende Patiententransportlogistik, Logistik-Kompetenz-Zentrum Prien (LKZ)
	36	Sicheres Wohnen, Verein Sicheres Tirol
	37	Soziales Leitbild Außerfern, Verein REA
<i>Seite 35</i>	38, 39	Kinder und Jugendliche im Gleichgewicht, Kompetenzraum Bodensee, Land Vorarlberg
	40, 41	Reflect and Act!, Stiftung Maria Ebene/Johannes Rinderer, Land Vorarlberg
<i>Seite 37</i>	42–44	Grenzübergreifende Lawinenwarndienst-Plattform auf Internetbasis (LWDKIP), Land Tirol
	45–48	Modelle von Laserscanning, Land Tirol

<i>Seite 39</i>	49	Europäisches Zentrum für erneuerbare Energie, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	50	Biomasse und Burg Güssing, Walter Luttenberger, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	51	Kontrolleinrichtung, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	52	Solarteur – Solarschule in Güssing, Europäisches Zentrum für erneuerbare Energie Güssing, Regionalmanagement Burgenland GmbH
	53 54	Technologiezentrum Güssing, Regionalmanagement Burgenland GmbH Blick in den Heizkessel, Regionalmanagement Burgenland GmbH
<i>Seite 41</i>	55-57	EuRegio-Verkehrsverbundmanagementsystem Berchtesgadener Land und Salzburg, ÖBB/Steiner, Salzburger Verkehrsverbund SVV
<i>Seite 43</i>	58	Fachhochschul-Campus, Stadt Graz
	59, 60	Wissensstadt, Stadt Graz
	61	Start-up Center Graz West, Stadt Graz
	62, 63	Fachhochschul-Campus, Stadt Graz
<i>Seite 45</i>	64	Bar-Restaurant „Halbestadt“, Westgürtel, Monika Nikolic
	65	Urban-Loritz-Platz, Monika Nikolic
	66	Westgürtel – Stadtbahnbögen, Monika Nikolic
<i>Seite 47</i>	67	Centrope, ARGE CENTROPE
	68	Stadtzentrum Győr, Gisela Ortner
	69	Austria Center Wien, Stadt Wien, MA 18
	70	Vienna City Airport Train, Clara Monti
	71	Europäische Mittelschule, Stadt Wien, MA 56
<i>Seite 49</i>	72	Kommissarin Danuta Hübner, Karl Becker und Andreas Weiß, Regionalmanagement Österreich

#### *Impressum*

##### *Herausgeber*

Bundeskanzleramt  
Abteilung IV/4 Raumordnung und Regionalpolitik  
Ballhausplatz 2  
1014 Wien  
Tel.: +43/1/531 15-2910  
www.bka.gv.at

##### *Druck*

Wograndl-Druck, A-7210 Mattersburg, www.wograndl.com

##### *Gestaltung und Grafik*

Grafikstudio Häc Mác, A-7000 Eisenstadt, www.haec-maec.at

##### *Lektorat*

Wolfgang Astelbauer, 1090 Wien

##### *Konzept und Idee*

Bundeskanzleramt, Abteilung IV/4, A-1014 Wien, www.bka.gv.at

##### *Text*

ÖAR-Regionalberatung GmbH, A-1010 Wien, www.oear.at

© Bundeskanzleramt Österreich, Wien 2007  
Alle Rechte vorbehalten

**Meine wichtigsten Kontakte** (Regionalmanagement, Förderstellen, Finanzpartner, ...)

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse

Organisation / Name

Telefon / Fax

E-Mail Adresse



